

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1.) Verkehrssicherheitsmaßnahmen vor Kinderbetreuungseinrichtungen

GRin. **Potzinger** stellt namens der ÖVP, SPÖ, Grünen, KPÖ, FPÖ und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, Herr Vorsitzender der Regierung auf der Regierungsbank, geschätzte StadträtInnen, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren auch auf der Galerie! Ich freue mich sehr, heute einen dringlichen Antrag einbringen zu dürfen im Namen aller hier im Hause vertretenen Fraktionen. Es geht um die Jüngsten in unserer Stadt, um die Sicherheit unserer Kinder, Verkehrssicherheitsmaßnahmen im Bereich von Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Verkehrssicherungsmaßnahmen vor den Grazer Schulen sind bereits erfreulicherweise einheitlich auf Tempo 30, da sind wir wirklich bundesweit vorbildlich. Vor den Kindergärten ist uns das bisher noch nicht gelungen, deshalb der heutige dringliche Antrag. Es gibt wohl die Begründung, es sei Unterschied Schule oder Kindergarten, weil beim Kindergarten müssen ja Eltern oder Erziehungsberechtigte jedenfalls die Kinder über die Straße begleiten, den Schulweg können Kinder, wenn sie gut darauf vorbereitet sind, auch ohne Begleitung Erwachsener zurücklegen. Trotzdem wissen wir, dass auch Mütter, Väter, Großeltern mit zwei kleinen Kindern an der Hand, wenn sie eine viel befahrene Hauptverkehrsstraße überqueren müssen, besonders schutzbedürftig sind.

Beispielsweise kam es vor dem städtischen Kindergarten in der Petrifelderstraße 39 schon mehrfach zu gefährlichen Situationen. Im Mai vor drei Jahren wurde sogar ein Kindergartenkind bedauerlicherweise schwer verletzt. Daraufhin kam ein Polizist in Uniform und Schutzweste, um Verkehrserziehung zu machen mit den Kindern, mit den Eltern, hat sich in Uniform auf den Schutzweg, den Zebrastreifen begeben mit zwei Kindern an der Hand und ist fast überfahren worden. Das heißt, der Schutzweg allein ist definitiv zu wenig, um die Sicherheit der Kinder zu garantieren. Deshalb unsere Forderung nach Einführung von Tempo 30 vor allen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Die Errichtung von Ampelanlagen ist eine weitere Maßnahme zur Erhöhung der Sicherheit der Fußgänger. Bürgerinitiativen, wie die aktuelle Elterninitiative des

Kindergartens Petrifelderstraße 39, haben insgesamt bereits über 1.000 Unterschriften gesammelt. Vor einem Dreiviertel-Jahr hat schon die Bürgerinitiative Petrifelderstraße über 500 Unterschriften ins Haus gebracht, heute habe ich die Freude, dem Herrn Stadtrat Rüschi in Vertretung von Herrn Bürgermeister weitere über 600 Unterschriften zu überreichen und ich möchte mich bei der Gelegenheit sehr herzlich bei Herrn Stadtrat Rüschi bedanken, wie die erste Tranche der Unterschriften gekommen ist, ist er erfreulicherweise spontan mit seinen Mitarbeitern des Amtes, er war ja damals für den Verkehr zuständig, vor Ort gekommen und hat Maßnahmen veranlasst. Es ist bereits einiges geschehen, es ist nur noch nicht ausreichend, Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut, mit dem heutigen Dringlichen hoffen wir den Durchbruch zu schaffen, dass auch eine Ampelanlage errichtet wird. Die Petrifelderstraße ist zirka zweieinhalb Kilometer lang; ich glaube, es ist ganz interessant, seid so lieb und hört einmal zu. Die Petrifelderstraße hat nur am Anfang und am Ende ampelgeregelte Überquerungsmöglichkeit, das heißt, nicht nur die Schulkinder, die Kindergartenkinder und ihre Familien, auch Seniorinnen und Senioren müssen, wenn sie die Petrifelderstraße überqueren wollen, oft hunderte Meter an Umweg in Kauf nehmen, um bei einer Ampel über die Straße zu kommen.

Daher stelle ich namens aller Fraktionen hier im Hause, ÖVP, SPÖ, Grüne, KPÖ, FPÖ und BZÖ, den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass die ressortzuständigen Stellen aufgefordert werden:

die Einführung von Tempo 30 auf allen Grazer Vorrangstraßen im Bereich von Schulen auszuweiten auf die weiteren Kinderbetreuungseinrichtungen in unserer Stadt, und wir beantragen auch dringlich, die Errichtung einer Druckknopfampel im Bereich des Kindergartens Petrifelderstraße 39 auf ehestmögliche Umsetzung zu prüfen. In dem Zusammenhang möchte ich mich auch bei Kollegen Grosz bedanken, der heuer bereits einmal einen Antrag mit eben diesem Anliegen gestellt hat und ich selber bin seit dem Jahr 2002 dran, ich hoffe, dass wir es jetzt schaffen und bitte um eure schon im Vorhinein deklarierte Zustimmung, die auch hier im Gemeinderat noch einmal zu dokumentieren. Vielen herzlichen Dank (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Danke, ich nehme an, dass es zur Dringlichkeit keine weiteren Wortmeldungen gibt, nachdem der Antrag von allen Fraktionen unterstützt wurde.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Potzinger**: Ich freue mich, dass wir fröhlich miteinander diesen Antrag beschließen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Drogenambulanz und Akutbetten

GRin. Mag.^a **Ennemoser** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag.^a **Ennemoser**: Werter Herr Vorsitzender, liebe Stadtregierungsmitglieder, hoher Gemeinderat! Heuer sind in der Steiermark bereits 19 Steirer an den Folgen einer Überdosis gestorben. Allein in Graz werden bei der Caritas, beim Spritzenautomaten, und in Apotheken monatlich rund 40.000 sterile Spritzen ausgegeben. Laut Experten ist die Zahl der Süchtigen im Steigen.

Diese Tatsache muss die Politik veranlassen, längst fällige Maßnahmen zur Drogenbekämpfung umzusetzen. In der Steiermark wird ein breites Spektrum von Maßnahmen benötigt, um der Drogenproblematik entgegenzutreten.

Ein umfassendes Angebot für Drogenkranke als auch weitreichende Maßnahmen zur Prävention werden gebraucht.

In Graz und in der ganzen Steiermark werden Substitutionspatienten schlecht versorgt. Die Wartezeit für ein Entzugsbett beträgt zwischen zwei und drei Monaten. Der Leiter der Drogenambulanz kritisiert, dass er bei 300 Akutfällen im Jahr über nicht ausreichend Betten beziehungsweise Personal verfüge.

Das retardierte Morphin „Substitol“ ist als echte Ersatzdroge ein zunehmendes Problem. Mehrmaliger Versuche, Anregungen und Petitionen, sowohl an den zuständigen Landeshauptmann von Wien, Bürgermeister Dr. Michael Häupl, als auch an die übergeordneten Stellen des Gesundheitsministeriums sind gescheitert. Gefordert war, die Abgabepaxis in Wien so zu regulieren, dass nicht die ganze Grazer Drogenszene mit Substitol überschwemmt wird und daher treten wir für ein Verbot der Abgabe von Substitol ein. Auf Nachfrage beim Grazer Drogenkoordinator Dr. Ulf Zeder und - auch anlässlich der Drogenenquete - bei dem deutschen Drogenexperten Dr. Wolfgang Schneider gibt es inzwischen deutlich unbedenklichere Ersatzmedikamente.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, eine Petition an den steirischen Landtag und an das Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend zu richten:

- Der zuständige Landesrat Mag. Helmut Hirt wird aufgefordert, eine Drogenambulanz zu errichten sowie die Anzahl der Akutbetten zu erhöhen.
- Um den Markt legalisierter Drogen einzudämmen, fordern wir das Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend auf, Substitol von der Liste der zugelassenen Medikamente, im Rahmen der Substitutionsbehandlung, zu streichen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Haas-Wippel** zur Dringlichkeit: Werte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat! Wir können der Dringlichkeit nicht zustimmen,

und ich möchte auch kurz begründen warum. Der erste Punkt ist, dass ja vorgestern ein Drogengipfel in der Stadt Graz stattgefunden hat und unser Herr Bürgermeister, ich möchte mich da noch ausdrücklich bei ihm bedanken, dass er ihn einberufen hat, und unser Bürgermeister hat ausdrücklich gesagt, dass dieser Drogengipfel sozusagen der Startschuss ist für eine breit angelegte Diskussion. Viele Problemstellungen sind aufgezeigt worden. Zum Beispiel auch die Situation, dass Betten fehlen, aber auch da gibt es scheinbar ein Informationsdefizit, weil bereits dieser Bettenbedarf im RSG-Psychiatrieplan erkannt wurde, auch schon formuliert wurde und im Dezember auch so beschlossen wird. Also das ist etwas, was schon im Laufen ist und was auch wirklich den Konsens aller politischen Fraktionen bereits hat, es ist nur Beschlussfassung im Dezember noch erforderlich. Und der zweite Punkt, warum wir der Dringlichkeit nicht stattgeben können, ist der, dass im Antrag ausformuliert wurde, dass Substitol durch andere Medikamente ersetzt werden soll. Ich will jetzt gar nicht sagen, ob es wirklich bessere gibt oder nicht, ich lasse die fachliche Diskussion beiseite, aber eines ist Faktum, die Medikamentenverschreibung, die Zuteilung ist ausschließlich ärztliche Kompetenz, und ärztliche Kompetenz kann man hier nicht durch einen Gemeinderat beschließen oder vorgeben. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion hat einen dringlichen Antrag eingebracht, der zumindest in einem Punkt von vier Punkten deckungsgleich mit einem dringlichen Antrag des BZÖ ist. Wir sind der Meinung, unserer ist viel weitgehender, unserer ist ein tatsächliches Paket, wie wir der Drogenkriminalität in Graz den Problemen begegnen können. Wir stehen nicht zur Verfügung, auch nicht als Gemeinderäte, Trittbrettfahrer des Herrn Hamedl zu sein, man hat halt im Grazer Gemeinderat einen Zweitantrag formuliert und damit einer Situation, einer parteipolitischen Situation Genüge getan, wir haben ganz klare Vorstellungen, Erhöhung, Verdoppelung der Strafrahmen für Menschen, die mit Drogen dealen, die sich an unserer Jugend vergehen, wir haben ganz klare Vorstellungen, Substitol zu verbieten, wir haben ein ganz klares Maßnahmenpaket, wie man die Drogensituation in Graz wirklich in den Griff bekommt und wir sagen ganz klar, nein zu Drogenkonsumräumen in Graz, wie Sie es, sehr geehrte Damen

und Herren der ÖVP, in Ihrem Antrag nicht tun. Und wir wollen heute von diesem Grazer Gemeinderat eine klare Stellungnahme haben und diese klare Stellungnahme ist der dringliche Antrag des BZÖ mit guten Maßnahmen, zu denen Sie sich leider nicht durchringen konnten, daher wird meine Fraktion Ihrem Antrag nicht zustimmen, denn für PR-Gags sind wir nicht da, auch andere Fraktionen nicht. Sie werden in der Minderheit bleiben, aber ich lade Sie herzlich ein, dem Antrag des BZÖ für ein umfassendes Drogenpaket zuzustimmen, dann kann sich auch der Bürgermeister wieder damit brüsten, anständig gegen die Drogenkriminalität vorzugehen. Ich danke Ihnen.

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte auch dort anschließen, wo die Frau Kollegin Haas-Wippel aufgehört hat und zwar, es hat am Dienstag-Nachmittag einen Drogengipfel, einen runden Tisch zum Thema Drogen gegeben und dort wurde auch, gerade vom Herrn Bürgermeister angekündigt, dass es in dieser Frage nicht sinnvoll sei, jetzt populistisch zu agieren, sondern dass es ganz wichtig wäre, hier eine Diskussion zu eröffnen, einen Konsens zu finden, dem haben wir uns eigentlich dort ziemlich alle angeschlossen. Es hat mich dann schon verwundert, dass jetzt gerade von der ÖVP ein dringlicher Antrag eingebracht wurde zu diesem Thema, wobei ich sagen möchte, wir sehen die Dringlichkeit natürlich schon gegeben, das Drogenproblem ist in Graz vorhanden, das können wir nicht wegleugnen und das wollen wir auch nicht wegleugnen, aber so wie es auch von den Experten bei diesem runden Tisch gesagt wurde, kann man das jetzt nicht mit einem Stückwerk beheben oder die Situation in den Griff bekommen, sondern es ist ganz wichtig, dass hier ein gesamtes Konzept, also vom niederschweligen Bereich bis zum hochschweligen Bereich, die Stadt braucht. Und in diesem Antrag da sind eigentlich nur zwei Dinge angeführt, die Drogenambulanz, also wir bestreiten auch nicht, dass wir dort wirklich ganz dringend wahrscheinlich mehr brauchen, dass wir auch einen Ausbau dieser Drogenambulanz brauchen, dass wir Akutbetten brauchen, aber wir brauchen vieles, vieles anderes auch in dieser Stadt und ich glaube, dass wir hier alle zusammen gefordert sind, uns diesem Problem auch in allernächster Zeit zu stellen und hier wirklich vielleicht einen Konsens zu finden. Unsere Fraktion wird aus diesem Grund der Dringlichkeit zustimmen, weil wir einfach

glauben, dass das Thema eben dringlich ist in der Stadt, aber dem Inhalt werden wir in dieser Form nicht zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Baumann**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Verena! Dieser Antrag ist dringlich, dieser Dringlichkeit stimmen wir zu, über den Inhalt reden wir dann in einer halben Minute weiter.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Stadtrat Dr. Rüschi, liebe Kollegen! Ich möchte auch an den Round Table, wie es so neudeutsch heißt, anschließen, den wir dieser Tage gehabt zum Thema Drogenkonsumraum und mir geht dieser vorliegende Antrag sicher nicht weit genug. Es ist ein Teilbereich, der hier angesprochen wird seitens der ÖVP-Fraktion, wobei ich sage, es ist interessant, welchen Zick-Zack-Kurs hier die ÖVP in diesem Zusammenhang geht. Städtischer Bereich, Landesbereich, ich kann mich noch gut erinnern, wie seinerzeit die Landesregierungsmitglieder der ÖVP, die überhaupt die Errichtung und den Ausbau und die Führung der Drogenambulanz in der Landesnervenklinik Siegmund Freud zumindest einmal verzögert, hinausgeschoben, nicht mit den entsprechenden Personalkapazitäten versehen haben, ich kann mich da sehr gut daran erinnern und ich finde diesbezüglich zumindest keine blaue Linie, wie wir sagen, wie hier die ÖVP vorgeht und ich weiß nicht, wie weit man dieser neuen Linie trauen darf. Ein Faktum ist, dass hier wirklich nur ein Teilbereich in diesem Antrag angeschnitten worden ist, es wird auch in dem Antrag zu wenig differenziert betreffend Akutbetten; Akutbetten würde bedeuten, dass man jemanden wirklich akut, der einer stationären Aufnahme bedarf, entsprechend behandelt. Die Anzahl an Therapiebetten zur Durchführung eines Entzugsprogramms fallen sicher nicht unter diese Akutbetten und die fehlen hier in diesem Antrag zur Gänze. Wir werden also daher auf Grund des mangelnden Gesamtkonzeptes diesem Antrag in der Dringlichkeit nicht zustimmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Baumann** zum Antrag: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Verena! Ich möchte Absatz für Absatz diesen Antrag durchgehen. Ja, es stimmt, 19 Steirer sind an Folge von Überdosis, auch das ist falsch, an Kombination von Alkohol, von Tabletten und Drogen, illegalen Drogen oder legalisierten Drogen gestorben. In Graz hat sich die Caritas als Organisation zur Verfügung gestellt, diesen Menschen, die drogenabhängig sind, wir gehen von zirka 1500 in Graz aus, ihre Hilfe anzubieten. 40.000 sterile Spritzen werden abgegeben, das ist richtig, Gott sei Dank, werden diese Spritzen abgegeben, denn vor ein paar Jahren war das noch undenkbar. Durch Initiative auch aus diesem Gemeinderat heraus, ist es möglich geworden, diese Angelegenheit in Graz so weit in den Griff zu bekommen. Die Ansteckung von HIV ist in dieser Zeit bei Drogenkonsumenten und -konsumentinnen auf null zurückgegangen, das sollte eine der Maßnahmen sein, die notwendig waren und die zum Erfolg geführt haben. Zweiter Absatz, diese Tatsache muss die Politik veranlassen, längst fällige Maßnahmen zur Drogenbekämpfung umzusetzen. Wie wir, und du warst dabei, an dem runden Tisch, wo es um die Drogenproblematik in Graz gegangen ist. Wie die Polizei uns erklärt hat, gibt es einen Unterschied zwischen Drogen- und Suchtbekämpfung. Das sehe ich da in diesem Antrag überhaupt nicht drinnen, mir fehlt überhaupt auf, dass dieser Antrag wahrscheinlich noch vor diesem Drogengipfel oder vor dem runden Tisch geschrieben wurde. Das stimmt, wir brauchen ein weites, ein breites Spektrum, um einerseits die Drogenkriminalität zu bekämpfen und andererseits die Suchterkrankung in den Griff zu bekommen. Eine Maßnahme, die die Grazer Polizei vor zwei, drei Jahren gesetzt hat war, sich intensiv mit der Verteilung illegaler Drogen in Form von Heroin zu beschäftigen. Dieses Problem ist auch durch die Grazer Polizei in Graz beseitigt worden. Wer in Graz heutzutage Heroin kaufen möchte, muss schon einen langen Weg gehen, dass es überhaupt möglich ist, an diese Drogen ranzukommen. Die Substitolpraxis in Graz entspricht einer Praxis, die ungefähr zwei Drittel der Substituierten, in Graz gibt es, glaube ich, 530 substituierte Personen, zwei Drittel dieser Personen bekommen retardierte Morphine, von denen du geredet hast, die du jetzt sozusagen per Gesetz abschaffen möchtest. Substitol ist ein, ich will mich da

nicht medizinisch auslassen, aber Substitol ist ein Medikament, das von Schwerstabhängigen sehr wohl in Anspruch genommen wird. Und das sollte auch in euren Überlegungen mitberücksichtigt werden. Diese unter der Hand diskutierte Pharmazeutenmafia, also zu der wir Grüne ja sicher nicht gehören, weil das Substitol ein österreichisches Produkt ist, halte ich in dem Fall bei den Haaren herbeigezogen. In eurer Partei, liebe Verena, gibt es sehr, sehr engagierte Personen, die sich der Suchtkrankenhilfe widmen, die andere Vorschläge als dieses Substitolverbot mitdenken können. Mich wundert es sehr, dass nicht diese Personen sich endlich in der ÖVP zu Wort melden und ihre auch christlich-sozialen Wurzeln diesbezüglich zeigen. Menschen, die eine Suchterkrankung haben, denen soll geholfen werden mit all den Möglichkeiten, die uns in Graz und in Österreich zur Verfügung stehen (*Applaus Grüne*). Zum vierten Absatz. In Wien gibt es eine andere Abgabep Praxis bei Substitol wie bei uns in Graz. Ja, das stimmt. Wenn die Polizei Menschen aufgreift und anzeigt, die mit Substitol handeln in Wien, dann ist automatisch, und da hat sich schon etwas verändert, diese Behauptung es passiert in Wien gar nichts, ist falsch. Die Wiener Polizei, mit der bin ich nicht zufrieden, wie sie arbeitet, auch in der Drogenkriminalitätsbekämpfung, aber wenn sie eine kriminelle Handlung mit dem Substitol feststellt, dann wird diese Person, sofern sie im Substitutionsprogramm ist, sehr wohl an den Arzt weiterverwiesen, es muss eine Kontrolle geben und gleichzeitig auch eine neue Dosierung, wobei festgeschrieben wird, dass diese Person dann die Drogen in der Apotheke und täglich konsumieren muss. Wenn das keine Maßnahme ist, die die Wiener Polizei, die Wiener Drogenpolitik macht, dann frage ich, was willst denn du für Drogenmaßnahmen, für Antidrogenmaßnahmen, also das verstehe ich nicht. Nächstes in diesem Absatz. Meiner Information nach hat Dr. Ulf Zeder, der Drogenkoordinator, weder bei der Drogenenquete noch sonst wo gesagt, erstens, dass es unbedenklichere Ersatzmedikamente gibt, es gibt keine unbedenklichen und auch keine unbedenklicheren Ersatzmedikamente. Substitol ist eines von drei, vier zugelassenen Drogensatzmitteln. Diese Aussage ist schlichtweg falsch und wenn Ihre Kollegen, wenn die Kollegen der ÖVP, diesem Antrag auch in diesem Punkt zustimmen würden, dann basiert es auf einer Falschaussage von dir, Verena, das stimmt nicht. Auch Wolfgang Schneider, der zitierte deutsche Drogenexperte, hat in diesem Kreis an dem mehrere von uns anwesend waren, nie behauptet, dass es unbedenklichere Ersatzdrogenmedikamente gibt. Also diese Aussage ist, sowohl was den Ulf Zeder

betrifft wie auch den Wolfgang Schneider, einfach falsch. Eine wichtige Maßnahme, die du forderst, eine längst fällige Maßnahme, die du forderst, wäre neben dem Ausbau von Präventionsmaßnahmen in Schulen, in der Familie, in der außerschulischen Arbeit, neben den besseren Begleitungen von Substituierten, da gibt es Probleme auch in Graz, die Schaffung von Akutbetten, ja diesem Teil des Antrages werden wir zustimmen; ich ersuche danach um Aufnahme einer getrennten Abstimmung der Punkte 1 und 2, Herr Vorsitzender, wir werden diesem Teil des Antrages zustimmen, auch wenn der Motivenbericht eigentlich falsch ist. Aber einen Landesrat aufzufordern, eine weitere Drogenambulanz, die in der Psychiatriereform bereits beschlossen ist und wo der Ort auch schon fixiert ist, nämlich das LKH Graz, noch einmal aufzufordern, finde ich richtig. In Bezug der Akutbetten fordere ich uns alle auf, einen ehrlichen Diskurs zu führen. Drogenambulanz und Akutbetten, das war ja schon schön gesagt vom Herrn Kollegen, das sind nicht dasselbe. Akutbetten für Drogenkonsumenten und -konsumentinnen, die sozusagen in lebensgefährliche Situationen kommen, sollten in jedem Grazer Krankenhaus angeboten werden und das scheint mir meines Erachtens gar kein so ein Problem zu sein, wenn es nicht eine politische Stimmung gibt, nämlich eher die Drogenkranken zu bekämpfen und nicht die Sucht zu bekämpfen. Eine dieser Maßnahmen, darauf wollte ich noch zu sprechen kommen, eine dieser Maßnahmen wäre in Graz natürlich die Installierung eines Konsumraums, da brauchen wir uns gar nichts vormachen, ein Konsumraum, wo Schwerstabhängige, Suchtkranke unter medizinischer Aufsicht, unter menschenwürdigen Verhältnissen ihre Drogen auch intravenös zu sich nehmen können. Diese Diskussion ist noch nicht beendet, sie geht einen Schritt in die nächste Etappe, wir nehmen es zur Kenntnis, dass die ÖVP und Bürgermeister Nagl derzeit noch nicht bereit ist, diese Diskussion progressiv zu führen, wie andere Teile in der ÖVP das sehr wohl machen können und ich weiß von vielen Gesprächen mit MandatarInnen hier im Haus, wie auch außerhalb dieses Hauses, dass es sehr wohl vernünftige christlich-soziale Haltungen auch diesbezüglich gibt. Drogenkonsumräume in Europa, ein Thema, das ich jetzt nicht weiter ausführen möchte. Aber Hamburg, Hannover, Berlin, Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Essen, Köln, Münster, Troisdorf, Wuppertal, Frankfurt, Saarbrücken, in der Schweiz Basel, Biel, Schaffhausen, Solothurn, Zürich, Luzern, also die in Luzern und Olten wurden wohl geschlossen, wäre interessant zu schauen, warum diese geschlossen wurden, Amsterdam in den Niederlanden, Arnheim, Groningen, Rotterdam, Utrecht, drei

Städte in Spanien, ein geduldeter Konsumraum in Portugal, das sind Möglichkeiten, den Drogenkonsumenten und -konsumentinnen Hilfe anzubieten. Ersten Zugang auch zu psychosozialen Hilfe anzubieten und daraus eventuell und nach Möglichkeiten auch die Wege aus der Sucht vorzubereiten. Wir, die Grüne Fraktion, sind enttäuscht von der ÖVP, diesbezüglich, diesen Antrag eingebracht zu haben...

Zwischenruf GR. Eichberger: Geh.

GR. **Baumann:** ...nicht den Diskurs vorher mit uns geführt zu haben. Wir stimmen dem ersten Teil zu, Schaffung von Akutbetten, wenn möglich in allen Grazer Krankenhäusern, lehnen die Verbotung eines Medikaments, worüber Ärzte entscheiden sollen, vehement ab. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch:** Bevor ich zur weiteren Wortmeldung komme, möchte ich gerne noch Gäste auf der Galerie begrüßen und zwar sind es die Schülerinnen und Schüler der Gruppe Geschichte, politische Bildung vom BORG Monsbergergasse unter der Leitung von Frau Prof. Schimpl, herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).

GR. **Rajakovics:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe SchülerInnen des BORG Monsbergergasse! Man kann erfolgreich in der Politik sein, im Stadtsenat, im Gemeinderat sind etliche Absolventen des BORG Monsbergergasse, sage ich nur so, vielleicht auch eine Motivation, nach dem Unterricht in der einen oder anderen Partei auch mitzumachen und sich zu engagieren. „Ich bin aus traurigem Anlass auf eure Seite gestoßen, leider ist mein Sohn mit 19 Jahren, vor zehn Tagen an Substitol gestorben. Ich habe keine Ahnung, wie ich mit diesem Verlust leben soll. Er war nicht süchtig im normalen Sinn, er hat geraucht und ab und zu Speed oder Ähnliches genommen. Vor einiger Zeit lernte er einen sogenannten Freund kennen, der im

Substitutionsprogramm war und noch immer ist. Damit begann alles erst. Zeitweise fuhr er nach Wien, um diesen Freund zu besuchen und dieser gab ihm auch Substitol und noch irgendwelche anderen Substanzen. Zweimal holte ich ihn nach Hause, wobei er einmal sogar ins Krankenhaus musste. Er erholte sich wieder und es war ein halbes Jahr Ruhe. Er hat selbst gesagt, dass er nicht mehr vorhätte, diese Substanzen noch zu nehmen. Dann eben vor zehn Tagen fuhr er wieder nach Wien, ich rief am Morgen an, um zu erfahren, ob er schon unterwegs zur Arbeit war. Leider waren am anderen Ende der Leitung Rettungsleute, die mir einfach mitteilten, dass er tot sei. Substitol...“

Zwischenruf GR. Baumann: So nicht.

Zwischenruf GRin. Binder: Das ist absolut geschmacklos.

GR. **Rajakovics**: Entschuldigung, ich habe einen Brief vorgelesen, den eine Mutter eines heuer verstorbenen jungen Mannes geschrieben hat und die auch nicht gesagt hat, er darf nicht verlesen werden.

Zwischenruf GR. Grosz: Homepage.

GR. **Rajakovics**: Das war ein normales Mail, das war bei einer Homepage über Drogen ist das gegangen.

Zwischenruf GR. Grosz: Also nicht in der Stadt Graz.

GR. **Rajakovics:** Nein, in der Stadt Graz. Warum wir den Antrag so formulieren, auch die Kollegen von der freiheitlichen Fraktion, ist deshalb, weil wir nicht glauben, dass wir genau wissen, was wir hier dringlich beantragen sollen, damit wir umfassend das Problem der Drogen, der illegalen Drogen, in den Griff bekommen. Was wir aber wissen ist, dass es zwei ganz konkrete Punkte gibt, die noch nicht im Laufen sind. Wir wissen, dass es tatsächlich die Absicht gibt, eine zweite Ambulanz wieder aufzumachen, da brauchen wir keinen dringlichen Antrag dazu machen. Wir wissen, aber haben noch nichts gehört zum Thema Akutbetten und wir haben etwas wahrgenommen, was uns sowohl die Richter, allen voran der Herr Dr. Wlasak, auch beim runden Tisch das letzte Mal gesagt hat, er ist kein Heroinrichter mehr, er ist ein Substitolrichter geworden, seine Akten stapeln sich hoch rund um dieses Medikament und wir nehmen ernst, was durchaus etliche Experten offensichtlich im restlichen Europa meinen, weil ich weiß nicht, ob allen das bekannt ist hier im Gemeinderat, Substitol ist ausschließlich in Slowenien und Österreich zugelassen und ich würde auch ganz gerne wissen, ich hoffe, da brauche ich keinen dringlichen Antrag dazu stellen, es wird ein Kollege im Nationalrat ein bisschen nachfragen, wie es zu dieser Zulassung ausgerechnet in Österreich gekommen ist und ob da alle Verfahren ordentlich gelaufen sind. Denn eines ist problematisch und das meint eben auch der Landesrat Hirth, ihr habt einen Gesundheitslandesrat, der in vielen Bereichen verantwortlich ist unter anderem auch für Akutbetten, aber eines meint auch er, er meint, dass dieses Medikament dazu angetan ist, dass es letztlich als Droge, als Ersatzdroge, und zwar eine fast gleichwertige Ersatzdroge wie Heroin auf den Markt kommen kann. Es ist mir schon klar, der Heinz hat vollkommen Recht, natürlich, wenn das alles gut kontrolliert vor sich ginge, wenn es gar keine Möglichkeit gibt, das auf den Markt zu bringen und dadurch zu einem vollwertigen Ersatzmittel zu machen, dann braucht man sich drüber keine Sorgen machen, aber ich glaube, gerade die restlichen Staaten Europas haben sich viele Gedanken darüber gemacht, was passiert, wenn wir das nicht so unter Kontrolle haben und in Österreich ist das genau der Fall. Wenn ihn Wien die doppelte Menge verabreicht wird von Ärzten an Substitol, als der Patient überhaupt braucht und das dann den

Markt überschwemmt und vor allem in Graz offensichtlich den Markt überschwemmt, dann ist das eine vollwertige Ersatzdroge zu Heroin. Und der Unterschied ist, wenn ich jemand mit Heroin erwische, wenn die Polizei ihn anzeigt, dass er dann wegen Heroin verurteilt ist, weil Heroin ist verboten, Substitol ist nicht verboten. Substitol ist ein Medikament. Substitol, das gleich gefährlich ist, geht der Herr nicht hinter Gitter, der wird freigelassen. Das heißt, die Gefahr, die ausgeht von einem Medikament, das sehr wohl durch andere ersetzbar wäre, Subutex, Methadon, Kompensan, also es gibt andere Möglichkeiten, die eventuell, vor allem bei Methadon sicherlich, weil das in allen anderen EU-Staaten auch verwendet wird, bei weitem nicht so gefährlich ist, dass es auf den Markt kommt, weil es eine andere Wirkung hat und sich auch nicht so leicht eignet, intravenös konsumiert zu werden. Das heißt, wir wollen mit dringlichen Anträgen auf Dinge aufmerksam machen, die wir glauben, dass sie in diesem Bereich dringlich behandelt werden, weil wir das Gefühl haben, dass jeden Tag hier unten vor unserer Nase am Hauptplatz etwas passiert, das mit einer legalisierten Droge, nämlich mit einem Medikament, Handel betrieben wird, an dem Kinder sterben. Es stimmt nicht? Ein 16jährige Grazer an Substitol gestorben, 19.3.2008, nachdem gespritzt zweimal, 15jähriges Mädchen in Lebensgefahr, 15.11.2008. Wer da sagt, dass dieses Medikament eh nicht gefährlich ist und dass es eh nicht am Markt kommt...

Zwischenruf GRin. Binder: Das haben wir nicht behauptet.

GR. **Rajakovics:** Wenn wir wissen, dass es so ist, dass es gefährlich ist, dass es eine Ersatzdroge ist und der Herr Landesrat der SPÖ, Hirth, hat es scheinbar auch erkannt, dass es so ist, weil er vielleicht genauer als ihr schaut, was da hier unten am Hauptplatz passiert. Es wundert mich sehr, dass ihr da nicht mitstimmt, wo eure eigene Fraktion im Landtag das eingebracht hat, aber wird schon einen Grund dafür geben.

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

GR. **Rajakovics:** Gerald, du kannst dem Antrag dann zustimmen oder nicht. Wir wollen im Gegensatz zu dir, glauben wir nicht, dass wir die großen Experten sind und alles mit dem großen Löffel gefressen haben, wie man die Drogen bekämpfen können, aber in zwei Bereichen, wo wir ganz eindeutig auch auf Grund der Diskussion am runden Tisch festgestellt haben, dass ein dezidiertes Handlungsbedarf für Graz besteht, da wollen wir mit einem dringlichen Antrag darauf aufmerksam machen und ich würde wirklich bitten, auch auf Grund der Klarstellungen, die ich jetzt getroffen habe, bitten, auch die anderen Fraktionen, sich wirklich noch einmal gut zu überlegen, ob ihr nicht bereit seid, bei beiden Punkten mitzustimmen, es wäre eine Unterstützung, weil das gleiche Signal an das Gesundheitsministerium auch vom Landtag ausgegangen ist. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler:** Zuerst möchte ich einmal sagen, dass ich es für erfreulich halte, dass der Herr Bürgermeister zur Drogenenquete eingeladen hat. Die Vorträge waren interessant und haben vor allem eines gezeigt: Unter Fachleuten sind die Widersprüche zur Drogenpolitik, zu den Drogenmaßnahmen genauso da, je nach Blickwinkel, wie sie in der Politik da sind. Und wenn wir uns darauf einigen können, und ich denke diesen Konsens gibt es, dass wir es hier mit einer ganz großen und wichtigen gesellschaftspolitischen Herausforderung zu tun haben, dann werden wir gut daran tun, auch diese Widersprüche als solche wahrzunehmen. Ich bin daher der Meinung, dass alles, was dem Ziel dient, einerseits die Suchtkrankheit in all ihren Formen, wie wir sie auch in Graz kennenlernen und kennenlernen mussten, zu bekämpfen, also diesen Kampf aufzunehmen und Maßnahmen zu suchen, die die Suchtkrankheit eindämmen können, dass wir uns dann auf eine möglichst sachliche Diskussion auch einlassen müssen. Das Zweite, was ich für richtig und wichtig halte ist, dass alles, was im sozialpolitischen Umfeld bis zur Beschaffungskriminalität hin eine Rolle spielt, bis zum Drogenhandel, selbstverständlich auch mit allen und sehr großen Maßnahmen verfolgt werden muss. Aber gerade die Drogenenquete hat

gezeigt, dass es eine Reihe von durchaus mutigen Maßnahmen gibt und geben kann, die uns einen wichtigen Schritt weiterbringen, denn worum geht es, und jetzt Thomas, wenn du sozusagen eine geliehene Betroffenheit hernimmst, dann nimm bitte auch meine zur Kenntnis, die tatsächlich darin besteht, dass ich einen, zwar entfernten, aber immerhin Verwandten im Drogenrausch verloren habe, am Schwedenplatz vor 15 Jahren im eigenen Erbrochenen erstickt mit einem amputierten Bein, das er verloren hat auf Grund seiner Suchtkrankheit. Ich sage das nicht, um irgendwie Eindruck zu schinden, ich sage das gleich dazu, sondern einfach deshalb, weil ich glaube, wenn wir genauer hinschauen, wir in unserem Bekannten-, Freundeskreis, manchmal leider auch im Verwandtenkreis solchen Fällen immer wieder begegnen. Wenn wir zum Beispiel zum Applikationsraum diskutieren wollen, dann denke ich, es wäre doch angebracht auch darüber nachzudenken, wie man mit dieser Krankheit tatsächlich richtig umgeht und ob es uns recht sein kann, dass es heute schon öffentliche Suchtgifträume gibt, nämlich die öffentlichen Toiletten zum Beispiel, wo unter den Klomuscheln die Kinder, nicht nur dieser Stadt, sterben können und das ist Faktum. Und die Frage, die sich stellt ist, ist es daher ein möglicher Weg, einen Applikationsraum zu schaffen, wo eine ärztliche Aufsicht zwar die Suchtkrankheit selber nicht bekämpft, aber den Tod, den unmittelbaren Tod verhindern kann. Und dann sollten wir dieses Mittel auch richtig einschätzen, nämlich nicht als eines, das unmittelbar zu einem großartigen Erfolg führen wird, in dem Sinn, dass es weniger Suchtkranke gibt, sehr wohl aber zu dem Erfolg, dass es weniger Suchttote gibt. Und dann meine ich, ist es doch gerechtfertigt, darüber nachzudenken, wie man da Lösungen finden kann, die meinetwegen auch die Bedenken der Polizei mitberücksichtigen und wenn man das tun will, dann denke ich, wären wir einen großen Schritt weiter. Weil eines ist hier völlig klar, einen Suchtgiftapplikationsraum wird es in Graz nur dann geben, wenn die großen Fraktionen zustimmen. Es gehen sich schon rechnerisch andere Mehrheiten nicht aus, wir müssen also drüber weiter nachdenken und das Überzeugungsgespräch ist das Mittel der Wahl in diesem Zusammenhang, nicht die Polemik. Um jetzt auf den Antrag der Kollegin Ennemoser noch näher einzugehen. Auch wir sind der Meinung, auch wenn es ein bisschen eine unfreundliche und aggressive Formulierung ist, die wir natürlich in der Form nicht teilen, dass der Punkt 1 beschlossen werden kann, damit haben wir kein Problem. Das Land bereitet derzeit, wie schon angesprochen, ohnehin einen regionalen Strukturplan Psychiatrie vor und dieser wird bis

Jahresende fertig sein. Das Land hat in dem Budget für die kommenden zwei Jahre zusätzliche Mittel für das Gesundheitsressort zur Drogenbekämpfung bereitgestellt und ich hoffe und wünsche mir nach wie vor, dass das auch in Graz möglich sein wird für das kommende Jahr, zusätzliche Mittel, auch Frau Kollegin, wenn Sie da hin und wieder einen unfreundlichen Kommentar loslassen, wäre es nicht schlecht, wenn Sie sich vorher erkundigen, dann könnte ich Ihnen gerne auf die Sprünge helfen. Es hat natürlich auch die städtische Drogenenquete bereits stattgefunden und ich habe auch darüber im Gemeinderat bereits berichtet.

Zwischenruf GRin. Mag.^a Ennemoser unverständlich.

StR. Dr. **Riedler**: Ja, meine Drogenenquete, zu der ich eingeladen habe und ich habe darüber im Gemeinderat auch bereits berichtet, man muss nur ein bisschen zuhören. Durchaus im Sinne eines guten gegenseitigen Verständnisses. Aber wenn Sie es noch nicht wissen, erkläre ich es Ihnen gerne persönlich noch einmal. Also, wir brauchen natürlich auch mehr Mittel, und das Land wird mehr Mittel zur Verfügung stellen. Es ist somit alles im Laufen, aber eine gründliche Bedarfserhebung, die durch diesen regionalen Strukturplan erfolgt, ist von Nöten. Derzeit gibt es die Suchtgiftambulanz in der Siegmund-Freud-Klinik, Landeskrankenhaus, im Lkw werden derzeit aber keine Patienten aufgenommen, da es derzeit keine ausgebildeten Fachärzte für diese Behandlung gibt, die allerdings bereits in Ausbildung stehen. 2009 werden daher zwei Ärzte, die in Ausbildung sind, mit ihrer Ausbildung auch fertig sein, sodass diese Einrichtung auch wieder zur Verfügung stehen wird, damit ist also der Intention Ihres Antrages auch meiner Meinung nach Rechnung getragen und wenn Sie meinen, das könnte, sollte, müsste mehr sein, teile ich Ihre Meinung und werde daher auch meiner Fraktion empfehlen, diesem Teil des Antrages zuzustimmen. Eine weitere Ambulanz ist im Raum Leoben bereits geplant. Ich möchte Ihnen jetzt 1 : 1 den, soweit ich wahrnehme, allgemein anerkannten und respektierten Drogenkoordinator der Stadt Graz zu Wort kommen lassen, der mir also eine Stellungnahme dazu abgegeben hat. Ich lege da großen

Wert auf eine fachlich korrekte Stellungnahme und ich darf sie jetzt kurz verlesen. Dr. Zeder sagt: „Die Entwicklung bei den Medikamenten, auch im Substitutionsbereich, ist ein dynamischer Prozess und sie geht daher natürlich auch weiter. Die Entscheidung, welche Präparate geeignet sind, trifft der Arzt, es handelt sich um Individualentscheidungen, die nicht von Seiten der Politik getroffen werden können. Derzeit gibt es mehrere Präparate am Markt. Substitol, ein Medikament, das von den Lannacher Werken hergestellt wird, ist derzeit laut Untersuchungen auch nach Einschätzungen des Gesundheitsamtes das am besten verträgliche Präparat. Das bedeutet, dass Nebenwirkungen wie Impotenz, Antriebsschwäche und körperliche Schwächeerscheinungen, die bei anderen Präparaten sehr häufig auftreten, praktisch nicht vorkommen. Das Medikament ist auf Grund seiner Beschaffenheit oft auch am besten“ Frau Kollegin, ich würde Sie schon bitten, dass Sie mir zuhören, ich habe das bei Ihnen auch gemacht. „Das Medikament ist auf Grund seiner Beschaffenheit oft auch am besten für den Entzug geeignet. Der behandelnde Arzt stellt in einer Individualdiagnose fest, welches Präparat am besten für den Patienten geeignet ist. Entgegen landläufiger Meinungen kann übrigens auch Methadon gespritzt werden, ebenso wie Substitol, also gibt es diesbezüglich keinen Vorteil gegenüber Substitol. Das Problem ist also nicht das Medikament, sondern die Rahmenbedingungen. Auch ein anderes noch so effizientes Mittel muss entsprechend angewendet werden. Laut Schätzungen der Landespolizeidirektion kommen rund 90 % der in Graz beschlagnahmten Substitutionspräparate aus Wien. Der Grund dafür ist, dass in Wien eine höhere Dosierung vorgeschrieben wird und dass die Zahl der Patienten höher ist. Wien ist allerdings bemüht, diesem Problem Herr zu werden und arbeitet an entsprechenden Maßnahmenpaketen. Eine erste Maßnahme ist die kontrollierte Einnahme vor Fachkräften für einmal erwischte Weiterverkäufer.“ Jetzt kann man drüber denken wie man will, das ist die offizielle Stellungnahme des dafür zuständigen Fachmannes der Stadt Graz. Ich neige dazu, den Experten und Expertinnen der Stadt Graz Glauben zu schenken. Ich bin trotzdem der Meinung und bereit, auch in Ihrem Sinne, die Diskussion weiterzuführen. Es soll ja die Debatte nicht abgebrochen sein, ich bin aber der Meinung, bevor wir eine Debatte für beendet erklären, müssen wir sie erst einmal führen und aus meiner Sicht ist diese Debatte nicht zu Ende geführt, sondern es ist mit der letzten Enquete, es sind mit meinem Drogengipfel wesentliche Schritte gesetzt worden. Ich möchte daran erinnern, dass wir nicht erst seit gestern uns mit

diesem schwierigen Problem befassen, es gibt einen Vorgänger, den ich in dem Zusammenhang sehr gerne zitiere, nämlich den Vizebürgermeister Dr. Weinmeister, der als Gesundheitsstadtrat, Vorvorgänger, der als Gesundheitsstadtrat mutige Schritte und vielleicht solche, die vielleicht gerade von seiner Fraktion nicht erwartet wurden, gesetzt hat. Meiner Meinung nach in die richtige Richtung und ich glaube, wir sind gut beraten, dieses Thema aus der tagespolitischen Polemik herauszuhalten und zu versuchen, vernünftige Lösungen zu finden. Vernünftige Lösungen heißt, zuerst einmal die Drogenkranken, vor allem die drogenkranken Jugendlichen müssen geschützt werden und müssen und sollen eine Chance bekommen, ihr Leben in einer gesunden und vernünftigen Art und Weise weiterführen zu können. Danke (*Applaus SPÖ und Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 15.25 Uhr den Vorsitz.

Mag.^a **Ennemoser**: Danke für die Zustimmung zu Punkt 1. Da sind wir uns alle einig, und Heinz, wir waren am Dienstag zusammen bei der Drogenenquete. Die Experten sind sich einig, dass Substitol nicht ein Problem in der Substitutionstherapie ist, sondern im Missbrauch. Und fest steht auch, dass kein einziges Drogenopfer im Substitutionsprogramm war, aber schaut man auf den Hauptplatz, sieht man, wie sich die Drogenszene gewandelt hat. Eine Kapsel Substitol wird da gehandelt um 30, 35 Euro. Wenn es eben in diesem Zusammenhang Todesopfer gibt, dann ist Handlungsbedarf gegeben und ich begrüße es, wenn Herr Stadtrat Riedler den Dialog eingehen will und appelliere an alle problemorientierten Kräfte hier im Gemeinderat, weiter im Dialog zu sein. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

3) Jüdischer Friedhof Graz

GR. **Herper** stellt namens der SPÖ, ÖVP, Grünen, KPÖ und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Grabsteine, die in weichem Erdreich bereits versinken und sich gefährlich in eine Richtung neigen, neben völlig zugewachsenen Gräbern, auf denen man Namen nur mehr schwer entziffern kann: Der israelitische Friedhof in Graz hat einen Grad der Verwahrlosung erreicht, der wie bei vielen jüdischen Friedhöfen in ganz Österreich kein weiteres Zuwarten zulässt.

So beschreiben JournalistInnen den „erbärmlichen Zustand“ des jüdischen Friedhofs in Graz; ähnlich sieht es bei den übrigen, freilich viel kleineren Friedhöfen in der Steiermark aus: in Bad Aussee, in Judenburg, in Knittelfeld, Leoben und Trautmannsdorf.

Das Land Steiermark hat im Vorjahr – als eine Art Vorgriff - € 100.000,-- für die Restaurierung des 18.000 m² großen Geländes mit 1500 Gräbern in Graz zur Verfügung gestellt, von der Stadt Graz kamen € 10.000,-- für den 1865 gegründeten jüdischen Friedhof in der Landeshauptstadt.

Nun schlagen die Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) in diesen Tagen, wo sich die „Reichspogromnacht“ der nationalsozialistischen Diktatur – der Auftakt zum Holocaust - zum 70sten Male jährt, besonders Alarm: „Gefahr ist im Verzug!“

Denn: Im Unterschied zu Land und Stadt hat sich die Republik Österreich im vor 7 ½ Jahren völkerrechtlich verbindlichen „Washingtoner Abkommen“ – federführend verhandelt vom Außenministerium – dazu verpflichtet, zur Pflege jüdischer Gräber in Österreich beizutragen. Allen war klar, dass in diesem Bereich primär bei den Ländern und Gemeinden bestehende Zuständigkeiten vorhanden sind. Dem Bund war aber auch bewusst, dass diesbezüglich Länder und Gemeinden bereits nennenswerte Leistungen erbracht haben und - angesichts der Größe der Aufgabe – auch der Bund einen Beitrag leisten wird müssen. Angesichts der zersplitterten Kompetenzsituation ist eine solche Aufgabe nur in einer gemeinsamen koordinierten

Vorgangsweise zu bewältigen. Diesbezügliche Gespräche zwischen Außenministerium, Bundeskanzleramt und Finanzministerium – schließlich geht es hier um zusätzliche Budgetmittel – haben in der letzten Legislaturperiode zu keinem konkreten Ergebnis geführt. Auch Landeshauptmann Mag. Franz Voves hat in einem Schreiben Ende Mai dieses Jahres in eindringlicher Form aufgrund einer einstimmigen Beschlussfassung in der Stmk. Landesregierung auf diesen Tatbestand aufmerksam gemacht. Zudem wurden zwei Beschlüsse aller Landeskulturreferenten bislang ignoriert, zuletzt im April 2008 in Bregenz, als dieser Beschluss bekräftigt wurde.

Der österreichische Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Ariel Muzicant hat ja das Vorgehen als glatten Vertragsbruch bezeichnet. Der Erhaltungszustand tausender jüdischer Grabstätten in Österreich hat die Historikerin Tina Walzer als denkbar schlecht, weil ja neben den Zerstörungen aus der NS-Zeit es ja auch zu schwerwiegenden Schäden in den letzten Jahrzehnten gekommen ist, durch Abräumaktionen, Vandalismus, wir kennen die alle immer wieder, nicht nur hier, sondern auch in ganz Europa, sowie die Umwelteinflüsse saurer Regen, Frost und Bewuchs. Damit, unsere Meinung, glaube ich, einer eindeutigen Mehrheit, einer klaren eindeutigen Mehrheit dieses Hauses folgend, droht einem unverzichtbaren Dokument der österreichischen Kultur-, Kunst-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Verfall.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der SPÖ, ÖVP, GRÜNEN, KPÖ, BZÖ-Gemeinderatsfraktionen, und ich weiß mir auch die Zustimmung der FPÖ sicher, in einem gemeinsamen

d r i n g l i c h e n A n t r a g

folgende Forderung: Die Stadt Graz möge an die neu zu bildende Bundesregierung sowie an die neuen Verantwortlichen der betroffenen Ministerien im Petitionswege herantreten, die Republik Österreich müsse im Sinne des Washingtoner Abkommens - abgeschlossen zwischen Österreich, den USA und den Opferverbänden - ihren Verpflichtungen nachkommen und für die Sanierung jüdischer Friedhöfe in Österreich

und besonders in Graz die entsprechenden Subventionen bereitstellen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.30 Uhr den Vorsitz.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dr. **Piffl-Percevic** zum Antrag: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Mein Kollege Karl-Heinz Herper hat mit sehr bewegenden Worten auf einen Missstand in unserer Gesellschaft hingewiesen, leider können wir uns alljährlich von diesem Missstand, der auch in unserer Stadt besteht am jüdischen Friedhof am Gemeindegebiet von Wetzelsdorf, wir können uns leider jährlich davon überzeugen. Es ist über den genannten Herrn Oberst Oswald hinaus in diesem Zusammenhang dem früheren steirischen Militärkommandanten Generalmajor Heinrich Winkelmeier zu danken, vor seiner Funktion als Militärkommandant war er als Militärattache in Peking und ist nunmehr wieder in dieser Funktion, dass er im Anschluss an die Allerseelenfeierlichkeiten des Bundesheeres am Zentralfriedhof seit einigen Jahren auch eine militärische Feier am jüdischen Friedhof, mit militärischen Ehren, mit Musik organisiert und die dort abgehalten wird. Es ist in aller Regelmäßigkeit der Herr Landeshauptmann, der Herr Bürgermeister und auch immer wieder Kollegen aus dem Gemeinderat bei dieser würdigen Feier, was die Organisation betrifft, anwesend, aber es ist kein Zynismus, wenn wir sagen, die Umstände dort sind besorgniserregend. Die israelitische Kultusgemeinde, und das muss ich bestätigen, ist nicht in der Lage, hier die Pflege in der Weise vorzunehmen, wie wir sie eigentlich erwarten können und daher ist auch das Abkommen von Washington aus dem Jahre 2001 einzumahnen, auch auf Bundesseite. Ich darf auch namens der Grünen Fraktion daher ankündigen, dass wir auch dem Inhalt natürlich unsere Zustimmung geben werden (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Erlauben Sie mir noch eine Wortmeldung zum Thema. Selbstverständlich haben wir uns auch in letzter Zeit bemüht, auch das Mähen der Wiese etc. von Seiten der Stadt Graz auch vorzunehmen. Ich glaube, dass dieser gemeinsame dringliche Antrag ein wirklich unterstützenswürdiger ist, da es einfach keine Gemeinde in der Dimension mehr gibt und viele Gräber de facto auch keine Nachfolger haben, die sie pflegen können. Aus diesem Grunde freue ich mich über deinen Antrag, Karl-Heinz, ich möchte allerdings auch bemerken, dass wir in der vergangenen Woche einen Schweigemarsch hatten anlässlich der Wiederkehr einer fürchterlichen Nacht in unserer Stadt Graz. Ich habe kein gutes Gefühl gehabt beim gemeinsamen Hinüberschreiten mit einer Kerze in der Hand, weil ich zufällig mir auch am Nachmittag noch einmal die Geschichtsbücher der Stadt Graz angesehen habe und den damaligen Bürgermeister von Graz auch mit der Bürgermeisterkette und seiner SS-Uniform entdeckt habe und auch wusste, dass er aktiv beteiligt mit einer Fackel dieses fürchterliche Verbrechen auch miteingeleitet hat und ich habe es mehr als traurig und bedauernswert gefunden, dass nicht alle Fraktionen, die hier im Gemeinderat vertreten sind, an dieser Feierlichkeit teilgenommen haben. Es wäre für alle wieder einmal Gelegenheit gewesen, auch auf Grund der Lesung der Familie Popper, die wir dort erfahren konnten, welche Gräueltaten, welche unvorstellbaren Gemeinheiten mit mehr als 2000 Gesetzen und Verordnungen der jüdischen Gemeinschaft in unserem Land angetan worden ist und ich hoffe sehr, dass das nur ein Versehen war und dass man nicht bewusst bei dieser Feier nicht anwesend war (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Aufnahme der Marienambulanz in den Regionalen Strukturplan Gesundheit Steiermark

GRin. **Haas-Wippel** stellt namens der SPÖ, ÖVP, Grüne und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Haas-Wippel:** Sehr geehrtes hohes Haus! Der Regionale Strukturplan Gesundheit entspricht gemäß den Grundsätzen der Artikel 15a Vereinbarung einer gemeinsamen, integrierten und sektorenübergreifenden Planung und Steuerung im Gesundheitswesen. Im RSG werden erstmalig Planungen des stationären und des ambulanten Bereichs zusammengeführt und abgebildet, das ist ein Novum. Im ambulanten Bereich im Speziellen wurde der Status quo der Versorgungssituation der Krankenhausambulanzen und des niedergelassenen Bereichs dargestellt.

Leider hat das Ambulatorium Caritas Marienambulanz keine Berücksichtigung im RSG gefunden.

Die Marienambulanz bietet seit ihrer Eröffnung im April 1999 eine niederschwellige allgemeinmedizinische Primärversorgung für jene Menschen an, die keine Krankenversicherung haben und für versicherte Personen, die aus den unterschiedlichsten Gründen die Schwelle in das öffentliche Gesundheitswesen nicht überwinden können. Die Gründe sind mannigfaltig von Schamgefühlen über Sorge um die Anonymität, Alkoholprobleme, Drogenabhängigkeit usw.

Die Zielsetzungen der Marienambulanz sind daher die Entlastung des intermuralen Bereiches durch ein niederschwelliges, bedarfsgerechtes und zielgruppenorientiertes Gesundheitsangebot für soziale Randgruppen und die Mitarbeit bei der Entwicklung von intersektoralen, interdisziplinären Strategien zur Gesundheitsförderung in Bezug auf diese Zielgruppen, also im Wesentlichen Gesundheitsförderungsaspekt, der wird dadurch abgedeckt. Weitere Schwerpunkte sind unter anderem die Prävention, Früherkennung, Behandlung und Begleitung durch nachgehende und aufsuchende Gesundheitsversorgung, die Entwicklung von Standards in der medizinischen Versorgung von sozialen Randgruppen und MigrantInnen und die Gesundheitsinformation und Empowerment der Zielgruppe zur Steigerung des Gesundheitsbewusstseins.

Es hat sich gezeigt, dass speziell in Ballungszentren der österreichischen Großstädte viele Menschen da sind, für die die gesetzlichen Rahmenbedingungen der bestehenden Versorgungssysteme nicht ausreichend sind.

Allein im Jahr 2007 wurden rund 8.000 Kontakte dokumentiert, in der Ordination sind 1.250 PatientInnen aus 72 Nationen behandelt und beraten worden, von denen beinahe die Hälfte zum Kontaktzeitpunkt ohne Krankenversicherung waren.

Auch die Steirische Gesundheitsplattform hat in ihrer Sitzung am 22. März 2007 einstimmig beschlossen, die Aktivitäten der Marienambulanz als krankenhausesentlastende Maßnahmen anzuerkennen und mit Projektmitteln zu fördern.

Eine Berücksichtigung im RSG hat bis dato noch nicht stattgefunden.

Der Ergebnisbericht der Evaluation, der Bestandteil für diese Förderung ist, empfiehlt aber auch explizit die Integration der Marienambulanz als niederschwellige Primärversorgung für benachteiligte Gruppen in die steirische Gesundheitsversorgung und die Aufnahme in den Regionalen Strukturplan Gesundheit.

Ich stelle daher namens der Gemeinderatsklubs der SPÖ, ÖVP, GRÜNE und KPÖ folgenden gemeinsamen

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge im Wege einer Petition an die Steiermärkische Landesregierung herantreten mit dem Ziel, das Ambulatorium Caritas Marienambulanz in den Regionalen Strukturplan Gesundheit Steiermark aufzunehmen. Ich bitte um Annahme (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Mag. **Mariacher** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Gemeinderat, sehr geehrter Zuhörer! Die Marienambulanz ist sicher in der Funktion, die sie heute ausübt, ein wichtiger Bestandteil der Versorgung einiger

Bevölkerungsgruppen, die sonst in der gesundheitlichen Versorgung nicht oder nur schwer erreicht werden könnten. Daher ist die Intention, diese Institution in den regionalen Strukturplan Gesundheit des Landes Steiermarks hinüberzuführen und nicht als isolierte Einheit abseits dieses RSG zu belassen, sicher zu befürworten. Was ich in diesem Antrag im Motivenbericht aber lese, und da bitte ich um entsprechende Abklärung auch seitens des Landes beziehungsweise hier seitens der Stadt Graz noch, ist, dass knapp 50 % der Patienten, die dort versorgt werden, keine E-Card im Sinne einer Versicherung, einer österreichischen Sozialversicherung haben und wenn diese Marienambulanz in den RSG hinübergeführt worden ist, auch eine finanzielle Beteiligung durch den Hauptverband der Sozialversicherung zu tragen käme. Nachdem dieser Hauptverband natürlich verpflichtet ist, seinen eigenen Mitgliedern und Versicherten Dienste zukommen zu lassen, ist dies abzuklären, inwieweit, in welcher Art und Weise hier eine Beteiligung dieser doch sehr wichtigen Institution zur Finanzierung des RSG möglich ist. Ich bitte also, das zu berücksichtigen. Möchte allerdings auch schon sagen, das ist natürlich ein Überführen der Kosten von der Stadt Graz zum Land, das an sich schon zum Ausdruck auch bringt, dass die Stadt Graz in dem Bereich nicht so viel Gelder selbst in die Hand nimmt, um das zu finanzieren und ich frage mich ja schon ernsthaft, wenn ich mir anschaue, wie die Stadt Graz selber Geld in die Hand nimmt, um Architekten, Designer zu beauftragen, um neue Parkbänke zu entwickeln um sündteures Geld, wenn ich heute im Antrag vernehme, gerade von der Fraktion der ÖVP eine neue Gestaltung des Messeplatzes vorzunehmen, um hier entsprechende Maßnahmen zu errichten, die einer Verschönerung, Behübschung usw. zu entsprechen, dann denke ich mir, das hier sehr viel Geld ausgegeben wird für Dinge, die nicht notwendig wären, die einfach nicht auf Grund der budgetären schwierigen Lage, die wir alle sehen für die Stadt Graz, einfach erforderlich ist. Vor allem was zweckmäßig ist, was leicht bereinigt werden kann, was den Ansprüchen des Gebrauches genügt, das sollte man so belassen und lieber das Geld, das wäre mir allemal lieber, der Marienambulanz zur Verfügung zu stellen, als solche Ausgaben zu tätigen.

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Also dieses wertvolle Angebot der Marienambulanz ist ein wichtiger Beitrag zur Gesundheitsvorsorge sozial schwacher MitbürgerInnen und wir sind gerne Mit Antragsteller bei diesem Antrag.

GRin. **Haas-Wippel**: Ich möchte nur eine kleine Ergänzung anbringen betreffend Kooperationsvereinbarung. Mit der Gebietskrankenkasse gibt es bereits eine finanzielle Kooperationsvereinbarung, einen bestimmten Abrechnungsmodus seit dem Zeitpunkt, wo die Marienambulanz als Krankenanstalt anerkannt wurde, Anerkennung gefunden hat, das ist seit fünf Jahren, seit diesem Zeitpunkt gibt es bereits eine Kooperation mit der Finanzierung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Aktionsplan zur Armutsbekämpfung

GR. Mag.^a Dr. **Sprachmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Seit vielen Jahren ist bestimmendes Thema im Sozialbereich der Stadt Graz die Armutsbekämpfung.

In Österreich leben 460.000 Menschen in manifester Armut, über eine Million Menschen, davon 250.000 Kinder, sind armutsgefährdet. Der Prozentsatz der armutsgefährdeten Personen, es handelt sich hierbei um Menschen mit einem Einkommen unter € 838,82 pro Monat, an der Gesamtbevölkerung beträgt immerhin 13 %, das sind auf Graz herunter gebrochen 37.652 MitbürgerInnen.

Die Armut wird größer. Wir sehen jeden Tag, wenn wir durch unsere schöne Stadt gehen, die sichtbare, spürbare Armut. Frau Sozialsprecherin der ÖVP, ich würde Sie

bitten, dass Sie vielleicht bei so einem Sozialantrag auch zuhören. Frau Gemeinderätin Potzinger? Ich will vielleicht auch nur, dass die Sozialsprecherin der ÖVP mitbekommt, um was es geht, die Armut wird größer, wir wissen es, wir sehen sie jeden Tag, wenn wir durch unsere schöne Stadt gehen, die sichtbare, die spürbare Armut. Nicht zu vergessen ist die nicht sichtbare, die nicht spürbare Armut, welche wir nicht sehen, da sie in den Wohnungen verschlossen bleibt, aus Schamgefühl oder warum auch immer.

Wir befinden uns in einer Zeit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Verbunden mit dem Herabrasseln der Aktienkurse steigt die Arbeitslosigkeit einerseits und die Mac-Jobs nehmen andererseits zu.

Die Politik ist gefordert, einem gänzlichen Desaster entgegenzutreten - indem sie Maßnahmen setzt; wobei die wichtigste Maßnahme nur im Bereich der Armutsbekämpfung liegen kann.

Die Armutskonferenz Österreich hat sich im Oktober dieses Jahres effektiv mit dem Kampf gegen die Armut auseinandergesetzt.

Von unabdingbarer Notwendigkeit ist die Schaffung eines Aktionsplanes der künftigen Bundesregierung zur Armutsbekämpfung.

In diesen Aktionsplan sollen enthalten sein: die Mindestsicherung, die Reform des Sozialhilfewesens, eine faire Belastung von Vermögen und Vermögenseinkommen, eine qualitätvolle soziale Infrastruktur, die Schließung von Lücken von sozialen Angeboten, die Erhöhung von Bildungschancen unterer Einkommensschichten, eine soziale Wohnpolitik und Wohnungshilfe, nachhaltige Maßnahmen zur Energiekostensenkung, Vermeidung von Ungleichheiten im Gesundheitssystem, staatliche Pflegesicherung, Bekämpfung von Überschuldung sowie Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik.

Die Wichtigkeit dieser Maßnahmen und des Aktionsplanes ist uns hier hoffentlich allen hier bewusst.

Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge im Sinne des Motivenberichtes in einer Petition an die künftige Bundesregierung herantreten und diese ersuchen, einen nationalen Aktionsplan zur Armutsbekämpfung zu beschließen und umzusetzen. Ich ersuche um Annahme des Antrages (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics** zur Dringlichkeit: Liebe Karin Sprachmann! Ich weiß, dass du sehr engagiert bist, auch in sozialen Fragen, deshalb tut es mir leid, dass du so einen Antrag heute stellst in einer Situation, wo ich glaube, dass es ganz wichtig ist, und das werde ich heute noch ein zweites Mal bei einem anderen Antrag sagen, dass wir die dringlichen Anträge tatsächlich zu Dingen stellen, die dringlich sind für die Stadt Graz. Konkret in gewissen Situationen gestellt werden müssen, damit für die Grazerinnen und Grazer Gefahr abgewehrt wird oder das man etwas Positives für sie erreichen kann. Diese allgemeinen Anträge nehmen überhand, hat auch die Auswirkung, wird vielen Kollegen vielleicht aufgefallen sein, dass sie ja auch in den Zeitungen nicht mehr vorkommen, früher einmal, bei wenigen Anträgen, die wirklich konkret waren, ist man als Gemeinderat vorgekommen mit einem Bild, heute ist das inflationär und das Ganze findet dann auch nicht mehr statt. Wir sind ganz sicher dafür, dass das Augenmerk auf jene zu legen ist, denen es nicht so gut geht in unserer Gesellschaft, stimmen auch gerne bei solchen Anträgen mit, wenn gute Vorschläge für Graz kommen. Das vermisse ich aber bei diesem Antrag, weil der Bezug auf Graz, dass wir mehr Sozialausschüsse machen sollten, Themen auch beratend im Sozialausschuss aufnehmen sollen, dass wir endlich eine ordentliche Statistik über die Armutsgefährdung in Graz zusammenbringen, weil seit Jahren bin ich bemüht, dass wir zu besserem Zahlenmaterial kommen, jetzt schreibt der Menschenrechtsbericht, dass es offensichtlich nur heruntergerechnete Zahlen vom Land Steiermark und der Statistik des Landes gibt und wir kaum Hintergrundinformation haben, wer braucht soziale Unterstützung. Wie ist der Hintergrund, sind das Familien, sind das Einzelpersonen, was passiert mit sozialer Unterstützung, alle diese Parameter, die statistisch wichtig sind für unsere Stadt, um zu entscheiden in welche Richtung soll der Zug, auch der soziale Zug, fahren, sodass Menschen in unserer Gesellschaft nicht durch das Netz fallen. Alle solche Anträge unterstützen wir gerne, wenn sie konkret sind und nachvollziehbar sind. Aber

ein Antrag, der auf eineinhalb Seiten relativ oberflächlich beschreibt, dass es in Österreich auch Menschen schlecht geht, was, glaube ich, auch gerade die Bundesregierung zur derer Verhandlung ja gerade unsere beiden Parteien SPÖ und ÖVP gerade im Sozialbereich sehr viele Maßnahmen treffen wollen, man in den Zeitungen liest viele Vorschläge, und es ist dir auch unbenommen, dass du in den Gremien dich stark machst, der Nationalrat soll mehr Initiativanträge noch in diese Richtung machen, soll noch mehr Maßnahmen setzen. Es wäre auch gut, wenn der Bund nach Möglichkeit auch viele Sachen zahlt von den Dingen, die er für die Menschen in Österreich tun möchte und nicht nur Gesetze erlasst, die dann die Stadt Graz oder die subsidiär unterste Gebietskörperschaft zahlen muss, das heißt, wenn es konkrete Anträge gibt, die die Stadt Graz betreffen, dann sind wir immer dabei. Aber wenn ein derart allgemein formulierter No-Na-Antrag ist, dann würde ich eigentlich sagen, dass wir uns alle ein bisschen an der Nase nehmen und vielleicht in Zukunft auf so etwas verzichten, und nur deshalb stimmen wir heute diesem Antrag weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zu (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kahr**: Die KPÖ wird selbstverständlich der Dringlichkeit und auch dem Antrag zustimmen. Natürlich könnte man in zehn Seiten auch beschreiben, wie die Situation der Menschen in unserem Land ist, beschreiben, in welchen Situationen sich die Menschen befinden und ich gehe sogar noch weiter, es geht nicht nur um die Ärmsten der Ärmsten, sondern es geht vor allem auch um jene Gruppe der Menschen, die noch eine Arbeit haben, aber von deren Einkommen sie kaum leben können und diese Gruppe immer mehr gerät auch in die Armutsfalle. Deshalb habe ich, und das glaube ich auch, dass das wichtig ist, dass es hier noch verstärkt als bisher gemeinsame Signale an Land und Bund auch zu richten, weil wenn so wie wir immer in den Budgetgesprächen auch mit dem Stadtrat Rüschi hören, dass die Budgetsituation es nicht erlaubt, weitere Maßnahmen aus eigener Kraft seitens der Stadt zu setzen im Sozialbereich und auch, da spreche ich hier auch als Wohnungsstadträtin, auch im Wohnungsbereich, dann wird hier eine verstärkte Kraftanstrengung seitens des Landes und des Bundes notwendig sein. Weil ein wesentlicher Faktor, dass Menschen überhaupt in die Armutsfalle geraten, ist auch der private Wohnungsmarkt, wo sich die Familien und Personen die teuren Mieten

nicht mehr leisten können, deshalb ist hier eine Kraftanstrengung auch notwendig, ein Sonderwohnbauprogramm seitens des Bundes zu fordern, wie es auch die Arbeiterkammer derzeit tut. Wir haben hier bewusst auch in der Stadtsenatssitzung und auch in der Stadtregierungssitzung das schon angesprochen, dass wir uns wünschen würden, dass die Mandatarinnen und Mandatare, die derzeit in der Bundesregierung auch seitens der Stadt Graz vertreten sind, dieses Thema zur Sprache bringen und dafür sich einsetzen, dass zum Beispiel, und lieber Thomas Rajakovics, das ist eine ganz konkrete Forderung, zum Beispiel die frei werdenden Kasernengrundstücke eben der Stadt Graz kostenlos oder zu einem symbolischen Preis übertragen, damit wir auf diesem Gebiet und auf diesem Areal zum Beispiel leistbaren Wohnraum für unsere Grazerinnen und Grazer errichten können.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Steht da nicht drinnen.

StRin. **Kahr:** Sie hat den Punkt Sonderwohnbauprogramm drinnen und das ist zum Beispiel ganz konkret ein Punkt, der wichtig ist, dass er auch im Bund zur Sprache gebracht wird (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Binder:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Armut ist immer dringlich, daher verstehe ich nicht ganz, warum man zum Beispiel einem Antrag die Dringlichkeit absprechen kann, auch wenn er zugegebenermaßen sehr an der Oberfläche hängen bleibt, sei dahingestellt jetzt einmal. Aber einfach zu sagen, weil er keinen Bezug hat zur Grazer Situation, sei das nicht dringlich, da weiß ich nicht, das ist nicht wirklich gut überlegt, meiner Meinung nach. Selbstverständlich wir werden der Dringlichkeit zustimmen, dem Inhalt auch, es ist nicht viel, dem wir da zustimmen, wenn es um den Inhalt geht, aber es ist ein Appell, ein Appell an die Bundesregierung, die zweitgrößte Stadt von Österreich will, dass bei der Regierungsbildung und bei dem Programm hier ganz genau hingeschaut wird, was das Soziale und was die

Armutsvermeidung betrifft. Also nicht die Armutsbekämpfung, sondern die Armutsvermeidung. Uns war das sehr wichtig auch in den Budgetverhandlungen, darauf möchte ich noch hinweisen, wir haben in unseren gemeinsamen Budgetverhandlungen sehr wohl auf das Soziale einen Schwerpunkt gelegt und das ist ein Budgetposten, der nicht gekürzt wurde, ganz im Gegenteil, nur so viel. Aber unsere Zustimmung, ja (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl** zum Antrag: Ich möchte nur eines anfügen, weil mir das bei dem Tagesordnungspunkt oder bei diesem dringlichen Antrag wichtig ist. Wir haben heute 20 dringliche Anträge. Von diesen 20 dringlichen Anträgen sind, wenn ich es richtig im Kopf habe, 13 Anträge Petitionen an den Landes- oder Bundesgesetzgeber. Ich möchte nur jetzt schon anmerken, dass ich mir erlauben werde, auch für die künftigen Gemeinderatssitzungen jetzt alle Klubobleute in den nächsten Tagen vor der nächsten Gemeinderatssitzung auch einmal zu mir einzuladen, dass wir drüber reden, wie wir mit diesem Thema umgehen. Selbstverständlich ist uns allen alles wichtig und wir wollen das auch immer deutlich demonstrieren. Aber jetzt sind wir teilweise schon so weit, dass Fraktionen mit einem Dringlichkeitswege, mit einer Petitionen die eigenen Leute im Bund appellieren und ich sage das ganz bewusst, weil im Moment verhandeln SPÖ und ÖVP betreffend eine Regierung. Ich weiß von meinen Kollegen in Wien, dass Ihnen das Thema Armut vor der Wahl wichtig war, während der Wahl und jetzt auch danach und das man daran arbeitet. Ich nehme an, es wird auch in der sozialdemokratischen Fraktion so sein, deswegen haben wir das jetzt eigentlich bei diesem Tagesordnungspunkt deutlich aufzeigen wollen. Und ich mache noch einmal darauf aufmerksam, dass es noch nie so viel Geld im Lande Österreich für Menschen in Armut, noch nie so viele Sozialbudgets gegeben hat und dass wir langsam aber sicher dorthin kommen, dass wir das überhaupt nicht mehr finanzieren können. Und es gilt wirklich, vernünftige Maßnahmen zu treffen. Ich wollte das nur noch einmal vorwegschicken. Das ist nicht als Jux und Tollerei, sondern ich will wirklich einladen, darüber müssen wir reden, 13 von ursprünglich 20,

einer wurde zurückgezogen, sind 19, nur Petitionen und ich sage es wiederholt, ich habe vor sechs Jahren den Anlauf unternommen, ich habe es nie geschafft, irgendwann müssen wir diesem Gemeinderat eine neue Geschäftsordnung geben, die dann auch die tatsächlichen Anliegen der Grazerinnen und Grazer einmal primär behandelt und dann sage ich sekundär auch uns an die anderen Gebietskörperschaften wenden sollen. Wir haben genügend Möglichkeiten über viele Gremien. Ich will da auch nicht dem Gemeinderat einen Maulkorb umhängen, aber das Ausmaß ist ein sehr großes geworden und ich habe manches Mal so das Gefühl und ich kann es leider nur nicht an die Medienvertreter sagen, dass auch die Medien uns immer wieder bewerten nach dem Kriterium, fleißig ist der Gemeinderat, der möglichst viele Anträge gestellt hat und faul ist der, der keine stellt. Ich kann aus der Erfahrung der letzten 11 Jahre sagen, dass es Gemeinderatsmitglieder gibt, die unheimlich fleißig sind in Ausschüssen, in Vertretungen, in Vorsitzfunktionen, die den Gemeinderat hier nicht so sehr mit Anträgen beschäftigen bis hin belasten, sage ich jetzt einmal dazu, aber zumindest beschäftigen und dann in der Zeitung als quasi Faule abgestempelt werden, so wie das in den letzten Monaten und Jahren immer wieder der Fall war. Auch da, glaube ich, ist einmal angebracht, mit Chefredakteuren unserer Zeitungen zu sprechen und auch da einmal den Versuch zu unternehmen, dass man wegkommen, dass wir uns gegenseitig überbieten und immer zeigen wollen, wofür wir stehen. Das war es von meiner Seite (*Applaus ÖVP*).

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss dazu schon anführen auch zu Ihrer Wortmeldung, Herr Bürgermeister, das Wort im Bereich von Armut lasse ich mir sicherlich nicht verbieten und ich glaube auch, so manche Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat nicht. Und wenn jemand sagt, Herr Gemeinderat Rajakovics, ich bin empört über Ihre Wortmeldung, es ist ein Skandal vor allem von einem Mitarbeiter, einem ehemaligen Mitarbeiter der Caritas und ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass die Caritas heute ein Lichtermeer gegen die Armut veranstaltet und dann an diesem Tag diese Wortmeldung von Ihrer Seite, ein Skandal ohne gleichen. Es sind in Graz über 37.000 Menschen von Armut betroffen und Sie wollen davon überhaupt nichts wissen. Von allen diejenigen, die gesagt haben, dass in diesem Antrag nichts steht,

es steht immens viel in diesem Antrag und vielleicht etwas, das ihr nicht wisst, beziehungsweise ihr beschäftigt euch mit dieser Armut teilweise überhaupt nicht, das ist, dass das Ergebnis ist von einer Sitzung, von einer großen Konferenz, der Armutskonferenz Österreich. Und das Ergebnis dieser Sitzung ist über 30 Seiten umfangreich. Ich kann das natürlich zitieren in Form von diesem Antrag, ich weiß nur nicht, ob euch das alle interessieren wird, wie tatsächlich die Umsetzung ist und deswegen auch die Kurzfassung. Es ist für mich diese Reaktion von Seiten der ÖVP-Fraktion ein Zeichen, wie antisozial die ÖVP ist.

Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.

Dr. **Sprachmann:** Ich habe das Schlusswort, nicht Sie, Herr Gemeinderat Hohensinner, und in Ihrem Sinne würde ich mich auch sehr schämen für Ihre eigene Fraktion, weil Sie sind auch im Behindertenbereich tätig (*Applaus SPÖ*). Ich denke mir etwas, diese Wortmeldung von Seiten vom ÖVP-Gemeinderatskollegen werde ich sicherlich nicht auf mir beruhen lassen, ich werde Auszüge von dem Protokoll der heutigen Gemeinderatssitzung in diesem Umfang der Armutskonferenz weiterleiten, ich werde diese Wortmeldung auch an die Medien weiterleiten, damit die tatsächliche Sicht und der Stand der ÖVP-Fraktion in Graz nach außen sichtbar ist. Für all diejenigen, die dem Antrag zugestimmt haben, möchte ich mich recht herzlich bedanken und auch für die Wortmeldungen, die in diesem Sinne erfolgt sind. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

6) Erinnerungstafel für David Herzog

GRin. **Binder** stellt namens der Grünen, ÖVP und SPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es hat heute schon einen gemeinsamen Antrag vom Klubobmann der SPÖ gegeben und er hat darauf hingewiesen, wie auch unser Herr Bürgermeister, auf den Schweigemarsch, der vorigen Sonntag stattgefunden hat. Mein Antrag, gemeinsam getragen mit der ÖVP und der SPÖ hat auch damit zu tun. Anlässlich des Novemberpogroms 1938 gedachten am vergangenen Sonntag mehrere hundert Menschen den Grazer Opfern der Verbrechen durch die SA und durch die SS sowie verhetzten Menschenmassen. Die Grazer Synagoge war die erste im deutschsprachigen Raum, die in Brand gesetzt wurde.

David Herzog war damals Landesrabbiner für Steiermark, Kärnten und Krain, seit 1918 nur mehr für Steiermark und Kärnten. Er habilitierte sich an der Universität Graz für semitische Philosophie und wurde zum außerordentlichen Professor für semitische Sprachen ernannt. Herzog war als Rabbiner eine anerkannte Integrationspersönlichkeit, wurde 1929 Ehrenbürger der Stadt Graz und 1934 Träger des Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich.

In der Novemberpogromnacht 1938 bekam David Herzog all die Niedertracht und den Sadismus der neuen Herrenmenschen zu spüren. Er wurde von SS-Männern aus seiner Wohnung in der Radetzkystraße 8 gezerrt, verprügelt und verhöhnt und in die Mur geworfen. Bei der brennenden Zeremonienhalle des jüdischen Friedhofs wurde er schwer misshandelt und auf freiem Feld zurückgelassen. Er wurde von der Universität verwiesen und emigrierte nach England, wo er seine Forschungstätigkeit wieder aufnehmen konnte. Jedoch war er durch die Ereignisse in Graz ein gebrochener Mann. Er starb 1946 in Oxford.

1988 errichtete die Universität Graz den David-Herzog-Fond, dessen Ziel es ist, interkulturelles Verstehen und Lernen, speziell in Bezug auf die jüdische Kultur zu fördern und zu unterstützen. Leider wird das Alltagswissen um Ereignisse wie die Novemberpogromnacht immer geringer, daher erhalten Symbole und Hinweise im öffentlichen Raum eine immer größere Bedeutung.

Im Namen des grünen Gemeinderatsklubs, der SPÖ und ÖVP stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, mit der Eigentümerin des Hauses Radetzkystraße 8, der Grazer Wechselseitigen Versicherung AG, Kontakt aufzunehmen, damit am Haus eine Gedenktafel angebracht wird, die Hinweise auf den Landesrabbiner Herzog und die Ereignisse um den 9. November 1938 geben soll. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, Frau Klubobfrau Binder! Wir unterstützen diesen Antrag selbstverständlich, wir haben das auch im Vorfeld mitgeteilt, das gebietet die Ehrfurcht vor der Geschichte, das gebietet die Achtung und die Ehrfurcht vor der Tragödie, die den Menschen widerfahren ist, das gebietet der Respekt vor der Persönlichkeit, die hier mit dieser gewalttätigen Zeit in Konflikt kommen musste und ich sage es auch offen und ehrlich, wir sind im Jahr der 90-jährigen Geschichte Österreichs und wir setzen uns auch dafür ein als BZÖ hier in Graz, dass jenen Personen auch in einer ehrwürdigen Art und Weise gedacht wird, die die Geschichte, die wir heute als Geschichte bezeichnen, als lebendige Tragödie miterleben mussten. Und da gehört nicht nur der Landesrabbiner Herzog dazu, den wir so würdigen wollen, sondern da gehören die letzten 90 Jahre viele Menschen in dieser Stadt dazu, die unter politischen Umständen gelitten haben und wo ich auch der Meinung bin, dass sie in Respekt zu ehren sind, wie zum Beispiel der umgekommene Schutzbündler der in den Nachkriegswirren des Ersten Weltkriegs und in der Entwicklung der Ersten Republik durch das faschistische Dollfußregime umgekommen ist und durch die Heimwehr hier in Graz. Das gehört einfach dazu, das gehört einfach auch dazu, um bewusst zu halten, welche Geschichte diese Stadt nicht nur die letzten 90 Jahre hat, sondern die letzten Jahrhunderte, ja wenn nicht Jahrtausende der ersten Siedlungen und daher befürworten wir es voll und ganz, nicht nur den Antrag der Frau Klubobfrau Binder, sondern selbstverständlich auch

alle anderen Anträge, die möglicherweise in einer Aufarbeitung der Geschichte noch kommen werden, wo wir allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, aber auch allen Besucherinnen und Besuchern die Möglichkeit geben, Einsicht in die Geschichte dieser wunderbaren Stadt zu nehmen, die aber auch so viele Schattenseiten hatte und damit den Menschen auch einen umfassenden Überblick über die Tradition oder in dem Fall nicht über die Tradition, aber über diese schwere Geschichte zu geben, mit all den Höhen und Tiefen. Daher auch eine Unterstützung der Gemeinderatsfraktion des BZÖ. Danke.

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir unterstützen selbstverständlich auch dieses Ansinnen, diesen Antrag, weil ich glaube, dass es wichtig ist, im öffentlichen Raum symbolhaft, wie sie das ausgedrückt haben, auch auf historische zeitgeschichtliche Tatsachen und Gräueltaten in diesem Fall hinzuweisen. Ich möchte aber auch hier die Gelegenheit verwenden und auch hinweisen, was der Umgang mit historischen Ereignissen betrifft, eine gewisse Schiefelage auch bei Ihnen zu erkennen ist. Wenn ich denke, wir sind verpflichtet, den Bürgerinnen und Bürgern in Form eben wie es bei dieser Gedenktafel passiert, sie zu ermahnen und ihnen zu ermöglichen, darauf einzusteigen und sich damit zu beschäftigen, was damals passiert ist, aber das Gleiche erwarte ich mir auch bei Dingen, weil sie ebenfalls Teil unserer Geschichte sind, wie zum Beispiel bei den diversen Straßennamen, die eben bei uns auch einen historischen Hintergrund haben und ich greife hier auch diesem Unterausschuss vor, der demnächst bevorsteht. Ich erwarte mir einfach eine differenzierte Betrachtung diesbezüglich, weil wenn man anschaut, ein Ottokar Kernstock oder ein Heinrich Lersch sind mittlerweile von namhaften Historikern und Germanisten von jeglicher Gefolgschaft, was den Nationalsozialismus betrifft, freigesprochen. Hier mit Hinweistafeln zu operieren, finde ich in Ordnung, den Bürger zu informieren, aber einfach Tabula rasa zu machen in der historischen Dimension, das finde ich nicht in Ordnung, hier versäumen wir, so denke ich mir dann doch, den Bildungsauftrag, den wir als öffentliche Hand, als Stadt Graz diesbezüglich haben. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StR. Mag. Dr. **Riedler** zum Antrag: Ich werde diesen Auftrag, nachdem ich ja für öffentliche Denkmäler auch zuständig bin auf Grund der Geschäftsverteilung, selbstverständlich annehmen und wir werden umgehend versuchen, mit der Hauseigentümerin eine entsprechende Vereinbarung zu treffen. Wenn das nicht möglich sein sollte, werden wir darüber weiter nachdenken, wie wir in anderer geeigneter Form einen Hinweis möglich machen können (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Ich möchte mich herzlich bedanken bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es kommt nicht oft vor, dass wirklich so eindrucksvoll einstimmige Beschlüsse gefasst werden und vor allem auch zu diesem Thema. Das macht mir viel Hoffnung, danke auch, Herr Stadtrat Riedler, ich bin sicher, du wirst das sehr schnell und sehr gut erledigen. Wahrscheinlich viel schneller als andere Dinge, die ganz lange schon auf sich warten lassen, ein Hakenkreuzgrab zum Beispiel beim Zentralfriedhof, wo wir schon sehr lange warten auf eine Erklärungstafel dazu, aber gut Ding braucht Weile, es wird kommen. Ja, mit den Straßennamen, da sind wir d' accord, es geht nicht darum, Tabula rasa zu machen, ich denke, das ist ein Teil dieser Geschichte und wenn es den Ottokar Kernstock gegeben hat, war ja so, dann ist ein spannendes Projekt, auch hier Hinweistafeln zuzufügen, sich auseinanderzusetzen, nicht alles wegräumen, das ist nicht unsere Linie, wenngleich doch auch gewisse Dinge umbenannt werden sollen, Plätze, Straßen, das heißt noch lange nicht Tabula rasa machen, sondern zu schauen, in welchem Verhältnis steht was und was ist vertretbar. Ich danke für die Unterstützung (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt 16.20 Uhr den Vorsitz.**7) Kinderparlament**

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Mein zweiter dringlicher Antrag bezieht sich auf das Kinderparlament, das es seit 2005 in unserer Stadt gibt auf Grund der Initiative von Frau Stadträtin außer Dienst Kaltenbeck-Michl und auch Unterstützung durch den Herrn Bürgermeister. Damit hat die Stadt Graz ein eindeutiges Zeichen für die demokratischen Rechte der Kinder gesetzt und sich dazu bekannt, die Anliegen der Kinder auch ernst zu nehmen.

Das Kinderparlament wird von Frau Jursitzky, einer Mitarbeiterin des Kinderbüros, betreut und trifft sich zweimal im Monat, setzt verschiedene Aktionen im öffentlichen Raum und führt zweimal im Jahr Vollversammlungen durch.

Am 12.12.08 werden erneut eine Kinderbürgermeisterin und ein Kinderbürgermeister für ein Jahr gewählt.

Nichts aber wäre schlimmer für ein engagiertes Kinderparlament, als wenn dessen Arbeit nicht entsprechend gewürdigt wird. Demokratiepolitisch gesehen ist es daher notwendig, die Vorschläge zur Gestaltung unserer Stadt, die im Rahmen des Kinderparlamentes erarbeitet werden, ernst zu nehmen und einer konkreten Überprüfungen und Realisierungen zuzuführen. Dazu sollten diese Vorschläge auch in den Gemeinderat Eingang finden. Um dem Kinderparlament und seiner Arbeit größeres Gewicht zukommen zu lassen, stelle ich daher im Namen meines grünen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen, dass einmal im Jahr, vorzugsweise im Herbst, eine gemeinsame Sitzung der GemeinderätInnen und der Stadtregierung stattfindet, bei der von den Kindern des Kinderparlaments Anfragen an die Stadtregierung gestellt und Anträge eingebracht werden können. Das Präsidialamt wird beauftragt, gemeinsam mit Frau Jursitzky und in Abstimmung mit dem Jugendamt für die Organisation dieser Sitzungen zu sorgen, sodass sie jeweils im dritten Quartal stattfinden. Die erste Sitzung könnte somit 2009 stattfinden.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Stimmen der Dringlichkeit und Inhalt des Antrages zu.

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Sigi! Ich bin sehr froh, dass du diesen Antrag eingebracht hast, es war auch uns immer ein Anliegen, dass das Kinderparlament nicht nur eine Alibifunktion hat, sondern dass es auch hier im Gemeinderat dementsprechende Würdigung findet. Allerdings würden wir uns wünschen, wenn wir diese sogenannten Leitlinien für eine kinderfreundliche Stadt uns noch einmal genauer ansehen könnten und daraus auch Richtlinien für eine kinderfreundliche Stadt beschließen würden und so eigentlich die Verbindlichkeit wesentlich erhöhen. Das heißt, das wird wahrscheinlich auch die Geschäftsordnung betreffen, das kann man natürlich nicht von heute auf morgen, aber das würden wir uns eigentlich wünschen, dass die Anliegen der Kinder auch wirklich nicht nur einmal im Jahr hier gehört werden, sondern dass man sich auch wirklich mit den Anliegen der Kinder in Zukunft beschäftigt und dass die Kinder hier auch wirklich rechtlich gesehen eine Stimme haben. Wir werden dem Antrag zustimmen und natürlich auch der Dringlichkeit (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Antragstellerin! Selbstverständlich

wird die ÖVP-Fraktion der Dringlichkeit und dem Inhalt des Antrages zustimmen. Wir wollen darauf verweisen, dass wir uns ja mehrfach schon mit dem Thema beschäftigt haben, Kinderfreundlichkeit und Ernstnehmen des Kinderparlaments ist für uns ein Dauerauftrag. Ich habe erst vor kurzem in diesem hohen Haus einen Antrag gestellt, Realisierung der Anliegen des Kinderparlaments und habe auszugsweise referiert aus dem Protokoll des letzten Kinderparlaments vom 30. Mai dieses Jahres. Die aufgelisteten Impulse der Kinder, das Protokoll wurde ans Jugendamt weitergeleitet und ich danke sehr herzlich dem zuständigen Herrn Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg, der in einer Stellungnahme mitgeteilt hat: „Um künftig die Beteiligungsmöglichkeiten der jungen Menschen in Graz zu verbessern, ist eine Evaluation der Partizipationsformen mit professioneller Begleitung und unter Einbringung des Kinderparlamentes bereits geplant...“, „vielen Dank Herr Stadtrat, „auch mit dem Ziel, insgesamt ein Modell der Beteiligung der jungen GrazerInnen von 4 bis 18 zu entwickeln.“ Dieser heutige dringliche Antrag ist ein weiterer wertvoller Baustein auf dem Weg zu unserem Ziel kinder- und familienfreundlichste Stadt der Welt zu werden. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Bevor ich der Antragstellerin das Wort gebe, eine kurze Anmerkung. Am 30. Mai war hier Kinderparlament, es sind jedes Mal alle Fraktionen auch eingeladen. Ich habe damals den Eindruck gehabt, dass nur sehr wenige Vertreter/Vertreterinnen hier waren, ich hoffe, dass mit dem Antrag die Stärkung des Kinderparlaments da herinnen mit der Bedeutung wirklich erhöht wird.

GRin. **Binder:** Keine Schlussworte, ich danke für Ihre Zustimmung (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Stadträtin Mag.^a Fluch übernimmt um 16.30 Uhr den Vorsitz.

8) Gas-Bonus für alle SteirerInnen - keine Zweiklassengesellschaft bei Gas-KundInnen

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Wohlfahrt**: Frau Vizebürgermeisterin, werde Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um einen Gas-Bonus für alle SteirerInnen, de facto keine Zweiklassengesellschaft bei Gas-KundInnen. Die EStAG hatte eine Erhöhung des Gastarifs um durchschnittlich 25,7 Prozent ab 15. November 2008 angekündigt. Das Land Steiermark reagierte darauf und wird die Anhebung der Gaspreise durch die Landesgesellschaft beziehungsweise deren Tochter Gas & Wärme für DurchschnittsverbraucherInnen abfedern: Wie der Landtag am 17. Oktober 2008 in einer Sondersitzung einstimmig beschlossen hat, wird BezieherInnen von Gas, Gas von der EStAG-Tochter Gas und Wärme von weniger als 20.000 kW/h im Jahr die Anhebung des Gaspreises refundiert werden.

Die dafür benötigten Mittel, geschätzte rund 4,5 Mio. Euro, werden laut dem Entschließungsantrag aus den für die Gewährung des Strombonus verbliebenen Mitteln getragen. Jetzt müssen wir genauer hinschauen.

Diese Strombonus-Gelder stammen bekanntlich aus der Dividende des Landesenergieversorgers EStAG. Mehrheitseigentümer der EStAG ist bekannterweise das Land Steiermark mit fast 75 %, die EdF mit 25 % plus einer Aktie. Zuerst erhöht also eine landeseigene Gesellschaft die Preise und damit die Gewinne. Diese Gewinne werden teilweise in Form einer Dividende an die Eigentümer - Steiermark und EdF - ausgeschüttet. Den von der Preiserhöhung betroffenen Haushalten wird die Preiserhöhung mit Landesmitteln wieder vergütet. Dies ist kein Entgegenkommen an die KundInnen, sondern führt vielmehr zu höheren Gewinnen in der Gesellschaft. Nicht nur, dass ein Viertel der Dividenden nach Frankreich fließt, führt diese Vorgehensweise auch zu höheren Gewinnen und wahrscheinlich auch zu höheren Gewinnprämien für die Manager bei der EStAG.

Soweit die nicht besonders glückliche Situation. Jetzt schauen wir uns an, warum hier steirische Haushalte unterschiedlich behandelt werden. Jene steirischen Haushalte, die ihr Gas nicht von der Steirischen Gas & Wärme beziehen, sind von diesem Bonus derzeit ausgeschlossen. Dazu gehören insbesondere die KundInnen der Energie Graz Gesellschaft m.b.H. und anderen Gasversorgern.

Nota bene: Der Strombonus wurde seinerzeit allen steirischen Haushalten gewährt - beim Gasbonus sollen die Steirer in zwei Klassen eingeteilt werden. In begünstigte ESTAG- beziehungsweise Gas-Wärme Kundinnen und in nicht begünstigte sonstige BezieherInnen von Gas.

Diese Benachteiligung von Nicht-ESTAG-KundInnen ist strikt abzulehnen.

Für Graz wurden nun Gespräche geführt, dass das Land Steiermark für 49 % etwaiger

Bonuszahlungen an KundInnen der Energie Graz aufkommt. Die Finanzierung der restlichen 51 % ist noch ungeklärt – unter Umständen soll sogar die Stadt Graz den Rest begleichen, obwohl wir keine Dividende von der Energie Graz erhalten, weil diese keine Gewinne macht. Für alle anderen Grazer Gas-BezieherInnen, also für die, die keinen Bonus kriegen, fühlt sich das Land Steiermark offenbar gar nicht zuständig, obwohl sich die ESTAG im Besitz aller Steirerinnen und Steirer befindet und somit auch die Gewinnmittel natürlich, konkret Strombonusmittel, für alle Steirer zur Verfügung stehen sollten.

Interessant ist auch, dass Landeshauptmann Voves vor zirka einem Jahr gesagt hat: „Einen Strombonus müsste es aber für alle Kunden, nicht nur für EStAG-Kunden geben.“ Vor einem Jahr war das noch klar, dass diese Bonusmittel allen zugute kommen, momentan ist das nicht so sicher.

Deshalb stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. dass Bürgermeister Nagl mit der steirischen Landesregierung unverzüglich Verhandlungen dahingehend aufnimmt, dass der steirische Gas-Bonus aus den oben erwähnten Landesmitteln auch allen Grazer GaskundInnen gewährt wird und

2. falls diese Verhandlungen nicht erfolgreich sein sollten, ich gehe davon aus, dass sie erfolgreich sind, aber falls sie nicht erfolgreich sein sollten, der Eigentümerversorger der Stadt Graz bei der EGG, Stadtrat Dr. Gerhard Rüscher, den Vorstand der EGG beauftragt, die Möglichkeiten einer Klage der EGG wegen unlauteren Wettbewerbes zu prüfen. Hier werden Kunden einer Firma gezielt bevorzugt. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf** zur Dringlichkeit: Die ÖVP-Fraktion wird der Dringlichkeit zustimmen, möchte jedoch sich zum Antrag nochmals zu Wort melden, weil wir eine getrennte Abstimmung zu den beiden Punkten fordern werden.

GR. **Herper** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Wir schließen uns der Meinung an, Dringlichkeit ja, getrennte Abstimmung (*weitere Wortmeldung unverständlich*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Mag. **Fabisch** zum Antrag: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden natürlich nicht nur der Dringlichkeit, sondern auch dem Inhalt zustimmen, aber es ist schon interessant, ein paar Bemerkungen möchte ich schon dazu noch machen. In der letzten Sitzung hier habe ich versucht, mit Hilfe eines dringlichen Antrages die Vertreter der Stadt im Aufsichtsrat der Graz AG zu bitten, dass sie darauf hinwirken sollten, auf eine Gas- und Fernwärmepreiserhöhung zu verzichten. Dieser dringliche Antrag von uns wurde von der Volkspartei und von den Grünen abgelehnt. Im Landtag waren sie für niedrige Energiepreise, in Graz erfährt man, dass eine Gaspreiserhöhung von 17 % als maßvoll zu sehen wäre. Erst durch den Druck vom Land hat es eine Korrektur dieser Einstellung gegeben. Dieses ganze Bonussystem wird sowieso immer undurchschaubarer. Was wir brauchen, das ist

eine Gaspreissenkung und eine amtliche Preisregelung bei der Energie (*Applaus KPÖ*), dazu gibt es einen Antrag der KP im Landtag, der mit Hilfe der Sozialdemokratie auch seine Mehrheit gefunden hat, da war von den Grünen nichts zu sehen. Der Teilverkauf der Energie Graz rächt sich nun, wir haben lange und oft davor gewarnt. Vielleicht sollte man überhaupt in diesem Haus mehr auf die Stimme der Opposition hören, vor kurzem habe ich um eine Nachdenkpause im Falle der Kasematten gebeten. Jetzt stellt sich heraus, wer die gestrigen Zeitungen gelesen hat, dass es eine günstigere Lösung geben kann, die 300.000 Euro ersparen kann. Zurück zur Energie Graz, sie kündigt für 2009 wieder eine Strompreiserhöhung an. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht zur Energie-Diskussion ein paar grundsätzliche Überlegungen, die vielleicht gerade in der Diskussion hier angebracht sind. Zu der teilweise zwar wichtigen, aber sehr unterschiedlich und zum Teil nicht sehr kompetent geführten Debatte um die Entwicklung der Energiepreise muss man wieder einmal die grundsätzliche Zusammensetzung der Tarife aufzeigen, das ist, glaube ich, hier gerade in dieser Stunde in der Diskussion notwendig. Schließlich besteht der Strompreis als auch der Gaspreis, ausgenommen ist davon in Graz lediglich, und das ist anzumerken, der Fernwärmetarif aus einem Netztarif, dessen Zusammensetzung der Regulator des Bundes auf Grund der verschiedensten Anforderungen wie Qualität und Versorgungssicherheit permanent prüft und verordnet. Und als einem reinen Energietarif, der dem Wettbewerbsmarkt unterliegt und davon abhängig ist, wer wann und wo auf den einschlägigen Börsen einkauft, das sollte man vielleicht hier noch einmal betonen. Insgesamt teilt sich der Energietarif zu 30 % aus dem Netzteil, 40 % Energieteil und wiederum 30 % staatliche Abgaben. Natürlich kann man an der Stellschraube des den Marktkonditionen unterliegenden Energietarifs beziehungsweise an den Zeitpunkten der Einführung drehen. Es darf aber keine Aufgabe der öffentlichen Hand und der Kommunen sein, diesen Markt als freien Wettbewerbs zunehmend, und das ist bereits angesprochen worden, durch Aufzahlungen und Bonusaktionen permanent zu finanzieren. Für die öffentliche Hand, und das ist mir ganz wichtig, hier das zu betonen, sollte es ein Grundprinzip

sein, das ist schon angesprochen worden, über eine qualitätsvolle Infrastruktur die optimale und gleichmäßige Grundversorgung aller Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Oberste Prämisse muss ein qualitätsvolles, sicheres, aber auch kostengünstiges Infrastrukturservice sein, das heißt aber auch, dass unsere Unternehmungen die vor Ort unsere Bürgerinnen und Bürger, Kundinnen und Kunden betreuen, nicht permanent als Zwischenhändler den entsprechenden Weltmarktentwicklungen nachhinken und letztlich durch viele Zwischenhändlermargen, nenne ich es einmal so, den Endpreis verteuern, den dann die öffentliche Hand wieder subventioniert. Im Klartext heißt das, dass wir alle gemeinsam alles daran setzen sollten, in Graz über unsere Unternehmungen, ob Graz AG oder Energie Graz Servicedienstleister für alle Infrastrukturnetze zu werden, damit über diese Infrastruktur die Grazer Kundinnen und Kunden zu optimalen Konditionen gelangen und die im Wettbewerb stehenden Möglichkeiten zur Energiebeschaffung nutzen. Die Aufgabe der öffentlichen Hand kann nur dabei liegen, dass wir in Sonderfällen, wie bei Familien und sozialen Benachteiligungen, aber auch bei innovativen und alternativen Energienutzungen Förderungen anbieten, und damit sowohl eine gerechte Staffelung als auch eine Haushaltung der Ressourcen anstreben. Es gibt schon mehrere Aktionen in diese Richtung. Ganz anders verhält es sich aus meiner Sicht nunmehr zur aktuellen Gasbonusaktion, wo die Stadt Graz nunmehr doch alles daran setzen muss, um eine Ungleichbehandlung auszuschließen. Es kann nicht sein, da stimme ich dir vollkommen zu, es kann nicht sein, dass aus Steuermitteln des Landes für Gaskunden eines Unternehmens, an dem zu 25 % plus eine Aktie Frankreich beteiligt ist, ein Gasbonus zu 100 % ausbezahlt wird, jedoch für Gaskunden eines Unternehmens, an dem die Stadt Graz zu 50 % beteiligt ist, der Gasbonus nur zu 50 % ausbezahlt wird. Hier ist umgehend eine Aufklärung zu fordern und eine Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger zu verlangen. Deshalb von unserer Fraktion ein Ja zum Antragspunkt 1, beim Antragspunkt 2 sind wir für ein Nein, da wir glauben, dass wir auf dem Verhandlungswege was erreichen können und der Klagsweg uns derzeit nicht sinnvoll erscheint. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Dr. **Wohlfahrt**: Ich glaube, es ist vieles gesagt, die Aufgabe der öffentlichen Hand wird es nicht sein, dauerhaft sehr niedrige Energiepreise zu garantieren, wenn Energie teurer wird. Ich glaube, wir müssen uns dem stellen, dass Energie teurer wird, das ist ein ökologisches Problem, nicht nur ein finanzielles Problem und die öffentliche Hand ist gut beraten, dahingehend zu wirken und zu unterstützen, dass energiesparende Maßnahmen umgesetzt werden. Das ist langfristig sicherlich der richtige Weg, Energie vermeiden aus ökologischen und finanziellen Gründen, ich glaube, die Grünen sind dafür bekannt, man kann die letzten Wahlkämpfe anschauen, es ist ganz klar, was hier die richtige Richtung aus unserer Sicht ist. Gasbonus kann nur eine kurzfristige Geschichte sein, kann nur kurzfristig diese etwas zu starken Preiserhöhungen sozial abfedern, es bekommen auch nicht alle den Gasbonus, Unternehmer kriegen ihn nicht, größere Verbraucher kriegen ihn nicht, er wird aber trotzdem sehr breit gestreut. Der Gasbonus als solcher steht auch hier nicht zur Diskussion. Zur Diskussion steht hier, dass GrazerInnen genauso Steirer sind wie andere Bewohner dieses Bundeslandes. Zur Ankündigung, dass manche Fraktionen den zweiten Teil nicht unterstützen, ich nehme das natürlich zur Kenntnis, aber ich wundere mich, weil es steht dabei, falls diese Verhandlungen nicht erfolgreich sind. Mir geht es auch nicht um Klagen, mir geht es darum, schon zu sagen, dass gewisse Ungleichbehandlungen nicht akzeptiert werden können, selbstverständlich ist ein erster Verhandlungsweg einzuhalten, ich gehe auch davon aus, dass die erfolgreich ist, aber ich glaube, man muss schon auch sehen, dass gewisse Ungleichbehandlungen notfalls auch über den gerichtlichen Weg bekämpft werden müssten. Ich bin voll des Optimismus, dass es ausreicht, wenn wir gemeinsam den ersten Punkt beschließen, weil ich davon ausgehe, dass wir damit erfolgreich sind. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Punkt 1 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

9) Einrichtung einer sozialpädagogischen Interventionsgruppe für den öffentlichen Raum in Graz

GR. **Schneider** stellt namens der Grünen, SPÖ und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schneider**: Liebe Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Mitglieder der Stadtregierung! Mein Antrag ist ein gemeinsamer dringlicher Antrag zur Einrichtung einer sozialpädagogischen Interventionsgruppe für den öffentlichen Raum in Graz und zwar ist es, um es gleich vorweg zu sagen, ein gemeinsamer Antrag von Grünen, SPÖ und FPÖ, und ich habe auch positive Rückmeldungen aus den anderen Fraktionen vernommen dazu. Kurz worum es geht, Straßen, Plätze und Parks, das sind unsere Aufgaben, das sind Aufgaben des Staates. Ein öffentlicher Raum für verschieden Zwecke, für Verkehrszwecke und für andere bereitzustellen, das ist eine zentrale Aufgabe des Staates und dieser öffentliche Raum muss auch grundsätzlich für alle Menschen gleich zugänglich sein. In Graz ist es gut, dass viele Leute unseren öffentlichen Raum nicht nur für Mobilität verwenden, sondern auch um etwas einzukaufen am Hauptplatz, an einem schönen Tag sich im Park hinzulegen und sich von der Sonne bescheinen zu lassen oder auch sich einfach aufzuhalten, sich zu unterhalten, mit Kindern auf einen Spielplatz zu gehen. Gar kein Zweifel besteht darin, dass es zu Konflikten um die Nutzung des öffentlichen Raumes immer wieder kommt. Da geht es darum, welche Nutzung, welche Art von Nutzung kann auf welchem Platz stattfinden, was widerspricht sich da, welches Verhalten auf einem öffentlichen Platz, im öffentlichen Raum stört die Nutzung dieses öffentlichen Raumes für andere. Diese Konflikte, und das ist auch unsere Aufgabe beziehungsweise die Aufgabe der Betroffenen, muss man lösen und zwar nachhaltig lösen. Wir sehen zum Beispiel Verbote, Platzverbote nicht für die optimale oder nicht nur für die optimale Lösung hier, weil es ja zum Beispiel zur Verlagerung kommt, zur Verdrängung von Leuten, die ein gleiches oder ähnliches störendes Verhalten an einem anderen Platz zum Beispiel weiterhin haben.

Deshalb mein Antrag, wir schlagen hier vor, Anleihe zu nehmen an erfolgreichen Projekten in anderen Städten, PINTO heißt das zum Beispiel in Bern, SIP heißt es in Zürich, dort sind interdisziplinäre Teams unterwegs, wo SozialarbeiterInnen dabei

sind, MedizinerInnen, auch OrdnungsbeamtlInnen, die dafür sorgen, dass diese Konflikte nach Möglichkeit auf den öffentlichen Plätzen gemeinsam gelöst werden, das sind Leute, die hingehen und zum Beispiel auch kranken Gruppen, es gibt zum Beispiel Suchtkranke, die im öffentlichen Raum sehr stark präsent sind, die diese Kranken zum Beispiel nicht nur zu vertreiben versuchen, sondern ihnen auch was anbieten wollen, eine medizinische Unterstützung, soziale Unterstützung oder sei es auch nur ein ernsthaftes Gespräch mit diesen Leuten einmal. Kurz und gut, der Antrag geht dahin, sich das anzuschauen, wie das läuft in anderen Städten und dann in einen Prozess zu gehen, auch darüber zu sprechen und daran zu arbeiten, was davon in welcher Weise in Graz umsetzbar ist und dann auch drüber zu reden, wie wir das hier einführen, um eine möglichst hohe Qualität für alle Menschen in unseren öffentlichen Plätzen, in den Parks und auf den Straßen herzustellen.

Ich darf daher den Gemeinderat bitten zu beschließen, dass die Zuständigen, Bürgermeister Nagl und Stadträtin Edlinger, beauftragt werden,

1. Beispiele für sozialpädagogische Interventionsgruppen (zum Beispiel PINTO in Bern, SIP in Zürich unter anderem) zu sammeln und über die Arbeitsweise, Erfahrungen und Organisation dieser Einrichtungen binnen drei Monaten im Sozialausschuss zu berichten.

2. ein entsprechendes Konzept für Graz zu erarbeiten.

(Applaus Grüne).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 16.50 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Danke dem Antragsteller für den Antrag. Ich glaube, er ist an sich ein guter Antrag, es ist in die richtige Richtung. Wir werden sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt selbstverständlich zustimmen, es geht darum und wie gesagt, wir

waren ja gerade vor zehn oder 14 Tagen haben wir diesen Arbeitskreis Sicherheit gehabt, wo wir wirklich sehr erschütternde Zahlen feststellen mussten, oder wo uns erschütternde Zahlen vorgelegt worden sind, wie es wirklich am Hauptplatz zugeht. Wir möchten halt nur sozusagen zu Protokoll möchte ich auch geben, dass es für uns schon eine Einschränkung geben sollte, aber es ist jetzt einmal auf drei Monate befristet, dass einmal aus anderen Städten Erfahrungsberichte kommen, wir möchten nicht, dass eine Vermischung kommt zwischen Ordnungswache und wie auch immer sich diese...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Ich weiß eh, ich sage nur, gestatten Kollegin, darf ich noch weiterreden, Sie sind ja sonst so tolerant, also lassen Sie mich ausreden, ich lasse auch immer alle ausreden. Wir möchten schon eine Trennung haben zwischen Ordnungswache und zwischen wie auch immer dies Truppe heißt. Weil ich glaube aus langjähriger Erfahrung ist es nicht gut, wenn die Ordnungswache von rechts kommt und sagt, wir sind die Ordnungswache und dann kommt sie von links und sagt, wir sind die soziale Eingreiftruppe, also das sollte man auch in diese Erwägung einbeziehen. Aber sonst halten wir den Antrag für sehr gut, weil es muss was geschehen, es geschieht eh sehr viel am Hauptplatz schon im negativen Sinne und es muss auch etwas geschehen und dafür glaube ich, dass der Antrag in die richtige Richtung ist und dafür ein Danke im Sinne einer sicheren und vor allem einer jugendfreundlichen Stadt Graz (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StRin. **Edlinger** zum Antrag: Ich bin recht froh über diesen Antrag, die Diskussionen teilweise medial aber einfach auch zwischen den Fraktionen oder zwischen Mandataren oder Mandatarinnen. Kollege Schneider hat das Modell PINTO auch sich näher angesehen, meine Fraktion beschäftigt sich jetzt schon seit längerem und auch die Mitarbeiter im Amt mit dem Modell SIP Zürich. Es hat auch schon in früherer Zeit, noch bevor die Ordnungswache installiert wurde, ja einiges an Überlegungen gegeben, wie so eine mobile Intervention in der Stadt im öffentlichen Bereich ausschauen kann. Ich möchte mich deswegen beim Antragsteller grundsätzlich bedanken, dass er diesen Antrag eingebracht hat, wir unterstützen den sehr gerne. Vor allem auch deswegen, weil es ein bisschen eine Verbindlichkeit herstellt. Ich habe vorletzten Freitag in der Stadtregierung auch darum gebeten, dass wir eben nicht nur das Alkoholverbot verlängern, sondern dass wir auf politischer Ebene uns einfach Modelle von anderen Städten anschauen. Wir haben hier auch tolle Ausgangssituation insofern, ich weiß es jetzt nur für SIP Zürich, eine Grazerin hat acht Monate bei SIP Zürich gearbeitet, ich konnte mit ihr schon mehrere Stunden zusammensitzen und einfach aus dem Arbeitsalltag einiges erfahren. Das sind tolle Modelle, ich glaube, wir müssen das Rad nicht komplett neu erfinden, wir haben nur in Graz eine andere Ausgangssituation als Bern oder Zürich. Deswegen, weil bei uns die Ordnungswache schon installiert ist. Da müssen wir schon, wir können nicht einfach bestehende Konzepte übernehmen und auf Graz quasi draufsetzen, sondern wir müssen einfach schauen, wie kann das ineinandergreifen, wie kann hier ein sinnvolles Konzept ausschauen, aber mit diesem Gemeinderatsantrag bin ich sehr zuversichtlich, wenn er offensichtlich eine sehr breite Unterstützung zu erfahren scheint, dass wir hier gemeinsam einen Schritt weiterkommen, weil notwendig ist es. Wir wissen es vom Alkoholverbot, dass einfach das Problem oder Problemstellungen verlagert und ich hielte es für nicht gut, wenn die Kommunalpolitik dann einfach drüber hinwegsieht und sagt, da kann man halt nichts machen, dafür ist der Hauptplatz quasi jetzt halbwegs in geordneten Bahnen und alles andere sehen wir dann nicht mehr, weil ums Eck schauen wir nicht. Deswegen danke für die Initiative für den Antrag, und gerne unterstützen wir diesen (*Applaus SPÖ*)

GRin. **Potzinger:** Auch diesem Antrag werden wir selbstverständlich gerne zustimmen. Der Dringlichkeit und dem Inhalt. Wir haben uns auch die Unterlagen der empfohlenen Angebote schon angesehen sowohl von PINTO als auch SIP Zürich, das sind absolut nachahmenswerte Konzepte. Danke für die Initiative, die ÖVP-Fraktion stimmt zu (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Edlinger:** Entschuldigung, aber ich habe ja auch das Recht, zweimal zu reden, nur eine ganz kurze Ergänzung, weil in diesen Wochen ja diverse Überlegungen und Gespräche zum Thema Budget stattfinden. Ich meine, eines muss uns schon klar sein, die Schwierigkeit, vor der wir oft stehen, dass der Gemeinderat grundsätzlich guten Willens ist und was beschließt, aber sich das budgetär nicht niederschlägt, das wird halt nicht gehen. Man kann schon immer sagen, was wir gerne hätten, aber das heißt natürlich auch ganz klar in dem Zusammenhang, dass man dann irgendwann einmal Ressourcen dafür brauchen wird (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schneider:** Vielen Dank für Ihre Anmerkungen, Frau Stadträtin, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch vielen Dank für die Unterstützung. Ich hoffe, dass wir uns da jetzt wirklich auch weiterhin, auch wenn es dann um die Finanzierung geht, gemeinsam bemühen, da eine gute Lösung zu finden. Eine gute Lösung eigentlich für alle Menschen in dieser Stadt. Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

10) Initiative gegen Stellenabbau bei Post und Telekom

GR. **Eber** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Um bei den Worten des Bürgermeisters Nagl zu bleiben, ich möchte den Gemeinderat nicht belasten, aber doch beschäftigen mit dieser Initiative. Die aktuelle Diskussion um die Schließung von hunderten Postämtern in ganz Österreich und dem damit verbundenen Stellenabbau bei der Post, aber auch die Diskussionen um die geplanten Kündigungen im Bereich der Telekom, darf die Stadt Graz nicht kalt lassen. Schließlich geht es auch um zahlreiche Arbeitsplätze, die in unserer Stadt vernichtet werden sollen.

Jetzt stellt sich heraus, dass die Auseinandersetzung um die Schließung von fünf Postämtern, wir haben ja bei der letzten Sitzung da einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag beschlossen, einen einstimmigen, und um die Verlegung der Fernmeldeschule aus Graz-Eggenberg nach Wien lediglich die Vorboten eines radikalen Personalabbaus waren, dessen Ursachen auch in der Teilprivatisierung der Unternehmen und in Vorgaben der EU zu suchen sind.

Es handelt sich bei der Post und der Telekom nicht um Betriebe in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern um Konzerne, die hunderte Millionen Euro Gewinne schreiben. So zahlte die Post AG in den letzten drei Jahren insgesamt 278 Millionen Euro an Dividenden und auch für heuer wurde der Cash Flow für die ersten drei Quartale, also bis inklusive September, mit 161,7 Millionen angegeben, die also benutzt werden, um Investitionen zu tätigen, aber eben auch in Dividenden zu fließen. Die Telekom machte im gleichen Zeitraum, in den letzten drei Jahren also, einen Gewinn oder schüttete Dividenden aus in der Höhe von 939 Millionen Euro.

Die geplanten Einsparungsmaßnahmen dienen also nicht der Sanierung von Post und Telekom, sondern der Erzielung von zusätzlichem Profit.

Es geht uns um die betroffenen Beschäftigten ebenso wie um die Bevölkerung, die von den geplanten Maßnahmen auch betroffen ist. Und wenn der ÖIAG-Chef Peter Mitterbauer heute sagt, die Politik soll sich aus diesem Geschäft raushalten, so meinen wir, im Gegenteil, es ist die Aufgabe der Stadt Graz, der öffentlichen Hand insgesamt, wenn vielleicht hunderte Mitarbeiter auf der Straße stehen, dadurch sinkt die Kaufkraft in der Stadt, die Sozialtöpfe werden verstärkt in Anspruch genommen, die Bevölkerung muss längere, kompliziertere Wege in Kauf nehmen, was für viele,

insbesondere natürlich auch für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, zusätzliche Belastungen bedeutet und auch durch die längeren Anfahrtswege und dem damit verbundenen erhöhten Verkehrsaufkommen negative Konsequenzen hat.

Ich stelle daher namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich gegen den Stellenabbau bei Post und Telekom und fordert die österreichische Bundesregierung und den Bundesgesetzgeber auf:

den Beschäftigungsabbau und die Postamtsschließungen zu stoppen. In Graz darf kein einziges Postamt geschlossen werden. Der Beschluss über die Verlegung der Fernmeldeschule nach Wien muss aufgehoben werden.

die Liberalisierungsrichtlinien der EU, die den Post- und Telekommunikationsbereich in Österreich betreffen, sind vorderhand nicht umzusetzen,

und die Teilprivatisierung von Post und Telekom sind rückgängig zu machen.

Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, lieber Manfred! Ich glaube, wenn es notwendig ist, ein Zeichen aus Graz zu senden, ein Zeichen der Solidarität, dann ist es immer wieder bei jeder Gemeinderatssitzung in der Sache bei Post- und Telekom. Denn bei Hunderten, Tausenden geht die Angst um, der Frust, der Ärger, die Ängste vor Stellenverlust, wie es mit der Zukunft aussieht, wie es mit ihren Familien aussieht, wie es mit ihren Verdiensten aussieht und da ist ein Zeichen der Solidarität zu setzen, ein Zeichen der Solidarität mit den Bediensteten, mit den Beschäftigten der Post, bei der Telekom, mit den Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen für die etwaige nächstwöchige Streikaktion, mit den Betriebsratskörperschaften und dies ist ein deutliches Zeichen, wir unterstützen es als sozialdemokratische Fraktion hier in diesem Gemeinderat. Wir haben ja eine eindeutige Erklärung unseres Infrastrukturministers und habe ich nach wie vor im Ohr, nämlich die angekündigte Weisung, den Stopp vorzunehmen. Dies ist für mich sozusagen ein wichtiges Signal

auf Bundesebene, die Schlussverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP werden auch dies sozusagen gemeinsam auch abrunden müssen, damit es nicht zu weiterem Stellenabbau, zu Schließungen kommt. Ich halte das für eine Art von eigenartiger Vorgehensweise, nämlich Managementspiele, die Varianten durchgedacht, durchgespielt wurden, dann hinauszulassen, um tausende Menschen in Österreich zu ängstigen und das via Medien. Anton Wais hat, glaube ich, heute in der Früh erklärt, es hat ja sogar einen Nutzen, dass wir das an die Öffentlichkeit lanciert haben, weil jetzt ist der Politik der Wert der Post und der Telekom bewusst. Das ist eine Art von Darstellung, wo ich sagen muss, mit den Sorgen und Ängste tausender Mitbürgerinnen und Mitbürger zu spielen, um die Wertigkeit von Post und Telekom in Erinnerung zu rufen, halte ich für ein sehr perfides Spiel mit den Ängsten und den Nöten der Menschen und das Wort, an das ich mich erinnere in meiner Jugendzeit, von Bruno Kreisky in den 70er-Jahren, in Zeiten wie diesen ist, glaube ich, auf heute angewandt, gefragter denn je, in Zeiten wie diesen, wo der Finanzkapitalismus am Ende angelangt ist, wo es zehntausende Stellenabbauen gibt, wo das Pendel auch in Europa wieder nach links schlägt, wo das Europaparlament Entscheidungen trifft, wie sie es bisher noch nicht getroffen hat, wo Regierungen, und nicht nur sozialdemokratische Labourregierungen, sondern auch Regierungen wie Sarkozy in Frankreich, die man nicht gerade der Linken zurechnen darf, und andere Regierungen Banken verstaatlichen, staatliche Auffanggesellschaften bilden, den Staat wieder in sein Recht einsetzen und nicht alles dem Marktradikalismus und dem Marktfundamentalismus überlassen. Dies sind Zeichen in Europa, die mich positiver stimmen und da kann Österreich nicht übrig bleiben und wie eine Insel der Seeligen weitertümpeln. Deswegen werden wir diesem Antrag, dem dringlichen, der KPÖ sowohl was die Frage des Beschäftigungsabbaus als auch der Postamtsschließungen zu stoppen, natürlicherweise unterstützen. Es darf jetzt kein Postamt in Graz geschlossen werden. Zweiter Punkt, man wird auch nachdenken müssen, ich sage auch durchaus mit einer europakritischen Linie, es geht doch um das soziale Europa, es geht doch auch um eine Umsetzung von Schwerpunkten der künftigen Europapolitik, ich sage das auch in Richtung der Europaparlamentswahlen im Juni nächsten Jahres. Mit der exorbitanten und über die Stränge geschlagenen Liberalisierung oder den Marktradikalismus, ist, glaube ich, das bessere Wort, haben wir weltweit global Schiffbruch erlitten und haben wir auch in Europa Schiffbruch erlitten am Bankensektor, am Finanzsektor. Wir müssen aufpassen, dass wir wieder

eine Gewichtung hineinbekommen, auch was das Gemeinwesen betrifft, auch was Dienstleistungen betrifft, auch was die Frage der Gerechtigkeit betrifft, auch was die sozialen Sorgen der Menschen betrifft. Deswegen werden wir dem zustimmen, weil eine Diskussion in Europa, in Österreich, über die Stränge geschlagene, und das ist noch ein humanes Wort, Liberalisierung dringend geboten und nicht nur im Bereich Post und Telekom, sondern auch in anderen Bereichen. Wir müssen wieder ein austariertes wirtschaftliches und Sozialgefüge in Europa und in Österreich erreichen und deswegen treten wir auch für eine Restaatlichung von Post und Telekom ein (*Applaus SPÖ und KPÖ*). Es muss auch diese Frage einmal angerissen werden. Wir können nicht die Augen verschließen, wenn Europagremien, Ministerräte, Staatspräsidenten in Europa, die nicht der Linken angehören, das Thema auf die Tagesordnung der Agenda von Spitzengremium der EU setzen, und wir diskutieren vielleicht über diese Thematik nicht. Wenn der Gemeinderat schon Petitionen an Gott und die Welt versenden, auch an diesem heutigen Tag, dann werden wir auch dieser Frage, weil sie ja auch essentiell ist für unser Sozialstadtgefüge, dann werden wir uns auch diesen Fragen in Zukunft zu stellen haben, deswegen werden wir dem Antrag, dem dringlichen, der KPÖ unsere Zustimmung erteilen (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung! Es freut mich, dass Klubobmann Herper mittlerweile auch eine weitere Möglichkeit der Petitionsempfänger eröffnet hat, wir werden dann von 20 dringlichen Anträgen mit 13 Petitionen dann halt auf 40 kommen, ein Teil wird sich mit der europäischen Kommission und dem europäischen Parlament beschäftigen. Aber zurück, ich habe noch die Worte des Bürgermeisters im Ohr betreffend Petitionen an die Bundesregierung und wie schlimm das eigentlich ist und dass man das Instrument Gemeinderat dafür nicht entwerten sollte. Das sagt jener Bürgermeister, dessen Faktion 15 Minuten vorher mittels einer Petition mit einer sehr schwammigen Formulierung sich wichtig machen wollte in der Bekämpfung der Drogenkriminalität, obwohl sie, wenn sie dort ist, immer anders handelt als dort, wo sie halt Sonntagsreden hält. Aber ich komme zur Post. Ich verstehe die Petition der kommunistischen Partei Österreichs und wir unterstützen sie auch.

Selbstverständlich, weil auch wir seit eineinhalb Wochen nicht müde werden, auf diese Missstände innerhalb der ÖIAG, auf diese Missstände innerhalb der Post AG aufmerksam zu machen. Dass ein Betrieb mit steigenden Gewinnen massiven Personalabbau betreibt, Postämter schließt, die Infrastruktur schädigt, die regionale Entwicklung der Bundesländer zerstört und auch das Versorgungsnetz vollkommen außer Acht ihrer betriebswirtschaftlichen Überlegungen lässt. Und weil ich weiß, dass die KPÖ nicht in der Bundesregierung vertreten ist, zumindest auch keine Chance in dieser Legislaturperiode, diese ehrenvolle Aufgabe zu erringen, verstehe ich es, warum die KPÖ auch zu diesem Mittel hier greift und daher unterstützen wir es. Das was ich aber nicht verstehe und wo ich wirklich auch einmal klare Worte finden muss, dass ein sozialdemokratischer Vertreter, der die Handynummer des Herrn Faymann eingespeichert hat, hier in einer ähnlichen Art und Weise agiert und das vielleicht auf dem direkten Weg über seinen Nationalräte und seine untätigen Minister machen könnte. Oder dass ein ÖVP-Bürgermeister hier steht, halbschwammig die Abschaffung der Substitoltherapie fordert, obwohl er die Handynummer, das sogenannte Multifon in seinem Handy eingespeichert hat, aber sicherlich auch die Frau Gemeinderätin Potzinger die Handynummer ihrer besonderen Freundin Andrea Kdolsky hat und die Gesundheitsministerin nur anrufen müsste und sagt, liebe Freundin, schaffen wir doch endlich die Substitoltherapie ab, sie bringt unsere Jugend um. Und das entwertet tatsächlich das Instrument dieses Gemeinderates, wenn zwei Regierungsparteien, die in diesem Land, in Österreich, in der Steiermark die Macht in der Hand halten, noch dazu den Grazer Gemeinderat als Löwingerbühne ihrer Eitelkeiten nutzen, das ist entwürdigend und das dient nicht der Sache. Was der Sache dient ist, dass dieser Gemeinderat sich bei der Post auf die Hinterfüße stellt. Wir haben einen Bürgermeister, der heute lang und breit meine Anfrage nicht beantwortet hat, warum er sich mit der Post zusammengesetzt hat und es zugelassen hat, dass womöglich in Graz fünf Postämter geschlossen werden, der sich mit Personen unterhalten hat, die ihm zugesagt haben, nur fünf Postämter zu schließen, die aber zwei Tage später bekanntgegeben haben, allein in Graz 15 Postämter schließen zu wollen und wir haben auf der anderen Seite, und daher ist unser Antrag so gewichtig oder der Antrag der KPÖ, den wir unterstützen und daher auch hoffentlich unser Antrag, unser gemeinsamer Antrag, die dieses Vorhaben der Post ablehnen, und auf der anderen Seite haben wir einen Verkehrsminister, einen Kanzler, einen designieren Bundeskanzler, der zwei Jahre lang diese wichtige

Universaldienstleistungsverordnung schlichtweg nicht unterzeichnet hat im Wissen, dass es zu Schließung der Postämter kommen wird. Denn wenn heute Klubobmann Herper von dem Morgeninterview im ORF des Herrn Wais spricht, das im Übrigen gestern am Abend gegeben wurde, nur heute in der Früh per Radio vertont wurde, dann sagt Herr Wais, Generaldirektor Wais, dass er bereits im Februar dieses Jahres, also am Anfang des Jahres, sowohl Finanzminister und Vizekanzler Molterer als auch den damaligen Verkehrsminister, den nunmehrigen, weil es zu dieser leidigen großen Koalition aller Voraussicht nach kommen wird, auch Herrn Faymann bereits informiert hat. Der setzt sich gestern hin und sagt, na selbstverständlich, seit Februar wissen es die Ganzen und seit Februar wird nichts getan. Und das macht es so schäbig, aber das macht er auf der anderen Seite so wesentlich, dass dieser Antrag heute kommt, weil es ein starkes Signal ist, dass wir uns von Wien, vom Wasserkopf Wien nicht auf den Schädel schießen lassen. Und wenn ich für das letzte Wort einen Ordnungsruf kriege, dann trage ich ihn wie einen Orden auf meinem Revers. Das geht nämlich nicht und das werden wir nicht zulassen, wir verlangen auch mittels dieses Antrages nicht nur eine Petition an die Bundesregierung, dass die die Interessen Graz, der Steiermark, des ländlichen Raumes nicht vergisst, sondern wir verlangen auch mit diesem Antrag endlich eine Stadtregierung und einen Bürgermeister, der mit einem aufrechten Rückgrat die Interessen dieser Stadt vertritt und nicht mit Schlips mit irgendwelchen Postverhandlern zusammensitzt und dann der Meinung ist, wenn wir dort ein wenig angenehm diskutieren und fünf oder 15 Postfilialen verlieren, dann ist das auch schön, Hauptsache der Kaffee hat gut geschmeckt, das ist keine Interessensvertretung im Interesse unserer Landeshauptstadt, das heißt, wir wehren uns auch in Zukunft und sei es auch, dass auch Parteien diese Protestaktionen unterstützen und in geeigneter Amt und Weise gegen diese Aushöhlung des ländlichen Raumes und unserer Versorgungssicherheit zur Wehr setzen, weil wir auch jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern uns verpflichtet sehen, die in Zukunft schon Schaden erleiden und vor allem auch älteren Mitbürgern, die auf die Versorgung durch die Post angewiesen sind. Ich möchte ja gar nicht davon sprechen, dass sehr viele Pensionsleistungen mittels Postboten angewiesen werden und wir kennen die Diskussion aus Wien, wo in den vergangenen Monaten sehr viele dieser Postdienste überfallen worden sind, weil einfach das Pensionsgeld und andere Anweisungen hier gekommen sind. Na wer wird es denn in Zukunft machen

die Geldanweisung, wird das dann der Amtsbote des Bürgermeisteramtes machen, um das geht es uns. Und daher werden wir uns gegen diese Arbeitsplatzvernichtung wehren und fordern auch von der Stadtregierung endlich einmal einen aufrechten Gang. Und, Herr Bürgermeister, Sie sind nicht der Diener eines Vizekanzlers, wir unterstützen auch nicht Ihre Politik, dass Sie sich parteipolitisch besser stellen, sondern wir verlangen von Ihnen einen aufrechten Gang, wenn es darum geht, Postämter in der Steiermark, in Graz zu schließen. Ich danke Ihnen (*Applaus KPÖ, FPÖ und BZÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.15 Uhr den Vorsitz.

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Grüne Fraktion hat auch so ihre Vorstellungen, was jetzt mit der Post passiert. Und die Post ist ein gutes Beispiel, wie Liberalisierungsmaßnahmen der EU wirken. Begonnen hat das Ganze vor vielen Jahren im Telekombereich, jetzt haben wir es bei der Post. Es ist deswegen ein gutes Beispiel, weil die EU eigentlich immer von einer „Eigentumsneutralität“ in Anführungszeichen ausgeht, es sei schließlich egal, hören wir schon die ganzen Jahre, ob ein Betrieb öffentlich oder privat sei. Es sollen ja nur für alle Unternehmen, ob öffentlich oder privat, dieselben Regeln am Markt existieren, und das ist ja das große Problem bei dieser Geschichte. Denn es sind die Regeln von Privatunternehmen und die sind nicht 1 : 1 übertragbar auf Unternehmen im öffentlichen Dienst. Denn Unternehmen im öffentlichen Dienst haben ja vielfach Ziele zu erreichen. Also zum Beispiel haben solche Unternehmungen für regionale Wertschöpfung zu sorgen oder, und das ist auch in den letzten Jahren fast verwerflich geworden, bieten öffentliche Dienste oder Unternehmungen bessere Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Was noch dazu kommt, in der Regel kümmern sich solche Unternehmungen auch mehr um ArbeitnehmerInnenrechte. Das ist in den letzten Jahren in der Diskussion fast schon als pervers hingestellt worden, aber wir haben hier noch eine Qualität, die wir in privaten Unternehmen mit der Lupe suchen müssen. Also insofern hat die Diskussion

eine hohe Bedeutung, eine hohe Wichtigkeit und ich stimme der Dringlichkeit und dem Inhalt natürlich zu. (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ist es keine Frage, dass wir natürlich auch von unserer Seite hinter zwei Punkten ganz klar stehen. Das eine ist die Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Art und Weise, wie die Diskussion um den Stellenabbau bei diesen hier genannten Betrieben in die Diskussion gekommen ist und natürlich, und das muss man auch ganz wesentlich unterstreichen, die den Erhalt der Infrastruktur natürlich nicht nur in den ländlichen Gebieten, sondern auch in der Stadt Graz. Zum Gerald Grosz muss man sagen, ich bin mir sicher, dass du eingeladen warst bei dem Treffen mit...

Zwischenruf GR. Grosz: Nein.

GR. **Mayr**: Klubobleute, ok, dann dürfen wir dir jetzt berichten, wie es dort war, du kannst dich bei allen Fraktionen, die teilgenommen haben, erkundigen. Es ist richtig, dass der Divisionsleiter für das Filialnetz gesagt hat, dass 16 von 29 Filialen von Graz defizitär sind, aber er hat in keiner Weise davon gesprochen, dass 15 oder 16 von 29 in Graz geschlossen werden sollen. Es war der Start für dieses Verfahren, der Bürgermeister hat es heute bei der Anfragebeantwortung genau berichtet, wo fünf Filialen konkret genannt wurden und es ist der Start der Diskussionsphase, wo es natürlich das massive Interesse der Stadt ist, dieses Filialnetz zu erhalten, weitestgehend zu erhalten, die Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Zweiter Punkt, dieser Antrag und die Diskussion im Allgemeinen jetzt dient offensichtlich auch dazu, wieder einmal den Mistkübel über die Europäische Union einmal grundsätzlich auszuschütten. Ich glaube, wir sollten schon, gerade in der derzeitigen Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, sehen, dass wir, gerade auch in Österreich ohne die

Mitgliedschaft in der Europäischen Union und ohne Mitgliedschaft im Euroraum derzeit wirtschaftlich in dieser Finanzkrise aber deutlich schlechter, wenn nicht katastrophal schlechter, dastehen würden. Also hier zu behaupten, dass gerade für die wirtschaftliche Entwicklung, für die derzeitige Wirtschaftssituation die Europäische Union eine gewisse Mitverantwortung hat, dem möchte ich wirklich entgegentreten. Zu den Liberalisierungsrichtlinien. Zunächst einmal zu dem Thema der Telekom. Ich glaube, wir haben alle, vor allem als Kunden im Telekombereich, aber vor allem auch im Mobilfunkbereich massiv von der Liberalisierung profitiert. Wir haben derzeit in Österreich im Mobilfunkbereich vier Firmen, die äußerst erfolgreich agieren. Die Tarife für den Endkunden sind massiv gesunken, und darüber hinaus die EU hat auch, und zwar nicht mit Liberalisierungsschritten, sondern mit Regulierungsschritten massiv dafür interveniert und es erreicht, dass zum Beispiel die Roaming-Gebühren derzeit auf einem Niveau sind, wie sie vor fünf Jahren und vor zehn Jahren undenkbar gewesen sind. Also das sind wirklich Erfolge auch der Europäischen Union. Im Telekom-Bereich, im Festnetzbereich, sind wir natürlich jetzt bei der Infrastruktur endlich wieder bei der Post angelangt und hier geht es natürlich darum, dass jene Firma, im Telekombereich ist es eben die Telekom, die die technische Infrastruktur, die Leitungsinfrastruktur gebaut hat und zur Verfügung stellt, auch dafür das entsprechende Entgelt bekommt und das ist auch passiert. Wir können uns, glaube ich, erinnern, dass die privaten Anbieter im Telekom-Bereich ganz im Gegenteil immer moniert haben, dass sozusagen der Post vom Regulator zuviel Zugeständnisse gemacht werden. Also keine Rede davon, dass hier nicht Rücksicht genommen wird im Rahmen der Deregulierung, aber Rücksicht genommen wird natürlich auf die technische Infrastruktur, zum Beispiel das Leitungsnetz im Festnetzbereich. Und genau das Gleiche soll natürlich auch bei der Dienstleistung der Post passieren. Es geht um die Umsetzung der Universaldienstregelung und natürlich bekommt jene Firma, nämlich die Post, die die flächendeckende Versorgung sicherstellt, dafür auch die entsprechende Entschädigung und den entsprechenden Bonus. Das heißt, weitere Mitbewerber auf dem Markt müssen natürlich dazu beitragen, dass diese flächendeckende Versorgung sichergestellt werden kann und damit auch die Arbeitsplätze, die dahinter stehen. In diesem Sinne noch einmal unsere Position. Ganz klare Position, natürlich die Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, natürlich ein Erhalt der Infrastruktur, ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass der

Divisionsleiter Filialnetz bei der Gesprächsrunde mit Bürgermeister und Fraktionsmitgliedern ganz klar dargelegt hat, dass diese Ankündigung damals von den fünf zu schließenden Postämtern zu keinem einzigen Jobverlust in Graz geführt hätte. Jetzt gibt es ja die Ankündigung von Infrastrukturminister Faymann, man wird sehen, wie es da weitergeht, aber das ist natürlich auch eine ganz klare Position von uns, Unterstützung der Mitarbeiter und Unterstützung der Infrastruktur, aber wir werden der Dringlichkeit zustimmen, aber wir bitten auch um die getrennte Abstimmung der drei Antragspunkte dann, wenn es um den Inhalt geht, wir können nicht mit stimmen, wenn es darum geht, einfach zu sagen, die Liberalisierungsrichtlinie der EU, die setzen wir halt einfach nicht um, wir ignorieren die Richtlinien der EU, das ist nicht unsere Position. Wenn wir mit Richtlinien der Europäischen Union nicht einverstanden sind, gibt es den klaren Weg, wie man das auf europäischer Ebene ändern könnte, ändern sollte, aber das Entscheidende ist, ist die Umsetzung der Richtlinie auch im österreichischen Parlament, das ist der entscheidende Punkt und nicht zu sagen, wir setzen einfach die Richtlinien nicht um und warten, bis wir geklagt werden. Also dem Punkt 2 werden wir nicht zustimmen, wir können auch nicht dem Punkt 3, die Teilprivatisierung von Post und Telekom rückgängig zu machen, zustimmen. Meine Damen und Herren, gerade bei dem Punkt der Telekom, die Telekom ist ein äußerst erfolgreiches Unternehmen, die Telekom ist auch die Dachholding im Bereich der Mobilkom, wir wissen, wie erfolgreich die Mobilkom auch im süd- und südosteuropäischen Raum unterwegs ist. Hier zu fordern, dass wir in diesem Bereich wieder eine volle Reverstaatlichung durchführen, geht, glaube ich, wirklich an der aktuellen Situation vorbei. Wir stimmen dem ersten Punkt zu, aber nicht den Punkten zwei und drei (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Kollege Mayr ist ja ein gebildeter Mensch, der hat sicher Karl May gelesen in der Jugend...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Karl Marx haben Sie gelesen, Karl May hat er lesen, und ich würde sagen, bitte nicht beleidigt sein jetzt dann, aber Sie sprechen ein bisschen, würden Indianer sagen, mit gespaltener Zunge. Wir haben, deswegen bin ich ein bisschen später gekommen, ich habe diese hohe Sitzung unterbrechen müssen, weil wir zugleich in der AK auch Vollversammlung gehabt haben und auch da hat uns die Diskussion der Post sehr beschäftigt dann und es ist auch dort gekommen, und ich finde es gerade merkwürdig, wenn ein ÖVP-Politiker und Sie gehören ja der ÖVP an, wie ich weiß, jetzt sich da so in die Presche haut und dann auf der anderen Seite, wenn man das vor ein paar Tagen im Fernsehen verfolgt hat, der wahrscheinlich zukünftige Bundeskanzler Faymann gesagt hat, er wird das zumindest einmal sechs Monate stoppen und einen Tag später ist der noch agierende Vizekanzler Molterer, der ja Ihrer Fraktion angehört, noch angehört, vielleicht tritt er aus dann, wir haben es ja auch erlebt, dass hie und da Vizekanzler austreten, also das wäre ja nicht das erste Mal. Der sagt dann sofort, na, so geht es nicht, wir stehen voll hinter dem Postmanagement. Also, da finde ich es schon ein bisschen, dass Sie mit gespaltener Zunge reden, weil da solltet ihr das schon ein bisschen ehrlicher durchziehen und nicht nur, wenn man oben im hohen Olymp der Politik eben steht wie Molterer, dann sagen ist man dagegen und wenn es auf der Basis sind, wo Sie mit dem Bürger zu tun haben, dann sind Sie dafür, also da finde ich das ein bisschen komisch. Zum Inhalt oder zur Dringlichkeit zu sagen, natürlich ist es wahnsinnig dringlich, deswegen finde auch Ihren Antrag sehr gut, weil es ist eh schon gesagt worden, es geht beim Postamt nicht um den ländlichen Charakter, sondern es geht auch in der Stadt darum, dass eben die Infrastruktur aufrecht zu erhalten ist und ich glaube auch, und da muss ich sagen, muss ich auch Sie leider wieder ansprechen, es gießt niemand den Schmutzkübel über die EU aus, nur, wie gesagt, es hat sicher große Vorteile der EU gegeben, aber das war natürlich nicht unbedingt diese Liberalisierung der Post, ob das gerade der Weisheit letzter Schluss war, das möchte ich wirklich bezweifeln, weil es war Jahrzehnte lang das Postamt im wahrsten Sinne des Wortes ein Amt, also da ist abgestempelt worden und das gibt es heute alles nicht mehr, heute ist eine Post eine Serviceorganisation, wirklich das kann man suchen, immer noch mit sehr hoher Qualität, während die Privaten, die sich die Rosinenstücke herausholen wollen, jetzt zum Schluss bei den einfachen Briefen, die ja teilweise gar nicht diese Zustellqualität bieten wie die Post. Das habe ich oft genug am eigenen Leib erfahren, wenn nicht genau oben steht, wo ich wohne, Rauchleitenstraße 43, sondern es steht

oben 44, geht der Brief oder das Paket schon zurück, weil der private Zusteller sagt, den habe ich nicht gefunden, das geht nicht, das war alles der große Vorteil der Post und das ist schon die EU, das ist die Frage, ob das der Segen der EU ist. Sicher Sie haben gesagt, diese Liberalisierung am Telefonmarkt, na gut, da möchte ich ehrlich gesagt sagen, ob heute 90 % der Gespräche, die über das Handy geführt werden, dass das der große Liberalisierungsschritt ist, möchte ich bezweifeln, aber gut, das ist einmal so und diese Roaming-Gebühren, ja wen trifft das, das ist ja nicht so, dass man permanent im Ausland ist, sondern das trifft eigentlich nur die Leute, die im Ausland sind, sonst ist die klassische Post, die klassischen Briefmarken sind auch erhöht worden. Ich würde nicht sagen, wenn man jetzt hergeht und das, wie der Kollege das natürlich kritisiert dann, das ist nicht der Weisheit letzter Schluss, war diese Sache mit der EU sicher nicht. Wir hoffen eben, dass Graz ein Kahlschlag im Bereich der Postämter der Stadt Graz erspart wird. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Hagenauer** zum Antrag: Ich möchte noch ein paar Anmerkungen machen zum Inhalt, nachdem jetzt ausschließlich über die Dringlichkeit gesprochen wurde. Herr Kollege Grosz, zuerst zu Ihnen. Manches Mal glaube ich mich zu erinnern, dass Ihre, ich weiß nicht wie Sie sagen, Kameraden, in der Regierung gesessen sind, kann das sein? Wenn ich mich nicht irre, dann sind genau diese Weichenstellungen passiert, wo jetzt wortreich vom BZÖ die Stimme erhoben wird, in dieser Periode. Also wenn die Dinge so negativ waren, wie sie dargestellt werden, dann bitteschön gleich einmal an der eigenen Nase nehmen. Das Zweite, wenn man schon bei der Vergangenheit ist, in Richtung Sozialdemokratie. Ich kann mich gut erinnern, als ein gewisser Hannes Androsch Finanzminister war und dann Vranitzky und Klima, und jedes Jahr habe ich mich gegiftet, wenn ich gesehen habe, wie viel Milliarden Schilling der Post schon wieder abgeknöpft wurden, um das Budgetloch zu stopfen. Und das war damals auch für einen Nichtspezialisten, wie ich einer bin, absehbar, dass das Brösel machen wird und so ist es auch gekommen. Und ein guter Teil der negativen Entwicklungen, die wir heute haben, haben ihre Ursache leider schon in

dieser Zeit in dieser Periode vorher. Und was war denn übrigens, noch ein Blick zurück im Zorn, können Sie sich erinnern, dass wir eine ganze Welle von Postamtsschließungen gehabt haben vor einiger Zeit? Da ist es noch um Tregelwang gegangen. Aber was ist Tregelwang gegen den Bezirk Gries, und das muss schon zu denken geben. Gibt es hinter dem Postamt Rösselmühlgasse noch irgendein anderes in der Steiermark, das positiver sein könnte?

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Tregelwang.

GR. **Hagenauer:** Herr Kollege Korschelt, nichts gegen einen Zwischenruf, aber zuerst denken und dann Mund aufmachen. Gibt es noch hinter den Postämtern, die jetzt in Graz zur Diskussion stehen, gibt es überhaupt noch welche, die mehr Kunden haben, nein. Das heißt, es geht im Grund genommen, wie immer dieses Defizit errechnet wurde von einzelnen Postämtern, die jetzt zur Diskussion stehen, geht es bei diesen Postämtern, da gibt es nicht mehr dahinter. Das heißt, da geht es nicht mehr um die Schließung eines defizitären, weil das würde ja bedeuten, dass alle anderen in der Steiermark auch geschlossen werden müssen, nach dieser zugegeben etwas jetzt vereinfachten Logik, aber sie ist nicht ganz falsch, das trifft meiner Meinung nach schon den Kern. Was also hier gemacht wird, ist nicht, dass man ein Defizit verhindert, sondern es wird der Gewinn erhöht. Als Bewohner etwa, ich spreche jetzt vom Bezirk Gries, mein zuständiges Postamt wird vermutlich eben nicht mehr Rösselmühlgasse sein, sondern wie uns eben erklärt wurde, City-Park, also was macht der Hagenauer im City-Park? Was mache ich dort? Da hätte ich gerne gleich in der Hauptpost meine Trümmer holen können, geht aber nicht, weil für mich wird man, da wird das Defizit dann wirklich schlagend natürlich, keine Extrawurst backen, logisch, nachvollziehbar. Das heißt, wo war denn auch der Herr Minister Faymann als Zuständiger die letzten Jahre, nachdem wir schon vor Jahren eine ganze Welle von Schließungen erlebt haben und Entwicklungen hatten inklusive der zitierten EU-Liberalisierung, die absehbar war, das ist ja nicht über Nacht jetzt gekommen? Und noch eine Dimension, die hier kritisch angesprochen werden muss,

nämlich zur Qualität dieses Antrages, und dann komme ich auf ein paar Lösungsansätze zu sprechen. Leider Gottes hinkt natürlich der Antrag von der Textierung ziemlich. Wenn man nämlich sagt, kein einziges Postamt zu schließen, und ich habe das jetzt wörtlich zu vertreten, dann heißt das, wenn ich heute irgendwo einen Standort habe, der im Zuge einer städtebaulichen Entwicklung, und solche Dinge gibt es Gott sei Dank in Graz an allen möglichen Standorten, ich einen besseren Standort finde, dann heißt das, dass ich das alte Postamt nicht schließen darf oder doch? Es muss nicht jede Schließung eine Katastrophe sein, aber hier steht das. Beim Punkt 2, die Liberalisierungsrichtlinien vorderhand nicht umzusetzen, gut, finde ich angesichts des Ernstes dieser Problematik eine durchaus zulässige Zielsetzung, dass man sagt, überlegen wir uns das wirklich, die Randbedingungen sind heute schon von Vorrednern geschildert worden, überlegen wir uns das wirklich, brauchen wir nicht mehr Zeit, als die uns jetzt gegebene, um uns das noch einmal gründlich zu überlegen, wohin das führt eigentlich, wohin geht denn da die Reise? Was passiert denn jetzt wirklich mit dem ländlichen Raum, ich komme dann noch kurz darauf zurück, aber weiß vorderhand, da kann man zustimmen oder auch nicht, weil dass man die EU-Richtlinie umsetzen wird müssen, ist klar, oder ich gehe eben her und lasse das auf der Ebene, lagere das auf diese oder lasse diese Ebene entscheiden, das hat der Kollege Mayr schon gesagt, die dafür zuständig ist, nämlich die Ebene der Europäischen Union. Und drittens, die Teilprivatisierung von Post und Telekom ist rückgängig zu machen, naja, ein großes Wort gelassen ausgesprochen. Da muss man, das ist schon gesagt worden, da hätte ich auch gerne gewusst, wie bitteschön. Dass das bei aller Kritik von diesen Privatisierungsmaßnahmen, ich hätte es trotzdem gerne gewusst, wie soll denn das laufen? Und jetzt noch zur Sache. Es gibt ein paar konkrete Ansatzpunkte, denke ich, die liegen zum Teil bei uns hier in Graz, ich war bei dieser Besprechung dabei, ich habe das dort auch artikuliert und ich denke, der Herr Bürgermeister hat das ja auch registriert und wird es auch berücksichtigen, ich habe zwar dort erfahren, dass das Joanneum Research eine Studie gemacht hat, aber ich habe nicht den Eindruck, dass die städtebaulichen Entwicklungen, die in Graz ja, wie gesagt, Gott sei Dank, im Laufen sind, wirklich da so berücksichtigt wurden, wie sie zu berücksichtigen sind. Also etwa entlang der Straßganger Straße die Entwicklungen draußen zum Beispiel und andere. Das ist die eine Geschichte, das können wir selber einbringen, da ist eine Runde notwendig, ich denke und ich hoffe, das wird geschehen. Etwas, was auf Bundesebene unbedingt

notwendig ist, wenn ich nach Deutschland schaue, dort wurde das umgesetzt und beschlossen, sind etwa die Lohnverhältnisse. Die deutsche Post hat, wie Sie wissen, ein Mindestlohniveau erreicht, das heißt also, sie ist geschützt gegen die Konkurrenz, Billigkonkurrenz oder Dumpingkonkurrenz auf dem Lohnsektor. Deutschland hat man für bestimmte Branchen Mindestlöhne festgesetzt, das wäre eine Maßnahme, die uns sinnvoll erschiene in Österreich auch und das Dritte hat der Kollege Mayr schon angedeutet, man wird auch eine Regelung treffen müssen, wenn die Liberalisierung nicht rückgängig gemacht wird, und das wird sie nicht vom Grazer Gemeinderat, wenn mich nicht alles täuscht, das wird sie auch nicht von der Republik Österreich, das wird sie eben von der Europäischen Union, sind wir also gut beraten, wenn wir uns überlegen, ja was tun wir, wenn das in der Europäischen Union keine Mehrheit findet? Und da wird auch eine Maßnahme sehr notwendig sein, die gilt übrigens für alle anderen Infrastrukturbereiche auch, dass ich sage, ja, wie wird der Ausgleich zwischen urbanem und ländlichem Raum funktionieren? Das heißt, wenn die Post jetzt diese Aufgabe übernimmt, dünn besiedelte Gebiete zu versorgen, dann braucht sie einen entsprechenden Ausgleich und von wem bekommt sie den, das wird die entscheidende Frage sein, bekommt sie den von diesen privaten Versorgern, die sich auf jene Räume konzentrieren, wo man wirklich einen Gewinn macht, bekommen die die Auflage, hier eine Abgabe abzuliefern oder wird das aus dem allgemeinen Steuertopf finanziert auf Kosten derjenigen, die ohnehin am untersten Ende der Hierarchie sind und die Draufzahler dieser aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen sind? In diesem Sinne, danke fürs Zuhören (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hier den Versuch zu starten, die komplexe Materie bis ins Detail zu durchleuchten, wird uns eh nicht gelingen, aber ich habe gestern in einer Nachrichtensendung von einem Juristen, der Experte zum Postrecht war, genau einen solchen Ansatz vernommen, der gemeint hat, so wie er das hinkünftig sieht, wird generell ausgeschrieben werden diese Generaldienstleistung im Postbereich und dass man versucht, von all jenen, die im Postgeschäft hinkünftig mitnaschen, in einen Pool einzubezahlen, um die defizitären Standorte dann unter Umständen auch zu fördern. Also es wird gerade an einigen solchen Umlagemodellen gearbeitet, das

haben im Übrigen auch schon andere Länder gemacht und sind damit zumindest unterwegs, erfolgreich kann man das ja auch nicht nennen. Kurz auch zur Geschichte, wenn in Graz ein Standort von den 29 defizitär ist, heißt das nicht, dass im Land Steiermark deswegen jedes schlechter sein muss als in Graz, weil wir doch in manchen Bereichen so dicht nebeneinander liegen, dass sie sich gegenseitig konkurrenzieren und da gibt es durchaus am Land auch Postfilialen, die einen stärkeren Einzugsbereich dann auch pro Einwohner rundherum haben und auch pro Nutzer. Faktum ist noch einmal, dass unser gemeinsamer Hebel ziemlich gering ist, das Einzige, was ich als Bürgermeister tun kann auf Grund dieser gesetzlichen Lage ist, noch einmal zu betonen gegenüber der Post, wenn wir es beschließen, auch gegenüber der Regierung, gemeinsam, dass wir mit den Schließungen der Postfilialen nicht einverstanden sind. Ich sage, ein kleiner Teilerfolg zumindest, oder Teilerfolg kann man es gar nicht nennen, zumindest eine positive Nachricht war da, dass in Graz keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgebaut werden soll, weil das trifft ja im restlichen Österreich keinesfalls zu, wenn ich die Zahlen gestern auch wieder im Fernsehen mitverfolgt habe.

GR. **Eber:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich in der inhaltlichen Diskussion gut aufgepasst habe und ich habe versucht, das zu machen, dann sind da drei Fragen gestellt worden und ich glaube, sie waren alle vom Kollegen Hagenauer, der ja der einzige Debattenredner war. Ich möchte es ganz kurz machen; also erste Frage, es heißt, kein einziges Postamt soll geschlossen werden, es darf kein Postamt geschlossen werden, heißt es im Antragstext, wie ist das, wenn durch städtebauliche Maßnahmen ein Postamt jetzt einen günstigeren Standort bekommen soll? Meines Erachtens handelt es sich dabei ja nicht um eine Schließung, sondern um eine Verlegung, also von da her kann man das natürlich dann durchaus so verstehen. Zum Zweiten, was heißt, Liberalisierungsrichtlinien der EU vorderhand nicht umsetzen, da bin ich der Meinung, genau das heißt es, was hier steht, also vorderhand nicht umsetzen, bedeutet einfach, dass Österreich sich dem entziehen soll und damit einerseits Druck auf die EU ausübt und andererseits aber natürlich auch andere Länder ermutigt dazu, sich von diesen Liberalisierungsrichtlinien ebenfalls zu verabschieden, was in der Folge natürlich bedeuten würde, dass es da

zu neuen Verhandlungen kommen müsste, die dann mehr oder eher im Interesse der Menschen sind. Und zum dritten Punkt, wie ist eine Teilprivatisierung rückgängig zu machen? Ich meine die Post ist eine Aktiengesellschaft, letztlich geht es darum, dass der Bund die Aktienanteile wieder zurückkauft und den privaten Aktieninhabern da natürlich auch entsprechendes Angebot zu machen haben wird. Insgesamt möchte ich sagen, ich möchte das jetzt nicht zu lange machen, ich fände es schade, wenn die ÖVP und vielleicht andere den einzelnen Punkten nicht die Zustimmung erteilen können. Zum Zweiten freut es mich aber, dass von den Kollegen Herper, Grosz, Korschelt, Binder, dass da einfach sehr gute und eindeutige Wortmeldungen gekommen sind und von daher verzichte ich natürlich auch auf jegliche Polemik oder so was zu dieser oder jener Partei sonst noch sagen könnte. Ich glaube, es geht einfach darum, dass man ein gemeinsames starkes Zeichen setzt, um diesem Beschluss eben auch zur Durchsetzung zu verhelfen. Ich danke bereits im Voraus für Ihre Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

Der Punkt 1 und 2 des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Punkt 3 des Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Unterbrechung der Gemeinderatssitzung von 17.50 Uhr bis 18.35 Uhr.

11) Neuregelung der uneingeschränkten ärztlichen Anzeigepflicht bei Verdacht von Kindesmisshandlungen und Kindesmissbrauch im Familienverband § 54 Abs. 5 ÄrzteG 1998

GR. **Sikora** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sikora:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein Dringlichkeitsantrag handelt sich um eine Initiative, und zwar betrifft es die Neuregelung der uneingeschränkten ärztlichen Anzeigepflicht bei Verdacht von Kindesmisshandlungen und Kindesmissbrauch im Familienverband § 54 Abs. 5 Ärztegesetz aus dem Jahre 1998. Am 20. November 2008 jährt sich der „Welttag der Kinderrechte“. Kindesmisshandlungen und Kindermisbrauch, sowie der Schutz davor, gehören zu wichtigen Themen unserer Zeit.

Die mit dem Ärztegesetz 1998 geschaffene Regelung ärztlicher Anzeige- und Meldepflicht hat sich nach Ansicht von mit der Materie befassten JuristInnen als überschießend erwiesen. Interessenabwägung zwischen Mitteilungs- und Geheimhaltungsinteresse war auf Kritik gestoßen.

Nach einer heftigen Debatte kam es zu einem Kompromiss. Die ärztliche Anzeigepflicht wurde zwar wieder eingeführt. Sie soll jedoch in jenen Fällen unterbleiben, wenn sich der Verdacht gegen nahe Angehörige richtet, die etwa im Haushalt des missbrauchten Kindes leben – in der Regel waren es die Elternteile, statistisch sehr oft sogar die Stiefväter. Mit dieser Regelung brach jedoch das Vier-Säulen-Prinzip zum Schutze der Kinder zusammen, fehlt nun doch die vierte Säule, die Verfolgung durch Polizei und Staatsanwaltschaft. Eine Schiefelage, ein Auto mit drei Rädern also.

Gleichzeitig werden die Kinderschutzgruppen in Spitälern, die sich um missbrauchte Kinder kümmern, aufgewertet, indem sie ausdrücklich im Gesetz erwähnt werden. Für eine Vielzahl von Berufsgruppen bestehen nun ganz unterschiedliche Regelungen der Anzeigepflicht. Es entsteht der Eindruck, dass der Gesetzgeber keine klare Linie verfolgt. In der Praxis führt das zu schwierigen Situationen: Wenn ein Kind verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert wird, so bestehen für Sanitäter, Krankenschwester, Arzt oder Ärztin und allenfalls im Krankenhaus befasste KinderpsychologInnen unterschiedlich weitreichende Anzeigepflichten. Es braucht daher dringend eine Vereinheitlichung der Anzeigeregulungen.

Wenn es um Gewalt an Kindern geht, erscheinen die im geltenden Recht bestehenden Ausnahmen von der Anzeigepflicht als schwammig, kaum praktikabel und daher fragwürdig.

Vor der Nationalratswahl kam es zusammen mit der Jugendwohlfahrt und dem Netzwerk für Kinderrechte zu einem Beschluss über das Gewaltschutzpaket im

Ministerrat, welcher vor allem bessere Opferrechte und härtere Strafen und Auflagen bei Fällen sexuellen Missbrauchs an Kindern vorsieht.

Neben weiteren Änderungen wurde ein eigener Strafbestand eingeführt, der sich gegen wiederholt gesetzte Gewaltakte unter anderem gegen Minderjährige und Jugendliche in Verbindung mit sexuellem Missbrauch und Kindesmisshandlung richtet.

Hingegen fehlt aber die uneingeschränkte ärztliche Anzeigenpflicht bei Verdacht von Kindesmisshandlungen und Kindesmissbrauch im Familienverband, obwohl schon länger bekannt war, dass in der neuen Gewaltambulanz an der Gerichtsmedizin Graz am Ludwig-Boltzmann-Institut für klinisch-forensische Bildgebung mit 1. Oktober 2008 ein neues Kapitel bei der Verfolgung von Straftaten begann.

Mit dem Titel „CSI Graz startet jetzt“ berichteten die Medien ausführlich über das neue Verfahren, welches weltweit für Aufsehen sorgte, und da zitiere ich jetzt die Berichterstattung der Tageszeitung: „Bisher gab es noch wenig klinische Gerichtsmedizin an lebenden Personen, in Österreich steckt das noch in den Kinderschuhen. Opfer von häuslicher Gewalt, Missbrauchsoffer, aber auch TäterInnen werden bislang fast nur von Kliniken untersucht. Deren Aufgabe ist es vor allem, zu behandeln. Aus ihren Akten erstellten die GerichtsmedizinerInnen oft erst Wochen später ein Gutachten, und das ist dann vom Ergebnis her unbefriedigend, denn die Kliniken untersuchen ihre PatientInnen naturgemäß nicht auf forensische Befunde - so die Leiterin der Gewaltambulanz Fr. Prof. Dr. Kathrin Yen.“

Die neue Gewaltambulanz soll nun Abhilfe schaffen. Es werden Gewaltopfer dabei nicht nur äußerlich untersucht, sondern modernste bildgebende Verfahren kommen zum Einsatz, so auch weltweit als die Ersten der Einsatz von Computertomografie und Magnetresonanz.

Manche Hinweise zu Gewalttaten, etwa beim Würgen oder beim Schütteln des kleinen Opfers, könne man so zweifelsfrei entdecken - oder ausschließen. Man kann dann definitiv sagen, ob eine Strangulation lebensbedrohlich war oder nicht - und das zu 99,8%.

Die Gewaltambulanz arbeitet auch neutral, also nicht nur opfer-orientiert. In den letzten Jahren nehmen international auch die bewussten Falschanzeigen zu, etwa im sexuellen Bereich - ein Grund, der die Anzeigenpflicht im neuen Gewaltschutzpaket vermissen ließ. Durch die neuen gerichtsmedizinischen aufgezeigten Methoden kann

man aber eindeutig feststellen, ob es zum Beispiel wirklich zu einem Sexualdelikt gekommen ist und wer eindeutig der Täter ist.

Auch das Oberlandesgericht Graz anerkennt die Methodik des neuen Verfahrens, in Zukunft wird die Urteilsfindung leichter werden.

Ich stelle daher namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge im Wege einer Petition mit dem Ziel an den Nationalrat herantreten, aufgrund der im Motivenbericht angeführten neuen klinischen forensischen Bildgebung der Gewaltambulanz an der Gerichtsmedizin Graz am Ludwig-Boltzmann-Institut, die uneingeschränkte ärztliche Anzeigepflicht bei Verdacht von Kindesmisshandlungen und Kindesmissbrauch § 54 Abs. 5 Ärztegesetz 1998 im Familienverband zu prüfen und bei einem positiven Ergebnis dieser Prüfung in das Gewaltschutzpaket aufzunehmen (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Potzinger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Antragsteller! Ich kann es kurz machen, gleich beide zusammenfassen, die Dringlichkeit und den Antrag, wir sehen überhaupt keinen Grund, jetzt diesem dringlichen Antrag zuzustimmen, wo doch die Mehrheit des Gemeinderates mit einem gemeinsamen Antrag eingebracht vom Herrn Kollegen Heinz Baumann bereits dieses Thema wesentlich umfassender beleuchtet hat und wir diesen Antrag bereits beschlossen haben. Wir sind sehr intensiv mit dieser Materie beschäftigt seit Jahren, weil uns das wirklich ein Herzensanliegen ist, wir haben aktuelle Stellungnahmen sowohl der Ärztekammer vorliegen als auch des Amtes für Jugend und Familie, da kann gerne jeder Einblick nehmen, die eine klare Sprache sprechen, dass eine Verschärfung der Anzeigepflicht nicht dem Schutz der Kinder dient. Der 20. November, Welttag der Kinderrechte, wird von uns in aller Form begangen, die Kinderrechte sind uns wichtig, der Schutz der Kinder muss ganz vorne stehen. Opferschutz und tatsächliche Bestrafung der Täter, aber wir haben viele Gespräche geführt sowohl mit dem Prof. Müller, dem Chef der Kinderklinik, als auch

unseren ExpertInnen aus dem Jugendwohlfahrtsbereich. Kleine Anmerkung, Frau Prof. Yen schreibt man mit Y, Namen sollte man richtig zitieren.

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Das BZÖ wird diesem Antrag zustimmen, weil es auch im Nationalrat gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei einen diesbezüglichen Antrag beschlossen hat und daher, mit Verlaub gesagt, jetzt verstehe ich die Wortmeldung der Sissi Potzinger überhaupt nicht mehr. Also langsam weiß offensichtlich die eine Hand nicht, was die andere tut. Es hat einen entsprechenden...

Zwischenruf GRin. Potzinger: Es stimmt nicht, was du sagst.

GR. **Grosz**: Wie bitte? Und jetzt darf ich dir Folgendes sagen. Es gab vor zirka eineinhalb Jahren, weil ich ihn selbst geschrieben habe, einen Antrag des Abgeordneten Westenthaler, Sicherheitssprecher der ÖVP, Sicherheitssprecher der FPÖ, auf Verschärfung der Anzeigepflicht und Berichtslegung an die Bundesministerin für Justiz Berger. Das wurde mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei, der du noch angehörig bist, auch wenn es Tendenzen gibt, dass sich die steirische Volkspartei offensichtlich in Folge eines CSU-Modells abkoppeln will, was ich ja durchaus verstehe, dass man mit denen da draußen nichts mehr zu tun haben will, würde ich auch nicht, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass das vor eineinhalb Jahren tatsächlich beschlossen worden ist. Und das, was Gemeinderat Sikora einfordert, insofern richtig ist, weil er etwas verstärkt, wo es ein glattes Versäumnis der zuständigen Justizministerin tatsächlich gibt. Dass eben dem Nationalrat, der ein Gesetzgeber ist, und wir jetzt wieder über eine Materie diskutieren, die den Nationalrat etwas angeht, den Bundesgesetzgeber, und in erster Linie jetzt nicht in die Kompetenz des Gemeinderates fällt, aber wir daher Druck machen wollen und eine Petition, zumindest eine Resolution, weil Petitionen kann man nur im Petitionsausschuss unterstützt durch genügend Abgeordnete einbringen, hier Druck machen wollen, Druck auch auf die neue Bundesregierung, endlich diesen Bericht nach eineinhalb Jahren vorzulegen und da brauche ich keine Gutachten der

Frau Potzinger von der Ärztekammer XY oder wie auch immer, sondern habe ich einen Bericht vom zuständigen Ressort, ob die Anzeigepflicht richtig ist oder nicht, die Verschärfung der Anzeigepflicht, natürlich ist sie richtig, na selbstverständlich ist die Verschärfung der Anzeigepflicht richtig, weil ich in Zukunft die stille Kriminalität, die sich in Österreich unter den Augen des Staates abspielt, einfach verbieten will, weil Kindesmissbrauch kein Kavaliersdelikt ist, weil Kindesmissbrauch und die Erforschung dieses Delikts kein Zufallsprodukt ist, dass irgendein Arzt offensichtlich mehr gedacht hat als der andere Arzt und es zur Anzeige bringt, weil wir dafür strenge Regeln brauchen. Weil wir dafür eine Anzeigepflicht brauchen und zwar nicht nur bei den Ärzten, sondern allgemein eine Anzeigepflicht, damit wir das auch abstellen in diesem Land, dass der Nachbar nichts gesehen haben will, um das geht es. Heute Morgen in der Früh titelt die Kronenzeitung „Fritzl wird wegen Mordes angeklagt“. Wir sind unter dem Eindruck vor einem Dreivierteljahr dieses tragischen, grausamen Falles in Niederösterreich Fritz diskutieren wir heute einen ähnlichen Fall Kindesmissbrauch. Alles unter dem großen weiten Begriff Kindesmissbrauch. Ja das konnte ja eigentlich wie viele andere Missbrauchsfälle nur passieren, weil Menschen weggeschaut haben, weil Menschen nicht sensibel genug waren, weil Menschen sich nicht mit dem Nachbarn anlegen wollten, weil Menschen nicht zu Behörden gegangen sind, um das schutzloseste Objekt unserer Gesellschaft, das Kind, zu schützen und daher treten wir für eine Anzeigepflicht ein und das tut auch offensichtlich die ÖVP, nur Frau Potzinger in Graz nicht. Und wir sind auch der Meinung, dass auch, und noch einmal, ich verwehre mich dagegen auch am heutigen Tag, wieder nur, weil ein Antrag von der KPÖ kommt, versucht man seitens der ÖVP, offensichtlich jegliche Begründung zu suchen, zu finden, warum das nicht möglich ist. Ich verstehe es einfach nicht, ich verstehe es wirklich nicht. Das ist so eine parteipolitische Eitelkeit, die gerade zu wesentlichen Themen im Wege steht de facto. Nein, weil der Grosz vom BZÖ das einbringt, da suchen wir drei Stunden, warum es nicht funktionieren kann, das werden wir heute eh noch bei unseren Anträgen erleben. Weil es von der KPÖ kommt, nein, das haben wir ja schon eingebracht, das haben wir ja schon beschlossen, ja aber warum ist das dann noch nicht da?

Zwischenruf GRin. Potzinger: Wir haben das vor drei Stunden beschlossen.

GR. **Grosz:** Ich mache ja keine Beschlüsse, dass ich sie ans Salzamt nach Wien schicke, sondern wenn es offensichtlich nicht passiert ist, dann erhöhe ich noch einmal den Druck und dazu ist der Antrag des Gemeinderates Sikora sehr gut, und auch wenn es ein Kommunist ist, den wird es auch nicht stören, so wie es mich nicht stört, wenn der BZÖ-Antrag von den Kommunisten unterstützt wird, es geht ja um die Sache und in dem Fall ums Kind, und bis heute war ich der irrigen Annahme, dass es dir auch um die Kinder geht. Ich nehme zur Kenntnis, du bist Parteipolitikerin geworden und nicht mehr Familienpolitikerin. Ich danke.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Das weise ich mit aller Deutlichkeit zurück.

GR. **Baumann:** Ich wollte mir ja das Ganze ersparen und eine kurze Stellungnahme abgeben. Das wird nicht möglich sein. Dieser FPÖ-Antrag, liebe Kollegen der KPÖ, das ist ein FPÖ-Antrag diese Thermenologie, diese Art und Weise. Jetzt müssen wir das da diskutieren und leider mit Nicht-Fachleuten, die da herinnen sitzen, sondern leider Heißläufern und Populisten, die da Sachen verwechseln, Sachen durcheinander bringen, überhaupt nicht hinschauen können, um was es da eigentlich geht. Ich verstehe die Unterstützung des BZÖ für diesen Antrag, er könnte von rechts außen kommen, er ist so unterschiedlich zu dem Antrag, der vor der Pause gestellt worden ist, dass wir wirklich die Spucke fast wegbleibt.

Zwischenruf GR. Grosz: Kinderschutz ist keine Ideologie, ich sag's nur.

GR. **Baumann:** Ich habe mir die Mühe angetan, ich habe den Antrag 16.00 Uhr bekommen und habe neun Organisationen, die in Graz tätig sind und im Opferschutz tätig sind, angemailt, angerufen, bin in Kontakt getreten. Ich möchte mich deswegen länger zu Wort melden, weil ich diesen Organisationen HAZISSA, Tara, dem Institut für forensische Medizin, dem Netzwerk gegen sexuelle Gewalt der Männerberatung, dem Verein Rettet das Kind, der Bundeskoordinatorin Prozessbegleitung für Kinder und Jugendliche, der Kinder- und Jugendanwaltschaft, dem Gewaltschutzzentrum Steiermark diese Ehre schuldig bin, nämlich dazu Stellung zu beziehen. Ich werde nicht alles vorlesen, weil die Kollegen und Kolleginnen sich Zeit genommen haben, gestern in der Nacht noch zu diesem Antrag noch Stellungnahmen abzugeben. Wenn es um Gewalt an Kindern geht, so schreibst du in deinem Antrag, erscheinen die im geltenden Recht bestehenden Ausnahmen von der Anzeigepflicht als schwammig, kaum praktikabel und daher fragwürdig. Das ist ein Gesetzestext, der schwerstens und heftigst diskutiert worden ist, die SPÖ hat nämlich diese Anzeigepflicht am Anfang sogar drinnen gehabt, erst durch Diskussionen mit Opferschutzeinrichtungen ist es zu einer Situation gekommen, wo das in einer verbesserten Form da ist. Es bringt dem Opferschutz nichts, wenn da alle Ärzte und Ärztinnen anzeigen müssen. Noch eine zweite Geschichte, es ist ja heftig, dass wir da diskutieren müssen, mein Antrag vorher war ja der, dass wir uns mit Experten und Expertinnen in einem sehr angenehmen oder gesicherten Rahmen mit diesem sehr heiklen Thema beschäftigen dürfen. Jetzt tun wir es da. Schade, dass du nicht mit der Prof. Yen telefoniert hast, schade, dass du keine einzige Stellungnahme eingeholt hast von einer Opferschutzeinrichtung, und dieser Antrag wird von fast allen Opferschutzeinrichtungen in Graz vehementest als absurd hingestellt. Frau Prof. Yen sagt dazu, ich bringe nur mehr Zitate und kleine Auszüge, weil das andere würde sonst bis weit nach Mitternacht dauern, wenn man hier diese Fachdiskussion, die du anziehst die ihr anzieht von der KPÖ, da führen möchten. Zum Thema Neuregelung der uneingeschränkten ärztlichen Anzeigepflicht, Institut für forensische Medizin, Prof. Yen: Das Institut ist daran interessiert, die jetzige Regelung, nämlich dass sie als Einrichtung, als Krankenhauseinrichtung primär anzeigen müssen. Sie ersuchen beim Ministerium um eine Ausnahmeregelung, dass sie, wenn sie die Kinder untersuchen, nicht automatisch anzeigen müssen, das ist die Stellungnahme von der Frau Prof. Yen. Was sie möchte ist, dass, und das macht auch einen Sinn, dass die Polizei, wenn sie erfährt von sexuellem Missbrauch sofort Kontakt

aufnehmen kann mit dem Institut, das ist im Moment nicht möglich, weil sie bei dem Antrag über die Staatsanwaltschaft und über das Gericht laufen kann, da ist was völlig Falsches in eure Kehle gekommen. Netzwerk gegen sexuelle Gewalt. Ein Brief an die Frau Dr. Berger im Justizministerium. Auszug: Es geht uns vor allem darum, darauf hinzuweisen, dass mit der geplanten Einführung einer rigorosen, weil unverzüglichen Anzeigepflicht keine Differenzierung hinsichtlich der Opfergruppen erfolgt und insofern ganz besonders der Opferschutz in Bezug auf minderjährige Gewaltopfer, Kinder und Jugendliche in Zukunft praktisch nicht mehr gegeben sein würde. Netzwerk gegen sexuelle Gewalt. Rettet das Kind, Leitung von Kinderschutzzentren in der Steiermark Prozessbegleitung. Obwohl wir uns nicht grundsätzlich gegen eine Anzeige bei Gewalt gegen Kinder und Jugendliche aussprechen, möchten wir darauf hinweisen, dass eine Anzeige nicht immer den Schutz des Kindes gewährleistet und gerade, wenn die Belastung des Kindes sehr hoch ist, andere Schutzmaßnahmen zu bevorzugen sind. Zeitpunkt einer Anzeige muss gut geplant und koordiniert werden, das Kind muss auf diese Anzeige vorbereitet werden. Bei einer geplanten Anzeige ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche auf den Ablauf und die Rahmenbedingungen eines Strafverfahrens vorbereitet werden. Aus unserer Sicht, also der Sicht von der Prozessbegleitung des Kinderschutzzentrums Rettet das Kind, ist durch die bestehende gesetzliche Regelung ein guter und vor allem ausreichender Rahmen für die Möglichkeit Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche vor Gericht gewährleistet. HAZISSAS. Ja, derzeitige Bestimmungen sind schwammig, so wie du das auch gesagt hast, doch im Moment gibt es keine bessere Möglichkeit, Kinder zu schützen. TARA: Uneingeschränkte ärztliche Anzeigepflicht ist in der Betreuung von Opfern von sexueller Gewalt kontraproduktiv. Bundeskoordinatorin Prozessbegleitung für Kinder und Jugendliche. Die Ausweitung der Anzeigepflicht der Behörden und insbesondere die unverzügliche Pflicht zur Anzeige seitens aller Personen, denen die Pflege und Erziehung oder sonst die Sorge für die körperliche oder seelische Integrität der Minderjährigen obliegt, wird zur Gänze abgelehnt. Eine Anzeige macht nur unter bestimmten Bedingungen Sinn. Das Wichtigste dabei ist, dass Kinder und Jugendliche bereit sind, eine Aussage zu machen, denn ohne eine Aussage von Opfern werden so gut wie keine Verfahren weitergeführt. Stellungnahme der Kinder- und Jugendanwaltschaft Graz: Die Kinder- und Jugendanwaltschaft Steiermark ist grundsätzlich gegen eine immer wieder diskutierte uneingeschränkte Anzeigepflicht

für alle Personengruppen, die professionell mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, einschließlich der Ärzte. Die Regelung der Anzeige und Meldepflicht in dem Ärztegesetz wird seitens der Kinder- und Jugendanwaltschaft als ausreichend angesehen. Stellungnahme der Männerberatung zum dringlichen Antrag der KPÖ: Die Abteilung Gewalt, Arbeit, Forensik und Rückfallsprävention der Männerberatung begrüßt viele der in den letzten Monaten vorgeschlagenen Gesetzesänderungen, da sie auf eine Verhinderung weiterer Gewalttaten abzielen. Grundsätzlich weisen die vorgeschlagenen Änderungen, in die Richtung eines verstärkten Schutzes von Opfern von physischer, psychischer und sexueller Gewalt hin. Gleichzeitig wird auch der Gedanke, präventiv den Schutz von Opfern zu gewährleisten, verfolgt. Der Verschärfung der Anzeigepflicht steht die Männerberatung kritisch gegenüber, da gerade bei Menschen, deren Problem es ist, dass ihr Vertrauen durch nahe Personen massiv verletzt wurde und sich nun an anderen Menschen anvertrauen, dazu führt, dass ihre Aussagen unvermittelt zur Anzeige führen; unter Umständen kann der beabsichtigte Schutz des Opfers damit aufs Spiel gesetzt werden. Ein Herr Roman Ertl, den ich nicht kenne, aber der bei uns ein Paket abgegeben hat von Zeitungsberichten: Im Namen der vielen Kinder, vielen kindlichen Missbrauchsopfern und im Namen meiner MitkämpferInnen stehe ich für die Wiedereinführung der ärztlichen Anzeigepflicht bei Verdacht von schwerer Kindesmisshandlung. Eine Gegenmeinung dazu. Gewaltschutzzentrum Steiermark, im Übrigen in Opposition zu den anderen Gewaltschutzzentren Österreichs: Aus Sicht des Gewaltschutzzentrums sprechen sowohl general- als auch spezialpräventive Überlegungen für eine Anzeigepflicht. Diesbezüglich ist eine zu installierende enge Zusammenarbeit der Behörden, Gerichte, Staatsanwaltschaften, der Gewaltambulanz und der Opferschutzeinrichtungen zu begrüßen. Offener Brief des Netzwerkes der sexuellen Gewalt: Opfer von Gewalt müssen unbedingt vor wiederholter Gewalt und weiteren Traumatisierungen geschützt werden. Opferschutz ist demnach auch das vorrangigste Ziel des Strafrechtes. Mit einer unverzüglichen Anzeigepflicht würde aber besonders in Fällen, wo Kinder und Jugendliche, unterstrichen, Opfer von Gewalt sind, gerade das Gegenteil erreicht, nämlich Schutz des Täters. Diese Differenzierung wurde nicht zuletzt durch die jahrelange Arbeit und Erfahrung von Kinderschutzzentren, Interventionsstellen, Gewaltschutzzentren in anderen Opferschutzeinrichtungen erarbeitet und professionalisiert und so weiter und sofort.

Ich höre jetzt auf mit dieser Geschichte (*Applaus*), die rechtsradikale Partie da hinten einmal...

Empörte Zwischenrufe.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, bitte das zu korrigieren, das geht nicht.

GR. **Baumann**: Entschuldigung, rechten Parteien in diesem Hause, dass sie diesen Antrag, der wahrscheinlich auf Grund von Informationsdefiziten in der KPÖ entstanden worden ist, unterstützen. Der KPÖ muss ich sagen, informiert euch vorher, bevor ihr solche Anträge macht, das ist ärgerlich, redet mit den Leuten darüber, was ihr mit so einem Antrag anstellen könnte. Dankeschön, Wiederschaun (*Applaus Grüne*).

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr verdienstvoll, was du, Heinz, jetzt vorgelegt hast, weil ich glaube, das ist ein gutes Panorama, aber ich bin doch dafür, mit einigen Koryphäen in unseren Reihen, die qualifiziert sind, mute ich nicht zu, dass wir Expertinnen und Experten für alles und jedes hier sind, das schicke ich voraus und ich schicke zweitens voraus, nicht apriori, wenn FPÖ oder BZÖ einen Entschließungsantrag im Parlament einbringen, ist es von Haus aus schon schlecht und abzulehnen. Heute in der Früh war ein Beitrag in Ö1, wo es darum gegangen ist, dass medizinisches Personal besser geschult werden muss, um Verletzungen durch Gewalt zu erkennen und eben viele Verletzungen als Unfälle aufgenommen werden. Wir reden nämlich über Ängste, wir reden über Not, wir reden über Scham, wir reden von körperlicher Verletzung, über schwerste seelische Verletzungen. Man kann das wissenschaftlich abhandeln, man

kann es populistisch abhandeln, man kann es ganz nüchtern abhandeln, aber da geht es immer um menschliche Nöte sowohl für die betroffenen Kinder und Jugendlichen als auch für die betroffenen Eltern. Mit dem Dringlichen von dir, Christian, du mischt natürlich im Motivenbericht einiges miteinander zusammen. Das gebe ich schon zu, die CSI-Geschichte hat eigentlich in dem direkten Zusammenhang mit der Anzeigepflicht nicht direkt zu tun, sondern ist eine bessere Erkennung von Verletzungen durch Gewalt. Ist wirklich eine neue Möglichkeit seit dem 1. Oktober 2008, die am Boltzmann-Institut durch die klinisch-forensische Bildgebung gegeben ist. Ich gebe dem Heinz zu in seiner Auflistung, Heinz Baumann, ich habe mich natürlich auch erkundigt, aber mute mir nicht zu, sozusagen, ich wisse es und könne es besser. Dass sich Kinderschutz- und auch Frauenschutzeinrichtungen bei diesbezüglichen Diskussionen, so wie ich es auch mitbekommen habe, du weißt es auch Christian, eigentlich gegen eine Anzeigepflicht aussprechen, weil Betroffene sonst keine Hilfe in Anspruch nehmen, weil sie eigentlich befürchten müssen, dass sie dann sofort angezeigt werden. Ich bin der Ansicht, insgesamt sollten Betroffene nicht davon abgehalten werden, mit einem Kind zum Arzt, zur Ärztin zu gehen, weil sie befürchten müssen, dass angezeigt wird. Ich halte grundsätzlich medizinische Versorgung ohne Anzeige noch immer besser als keine medizinische Versorgung, ich meine das einmal als Grundvoraussetzung. Bin aber der Ansicht, dass es ein sehr schwieriger Zugang und ein sehr schwieriges Thema ist, weil es um menschliche Nöten und Ängste betrifft. Deswegen habe ich mir vorgenommen ein Angebot zu machen sowohl der KPÖ als auch jenen, die offensichtlich die Dringlichkeit jetzt ablehnen wollen, die beiden Fraktionen von ÖVP und Grünen, mit durchaus berechtigten Argumenten und durchaus richtiger Darstellung, wie die Opferschutzorganisationen, vor allem die Frauenschutz- und Kinderschutzorganisationen, darauf reagiert haben und reagieren. Ich habe einen Abänderungsantrag in Vorschlag zu bringen, weil ich meine, die im Motivenbericht genannte Neuregelung der ärztlichen Anzeigepflicht und ihre allfälligen Auswirkungen sind vorab in einer Sondersitzung des gemeinderätlichen Ausschusses für Kinder, Familien, Jugendliche unter Beiziehung von ExpertInnen der Jugendsozialarbeit des Amtes für Jugend und Familie sowie unter Einbindung externer Fachleute, Fachfrauen und Fachmännern aus einschlägigen Bereichen, Gewaltschutz und Gewaltprävention tätigen Institutionen und Organisationen zu analysieren. Es hilft mir nämlich nichts, eine Vorlesung, eine berechtigte Darstellung,

was du zugemailt bekommen hast und vielleicht zugefaxt bekommen hast, ich möchte gerne einen Sonderausschuss mit ExpertInnen...

Zwischenruf GRin. Binder und Rajakovics: Der Antrag steht.

GR. **Herper**: Ja, aber das meine ich jetzt im Konkreten mit dem Dringlichen noch einmal wiedergeben zu dürfen, eh folgend eurer Initiative und dass wir auf dieser Analyse, nämlich als Basis, bilden für eine entsprechende neuerliche Vorgehensweise in der Jännersitzung des Gemeinderates 2009, weil dann haben wir nämlich Fakten, Daten grundlegend gesichert und in einem Sonderausschuss auch die Vorgehensweise auf der Basis der heutigen Initialzündung Sikora auch die Vorgehensweise mit Expertinnen und Experten beraten. Das wäre mein Angebot, mein Kompromissangebot, um der Dringlichkeit die Zustimmung zu geben und in einem Abänderungsantrag dieser Vorgehensweise zuzustimmen, weil das eh in eurer Intention auch schon heute einmal gelegen ist. Und dieses Angebot mache ich gerne noch einmal (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Ich habe extra einen Moment abgewartet, um die Äußerung des Kollegen Baumann ein bisschen reflektieren zu lassen und ich frage mich, wie jemand der hier heute in dieser Gemeinderatssitzung anwesend ist, auch nur irgendjemanden in diesem Gemeinderat beschimpfen kann, ein Rechtsradikaler zu sein, wo wir hier heute in dieser Sitzung einstimmige Anträge verabschiedet haben, die zur Sanierung des jüdischen Friedhofes in Graz beigetragen haben, die auch eine Gedenktafel für den David Herzog als Rabbiner auch beschlossen haben, ich kann mir nicht vorstellen, dass einer, der hier mitgedacht hat und hier mitgearbeitet hat zu diesem Urteil kommen kann. Ich finde das äußerst unwürdig dem Gemeinderat gegenüber, ich sage das einmal als persönliche Note, ich finde das ein Zeichen der Diskriminierung, Intoleranz, es ist unglaublich, was sich da abgespielt

hat heute. Zum Thema an sich. Ich verfolge den Ansatz gemeinsam mit der freiheitlichen Fraktion, dass wir nicht nur sagen in Sonntagsreden, dass das Wohl des Kindes für uns an oberster Stelle geht. Das sind die Unschuldigen, die wir in unserer Gesellschaft haben, die entsprechend geschützt werden müssen, nicht nur vom Staat, sondern auch von den Maßnahmen, die die Politik macht. Und wir hier als Gemeinderat haben sehr wohl, und da unterstütze ich absolut den Kollegen Sikora und verwehre mich auch dagegen, dass seine Fraktion heute da in diesem Zusammenhang in Misskredit gebracht wird, dass wir nicht alles unternehmen, was in unserer Macht steht, auch in Richtung nach Wien, wie es heute schon mehrfach Thema war, dass wir einen Hilferuf nach Wien absenden, dass wir aufrufen, um zu sagen, nehmt euch gefälligst dieser Sache in unserem Sinne an, dass wir nicht unseren Teil dazu beitragen, weil das ist unsere Pflicht, die kann uns niemand abnehmen, auch nicht der Landtag oder der Herr Bundespräsident oder sonst irgendjemand, das ist unsere Pflicht, als gewählte Mandatäre auf solche Dinge aufmerksam zu machen. Und ich sehe es auch als besonderes Zeichen einer gesellschaftlichen Note, hier alles zu tun und auf alles aufmerksam zu machen, zu sagen, dass die Staatsdiener, die wir in unserem Land haben, diese Mitarbeiter, die dem Staat zur Verfügung stehen, alles in ihrem Tätigkeitsumfeld tun, in ihrem unmittelbaren, aber auch ihren mittelbaren, um Missstände, die es in unserem Lande gibt, vor allem Straftaten, entsprechend aufzuzeigen und nicht den Eindruck zu haben, wenn jetzt ein Polizeibeamter jemanden bei einem kriminellen Delikt aufgreift, sozusagen, na hoppla, wenn ich den aufgreife, dann werde ich womöglich einen schwarzen Punkt von meiner Dienststelle bekommen, ich werde womöglich, wenn ich drei schwarze Punkte habe, versetzt werden, das kann es nicht geben und es muss auch ein besonderer Appell sein an unsere Ärzte, an unsere Schwestern, an alle, die mit der Betreuung und Behandlung der Kinder betraut sind, hierauf aufmerksam zu machen, wenn es einen Verdacht gibt auf eine strafbare Handlung, dass man hier einschreitet und selbstverständlich eine Anzeige erstattet, dem nachzugehen ist und wenn diese Maßnahmen dazu beitragen und wenn diese Gesetzesinitiative erfolgreich ist und hier eine Verschärfung durchgeführt werden kann, dann ist es zum Wohle der Kinder, egal ob Sie jetzt sich darauf berufen, dass irgendwelche Experten dieser Meinung sind, das ist ein politische Postulat und das gilt es zu verfolgen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Zwischenruf GR. Baumann: *Sie haben echt keine Ahnung davon, wie Kinder geschützt werden müssen.*

Bgm. Mag. **Nagl:** Meine geschätzten Damen und Herren! In einem Punkt sind sich alle Gemeinderatsfraktionen einig. Niemand von uns möchte, dass Kindern in diesem Land Leid angetan wird, weder im Gewaltbereich, noch sexueller Missbrauch, noch alle anderen Formen, psychologisch etc. Und wenn die Menschen, die tagtäglich damit zu tun haben von der Ärztekammer, ich lese es gerne vor, ich bleibe bei der Überschrift, wenn der Österreichische Ärztekammerpräsident sagt, betroffene Kinder werden so noch mehr abgeschottet, verpflichtende Vorschuluntersuchungen sind gefordert, die Anzeigepflicht bei Kindesmissbrauch ist laut Ärzten kontraproduktiv, wenn alle Institutionen, die täglich damit arbeiten und leben müssen, und wie schwer das ist und was das für eine Gratwanderung ist, weiß jeder, der sich einmal nur annähernd wirklich drum bemüht hat, da hineinzuschauen. Es ist schlimm genug, was sich da alles abspielt bis zur Rücknahme dieser Anzeigen und, und, und. Wo dann auch Täter durchaus nicht weiter zu verfolgen sind. Alle Experten, die wir im Moment tagtäglich, die mit dieser Materie arbeiten und die wir befragt haben, sagen uns, dass dieser Weg, wie er jetzt von der KPÖ vorgeschlagen worden ist, nicht der richtige ist. Und ich bin mir sicher, Karl-Heinz Herper, du hast es vielleicht bei den vielen Anträgen heute so gar nicht mitbekommen, es ist ein gemeinsamer Antrag vom Herrn Gemeinderat Baumann eingebracht worden, dieser gemeinsame Antrag führt genau zu dem, was du als Abänderungsantrag jetzt auch vorgeschlagen hast, dass es nämlich eine Enquete zum Thema Opferschutz für Kinder geben soll, wo die zuständigen Abteilungen beauftragt werden, diese Enquete mit dem Thema Kindeswohl als oberstes Prinzip für bestmöglichen Opferschutz unter dem Aspekt der neuesten Prüfverfahren des Institutes für forensische Medizin zu veranstalten, zu der die in diesem Bereich tätigen MitarbeiterInnen der Vereine im Opferschutzbereich, die MitarbeiterInnen der zuständigen Stellen der Polizei, die VertreterInnen der Jugendwohlfahrtsorganisationen sowie zuständigen SprecherInnen der im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien eingeladen werden sollen. Wenn es darüber hinaus noch Personen von Gerichtsseite oder sonst wo erwünscht werden, werden wir die auch dazu einladen. Ich nehme nämlich an, dass auf Grund der

angekündigten Mehrheitsverhältnisse der Antrag nicht zur Abstimmung kommen wird und damit auch der Abänderungsantrag von dir dann nicht möglich sein wird. Aber es ist schon vorgesorgt durch den Antrag zuvor des Herrn Baumann, dass es dann nicht unter den Tisch fällt, dass also dieser hohe Gemeinderat sich mit allen Experten an den Tisch setzen wird, dann können wir eine gemeinsame Meinung uns noch einmal bilden, ich glaube, dass es nach einer solchen Expertenrunde durchaus da oder dort für den einen oder anderen neue Erkenntnisse geben wird.

GR. **Sikora:** Werte KollegInnen! Einerseits erfreulich, welche Emotionen da erregt werden, andererseits traurig, anscheinend ist an der ÖVP und den Grünen dieser Antragstext irgendwie vorbeigegangen, anscheinend habt ihr das nicht genau gelesen, um was es da eigentlich geht.

Zwischenruf GRin. Jahn: Anscheinend haben Sie sich nicht genau vorbereitet, so schaut es aus.

GR. **Sikora:** Lieber Heinz, zuerst einmal zu dir, du hast uns da richtigerweise Stellungnahmen vorgelesen, die auch ich kenne, also global, nicht so direkt wie du jetzt, aber das sind Stellungnahmen, die es schon gegeben hat und die auch wir seinerzeit mitgestimmt haben und wenn du diesen Antrag durchgelesen hättest, wärst du draufgekommen, dass wir fordern, dass die Prüfung stattfindet der neuen Erkenntnisse, die es seit 1. Oktober in Graz in der forensischen Station gibt. Nicht mehr und nicht weniger, und jetzt verstehe ich die Emotionen nicht, weiters hast du an und für sich mit deinem sehr guten Antrag heute bekundet, dass du eigentlich für unseren Antrag bist, weil im Endeffekt dein Antrag nichts Weiteres außer wie unser Antrag, der auch eine Prüfung fordert...

Zwischenruf GR. Baumann: Neuregelung der uneingeschränkten ärztlichen Anzeigepflicht...

GR. **Sikora:** Da ist auf alle Fälle was vorbeigegangen, weil wir nur die Prüfung der neuen Erkenntnisse, die es seit 1. Oktober gibt, fordern. Und wenn ein neues Projekt stattfindet, dann finde ich, ist es auch würdig, dieses zu prüfen und zwar von Experten prüfen zu lassen und nicht politisches Kleingeld hier kassieren zu wollen, das ist dem Kinderschutz nicht würdig (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Tag der offenen Tür

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Anlässlich des Staatsfeiertages luden die Hofburg, die Ministerien und das Parlament wieder zu einem "Tag der offenen Tür" ein, der von einer großen Anzahl an Besucherinnen und Besuchern mit Interesse angenommen wurde. In der Vergangenheit gab es Veranstaltungen dieser Art auch in der Landeshauptstadt Graz. Aus zahlreichen persönlichen Gesprächen konnte ich entnehmen, dass eine entsprechende Maßnahme bei der Grazer Bevölkerung großen Anklang finden würde. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es angebracht, dass sich die hohe Politik nicht in

einen Elfenbeinturm, Rathaus genannt, zurückzieht, sondern vertrauensbildende Maßnahmen setzt und auch räumliche Transparenz demonstriert.

Die Tore des Rathauses für die Grazerinnen und Grazer auch außerhalb der Arbeitszeiten zu öffnen, um der arbeitenden Bevölkerung einen Blick hinter die Kulissen zu ermöglichen, ist ein erstes Signal in diese Richtung.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, den Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl zu ersuchen, die Grazerinnen und Grazer am 26. 10. 2009 zu einem Tag der offenen Tür in die Räumlichkeiten des Rathauses einzuladen (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Bergmann** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Gemeinderat Korschelt! Wir sind grundsätzlich für diesen Antrag und finden es auch sehr wichtig, dass gerade am Nationalfeiertag so etwas gemacht wird in Graz. Aber für uns hat der Antragstext einen Schönheitsfehler, und zwar wir möchten ganz gerne, dass dieser Staatsfeiertag herausgenommen wird, denn es ist unser Nationalfeiertag und kein Staatsfeiertag (*Applaus KPÖ*). Also wenn das möglich ist, möchten wir natürlich diesem Antrag auch die Dringlichkeit zuordnen und wir möchten aber auch einen Abänderungsantrag einbringen dazu, ist das jetzt zur Dringlichkeit möglich, Herr Bürgermeister, und zwar der Antragstext lautet: „Der Gemeinderat wolle beschließen, den Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl zu ersuchen, die Grazerinnen und Grazer am 26. Oktober 2009 zu einem Tag der offenen Tür in die Räumlichkeiten des Rathauses einzuladen.“

Im Rahmen dieses Tages der offenen Tür soll auf den Anlass des Feiertages hingewiesen werden, und zwar den Beschluss des österreichischen Nationalrates vom 26. Oktober 1955 des Verfassungsgesetzes über die immer währende Neutralität Österreichs“ (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper:** (*Aufnahmegerät nicht eingeschaltet*). Zustimmung für Dringlichkeit und Abänderungsantrag.

GR. Dr. **Piffli-Percevic:** Die Volkspartei sieht keine Dringlichkeit.

Bgm. Mag. **Nagl:** Ich möchte vielleicht auch ganz gerne was dazu sagen, nachdem es mich betreffen soll. Es ist so, dass es in der Hofburg das ganze Jahr über nicht möglich ist, als Besucherin oder Besucher zu kommen. Ich verweise gerne darauf, dass wir jede Woche mehrere Führungen, nicht nur im Gemeinderat, sondern im Rathaus haben, sondern die Führungen bis in das Büro bei mir hineinführen. Wir haben von den Schülerinnen und Schülern bis zu den Senioren, bis zu Reisegruppen tagtäglich, wenn ich so sagen darf, ein offenes Haus und nicht einen Portier, der von Haus aus einmal sagt, haben Sie einen Termin, sonst kommen Sie da nicht weiter. Ich bin auch gerne gewillt, drüber nachzudenken, das auch noch zu verstärken, aber ein Problem habe ich schon damit, gerade am Nationalfeiertag, wenn man jetzt auch noch den nächsten Antrag haben, dass wir dann auch noch die militärische Leistungsschau auch noch beschließen wollen und, und, und, und auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dann an diesem Tag alle herinnen sein müssen, so repräsentativ wie die Hofburg sind die Räumlichkeiten des Grazer Rathauses ja nicht unbedingt. Ich bitte, auch einmal davon abzusehen, ob es unbedingt der 26. Oktober sein muss, aber wie gesagt, aus meiner Sicht ist jeden Tag Tag der offenen Tür bei uns, und es sind immer alle gerne eingeladen. Dringlich sehen wir es momentan als Fraktion halt nicht (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren! Man kann natürlich über jede Dringlichkeit diskutieren, aber ich darf den Herrn Bürgermeister doch ein wenig korrigieren, es ist ja nicht nur die Hofburg, es sind alle Ministerien, es sind alle öffentlichen Gebäude der Stadt Wien oder die in der Stadt Wien ansässigen

Bundesbehörden an dem Tag der offenen Tür. Es ist nicht so, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien an dem Tag habacht stehen müssen. Es ist nicht so, dass die Ministerien, die Hofburg, das Bundeskanzleramt unter der Woche sonst immer geschlossen haben, sondern die haben auch alle offen, die haben ihre Bürgerbüros, ihre Bürgerservicestellen, das sind Ansprechpartner wie auch das Grazer Rathaus, es geht einfach nur darum, dass man mit dem Tag der offenen Tür in die Repräsentationsräume auch einlädt. Der Bundespräsident tut es in seinem eigenen Büro, in dem er Kleinkinder auf seinem Sessel Platz nehmen lässt, für die das ein besonderes Erlebnis ist, auch für die Eltern, die die Kinder begleiten, empfängt persönlich den ganzen Tag, so wie die Minister, die Besucher am 26. Oktober, und ich halte eigentlich sehr viel davon, dass wir auch die Menschen in dieser Stadt am 400.000 Euro teuren Büro des Herrn Bürgermeister ein wenig mitpartizipieren lassen, damit sie sich das auch einmal anschauen können (*Applaus FPÖ und BZÖ*), das hat immerhin der Steuerzahler gezahlt, also warum soll er es sich nicht ein wenig anschauen und auf dem sündteuren Ledersessel einmal ein bisschen Platz nehmen können, also ich halte das für eine sehr gute Idee, das BZÖ wird es unterstützen. Es ist Bürgernähe, es werden zur Abwicklung des offenen Tages 42 Mitarbeiter der Regierungsbüros ausreichen und der Stadtsenatsbüros, sie haben im Jahr 2007 dafür 1,8 Millionen Euro bekommen, das geht aus unserer Anfrage mit den Personalkosten hervor, unfassbare 1,8 Millionen Euro, kein einziger Beamter, kein einziger Feuerwehrmann der Stadt Graz, den wir dazu brauchen, schlichtweg die 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, besser genannt auch Politoffiziere der Politbüros und die laden in die Stadtratsbüros und ins Rathaus in den repräsentativen Raum des Gemeinderatssitzungssaales, in den Stadtsenatssitzungssaal, das Baumkircherzimmer und dann passt das und man legt einen roten Teppich aus, schmückt ein wenig Blumen und der Herr Bürgermeister hat die Gelegenheit, den ganzen Tag über den Menschen, die auch ihn einmal sehen wollen, die Hand zu schütteln. Ich glaube, da spricht nichts gegen die Dringlichkeit, also wird auch die ÖVP zustimmen, denn sie sagt ja immer, sie ist bürgernahe. Ich danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, jetzt wo du es mir so schmackhaft gemacht hast, denke ich drüber nach, das mit dem Teppich jeden Tag zu machen. Es ist nur nicht sonderlich dringlich und aus diesem Grund bleiben wir bei der Haltung, dass es nicht dringlich ist. Was wir alles zusammenbringen, werdet ihr dann noch sehen.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, zuerst zum KPÖ-Antrag. Wir können natürlich mitgehen, es ist von unserer Seite nichts einzuwenden, wenn sie das gerne haben wollen, den Tag der Neutralität zu feiern. Sie haben bei mir einen glühenden Befürworter der Neutralität, auch wenn ich Milizsoldat bin, deswegen bin ich trotzdem Befürworter der Neutralität. Also wie gesagt, wir würden mit dem gerne mitgehen, ich weiß nicht, die Grünen haben sich leider noch verschwiegen, aber ich weiß natürlich, wie das Abstimmungsergebnis ausgehen wird, aber wahrscheinlich wird es nicht sein, dass wir zu einem Abänderungsantrag kommen, dann zum Herrn Bürgermeister. Ich stoße mich auch nicht am Termin 26. Oktober, wenn Sie, so wie seinerzeit der Kaiser an Ihrem Geburtstag das öffnen wollen, dann soll mir (*Applaus FPÖ*)... Ich weiß nicht, wann Sie Geburtstag haben, ich werde selbstverständlich nachschauen, aber soll mir auch recht sein, kein Problem, und das andere würde ich Sie einmal bitten, Herr Bürgermeister, vielleicht können wir gemeinsam einmal nach Wien fahren, uns das anschauen, das schaut schon ein bisschen anders aus, das ist nicht nur so, dass es da in der Hofburg, und wie der Kollege Grosz das gesagt hat, dass ist nicht nur so, dass da ein paar Leute reingehen und die Hand schütteln, sondern da passiert etwas und das kann man ruhig, also ich verschließe mich ja nicht, wenn Sie auch oder Ihre Fraktion auch einen Zusatzantrag oder Abänderungsantrag... Ich bin auch gerne bereit, dass man sagt, man nimmt noch den Wirtschaftshof dazu, man sollte einmal den Bürgern einmal zeigen, was kann eigentlich die Stadt, was leistet die Stadtverwaltung, also das stelle ich mir vor, das wäre ja nur der Anfang gewesen. Also wenn man es mehr ausdehnt, sollte nicht nur sein, dass Sie dort stehen und den ganzen Tag die Hand schütteln müssen, also das würde ich Ihnen nicht abverlangen, deswegen tut es mir leid. Ich nehme an, Sie haben ein bisschen Angst vor den Bürgern, interessanterweise hat der Bürgermeister Angst vor den Bürgern, das muss ich aus dem schlussfolgern. Mir tut es leid, wieder eine Chance vergeben, positiv dem Bürger zu zeigen, was wir hier im Rathaus

machen und Kollege Grosz hat das eh gesagt, es gäbe genug Mitarbeiter, man könnte vielleicht sogar einmal fragen, ist jemand freiwillig bereit, das zu machen. Also ich glaube, 56 Gemeinderäte wären schon einmal bereit, da durchs Rathaus zu führen am 26. Oktober oder Ihren Geburtstag, können wir natürlich auch, Bürgermeistergeburtstag, können wir auch gerne machen, soll kein Problem sein. Also, an den Personen wird es sicher nicht mangeln und bis dahin gibt es natürlich, Kollege Hohensinner wird mir da zustimmen, bis dahin gibt es eine freiwillige Feuerwehr auch. Die gibt es sicher bis zum 26. Oktober, gibt es auch wieder Mitglieder, die gerne bereitstehen. Also, ich glaube, an Personal und Mitarbeitern wird es sicher nicht mangeln, sondern es mangelt Ihnen halt einfach an dem Willen, mit dem Bürger Kontakt aufzunehmen (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Mir ist eines ganz, ganz wichtig und das möchten wir eigentlich auch als Fraktion hier zum Ausdruck bringen. Ich werde keinen Abänderungsantrag für den 18. April stellen, wo mein Geburtstag ist, oder den 22. August, wo mein Namenstag ist, ich habe auch keinerlei Berührungängste mit Bürgerinnen und Bürgern, weil ich glaube, die meisten Berührungen, wenn ich so sagen darf, Kontakte tagtäglich mit allen Menschen in dieser Stadt zu haben. Eines ist mir aber wichtig, wir haben hier Instrumente im Grazer Gemeinderat, die auch zum Ausdruck bringen sollen in einer gewissen Hierarchie, was wichtig ist und was besonders wichtig ist, und ich wiederhole das jetzt da noch einmal und bitte dann alle Lächerlichkeiten wieder einmal wegzutun, weil da meine ich es wirklich ernst. Das Instrumentarium des dringlichen Antrages ist nicht irgendwas, was einem gerade einfällt. So etwas kann man jederzeit mit einer Anfrage, jederzeit mit einem Antrag auch erledigen. Selbstverständlich tue ich solche Dinge gerne, aber wir wollen einfach einmal sagen, bitte benutzen wir doch nicht den dringlichen Antrag, und jetzt haben wir 20 Stück heute davon, für das, was in einem Jahr ist. Dringlich heißt, wenn es jetzt, und ich bitte das wirklich einmal nachzulesen, wenn es jetzt wirklich brennt für die Grazerinnen und Grazer, dann sollten wir drüber diskutieren, bevor wir zu den Stücken kommen und es ist halt jetzt wieder einmal halb acht, wir haben, glaube ich, sieben oder acht dringliche Anträge vor uns, die Gemeinderatsstücke diskutieren wir eh nimmer, die haben wir eh schon wieder

zusammengefasst und um das geht es mir heute. Und das ist nicht, dass wir da ein Problem damit hätten, einen offenen Tag zu veranstalten, das werden wir wahrscheinlich sogar machen, ich sage es Ihnen von mir aus auch gleich jetzt zu, aber ich sage noch einmal, hören wir auf, das alles für dringlich zu erklären. Sie leiden selber drunter, die Journalistinnen und Journalisten glänzen in dieser Gemeinderatssitzung durch Abwesenheit und zwar seit 12 Uhr. Da ist ab und zu einer hereingekommen (*Applaus ÖVP*), es werden die meisten Themen überhaupt nicht wieder vorkommen. Wir tun der Politik, vor allem der Stadtpolitik, nichts Gutes, ich traue mich fast wetten, wenn wir morgen die Zeitungen aufschlagen werden, wird eher wieder drinnen stehen, dass sich der Gemeinderat mit Petition und mit anderen Dingen, für die er gar nicht zuständig ist, wieder beschäftigt hat, und um das geht es mir, Mag. Korschelt. Sie wissen, ich schätze Sie, es ist eine gute Idee und ein guter Vorschlag, aber das muss da auf einem anderen Wege möglich sein als auf dringlichen Anträgen, das ist eigentlich nur meine Antwort jetzt auf die Herausforderung, weil Sie gesagt haben, nicht bürgernah oder Geburtstag und Kaisers Geburtstag, Elfenbeinturm, alles was da drinnen steht. Das Rathaus ist, Gott sei Dank, kein Elfenbeinturm. Wir machen Leistungsschauen von den Wirtschaftsbetrieben über die Gärtnerei, von der Feuerwehr und, und, und. Unsere Ämter usw. sind wirklich offen, sind da, Gott sei Dank auch das Rathaus, auch mein Büro, ich habe überhaupt kein Problem, meine Stoffsesseln herzuzeigen, ich habe überhaupt kein Problem, dir einmal die Fotos zu zeigen, wie viele Kinder auf dem Sessel des Bürgermeisters hier im Gemeinderat wöchentlich Platz nehmen oder auch auf meinem Schreibtisch drinnen. Ich lebe das, was hier Inhalt dessen ist, was Sie hier beantragt haben. Deswegen noch einmal, wir gehen nur mit der Dringlichkeit nicht mit, weil wir heute ein paar Mal aufzeigen wollen, auch als ÖVP, dass nicht alles so dringlich ist, dass man das Instrumentarium benutzen sollte (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Militärleistungsschau

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Leider wieder ein dringlicher Antrag, tut mir natürlich leid, weil ich ja auch lernfähig bin. Wie Adenauer gesagt hat, nichts hindert mich, täglich klüger zu werden oder sogar minütlich klüger zu werden dann. Vielleicht passt der Herr Bürgermeister einmal auf, der Kollege Frölich... Fallt es Ihnen schon auf, dass ich nicht red oder?

Bgm. Mag. **Nagl**: O ja.

Mag. **Korschelt**. Es geht darum, weil Sie mich früher direkt angesprochen haben, deswegen würde ich auch bitten, wenn Sie jetzt vielleicht ein paar Minuten Ihrer Aufmerksamkeit widmen können. Es geht ja darum um die Dringlichkeit dann, ich will jetzt niemandem nähertreten im Magistrat, geschweige irgendeinem Beamten usw., aber Herr Bürgermeister, Sie wissen, ich schätze Sie auch sehr, ich bin jetzt immerhin so fünfeinhalb Jahr herinnen dann und es hat sehr viele von mir schon dringliche Anträge gegeben, Anträge usw., die im Bermuda-Dreieck irgendwo verschwunden sind und ich habe nie mehr wieder was gehört. Das kommt dann einmal vielleicht, wenn man... Nicht alle, aber immer öfter dann, kann man sagen und da kommt vielleicht einmal, drei oder vier Monate, kommt einmal, wenn überhaupt, eine Beantwortung, also man müsste sich einmal die Mühe machen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), einmal zu schauen, was wir an Anträgen gestellt haben und was da eigentlich gekommen ist. Deswegen die Dringlichkeit, weil der 26. Oktober 2009 kommt halt einmal bald wieder. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich will es an sich jetzt kurz machen, weil auch hier könnte man wieder sagen, es kennen wahrscheinlich viele den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ und genau in diesem Fall, wenn Sie sich erinnern können, ich habe einen ähnlichen Antrag schon einmal gestellt und der ist leider, wie gesagt, auch wieder

einmal dort im Bermuda-Dreieck verschwunden, deshalb habe ich mir erlaubt, wieder den Antrag zu stellen, nachdem ich, wie gesagt, auch mir erlaubt habe, in Wien zu sein und diese Militärleistungsschau am Heldenplatz anzuschauen und mit mir noch 699.999 andere Personen, weil im Ganzen waren es 700.000 Bürger draußen und ich komme schon zum Thema eigentlich dann. Es geht darum, dass wir ersuchen würden, dass eben der Bürgermeister beziehungsweise der Gemeinderat dann eben die Möglichkeit findet, auch so eine Leistungsschau des Militärs nach Graz zu verlegen, weil es darum geht, es ist ja nicht nur, dass da irgendjemand Krieg spielen will, sondern es ist ja auch ein nicht zu vernachlässigender Wirtschaftsfaktor, weil immerhin in Wien waren 700.000 Leute in der Stadt dann, sprich: 700.000 Leute haben was gegessen, haben was getrunken, also ist von dieser Seite auch nicht zu vernachlässigen.

Deshalb stelle ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass Herr Bürgermeister Mag. Nagl ersucht wird, mit den verantwortlichen Entscheidungsträgern des österreichischen Bundesheeres umgehend Kontakt aufzunehmen und diese einzuladen, am 26. Oktober 2009 in Graz eine Militärleistungsschau abzuhalten, unter besonderer Berücksichtigung der friedenserhaltenden Maßnahmen des Bundesheeres wie zum Beispiel die UNO-Einsätze (*Applaus FPÖ*).

GR. **Schneider** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben vielleicht schon bemerkt, wir Grüne sind uns nicht immer einig, auch bei der Rolle des Militärs in der heutigen Zeit führen wir Diskussionen, wobei tausende Grundwehrdiener jedes Jahr nur wegen dem Populismus von einzelnen Politikern, aus einer Region dort aufzustellen und die Grenze zu sichern, obwohl das nicht mehr nötig ist, da sind wir uns einig, dass das nicht das Wahre ist. Ganz besonders einig sind wir Grüne uns darin im Eintreten für eine radikale Friedenspolitik und insofern sehen wir inhaltlich, müssen wir davon absehen, das inhaltlich zu unterstützen, dass

Militärgerät am Hauptplatz aufgestellt wird. Ich denke nämlich nicht, dass das Bundesheer nur mit den Gerätschaften anrückt, mit denen es zum Beispiel, was sehr loblich ist, Katastrophenschutzinsätze abwickelt. Wir werden auch der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil dringlich wäre es wahrscheinlich so am 10. oder 20. Oktober, aber nicht jetzt im November. Gut vorstellen kann ich persönlich mir, wenn das Bundesheer irgendwann eine kleine Leistungsschau in ihren sehr großflächigen Kasernen in Graz abhält, dass ich dann auch vorbeischaue, aber am Hauptplatz wünschen wir uns andere Veranstaltungen (*Applaus Grüne*).

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe größte Sympathie und bin ja ein Anhänger seit vielen, vielen Jahren der Friedensbewegung und das ist für mich kein Problem, beides auf einen Nenner bringen zu können. Warum sage ich das? Als Vizepräsident der steirischen Gesellschaft für Landesverteidigung und Zivilschutz, und ich lege Wert auf das zweite Wort Zivilschutz, ist ja das Bundesheer die größte Katastrophenschutzeinrichtung dieses Landes seit Jahrzehnten. Wenn Not an der Frau, am Mann ist, wenn es in Dörfern Katastrophen gibt, wenn im Winter und Sommer von Überschwemmungen bis Winterkatastrophen, wer rückt dann aus, es sind natürlich die Soldatinnen und Soldaten des Bundesheeres in erstrangiger Weise, die helfend, oder bei Sturmschäden, also ich sehe das sozusagen als eine Schau der größten Katastrophenschutzeinrichtung des Landes, die schon viele Menschenleben retten oder sichern konnte und die viele wirtschaftliche Einrichtungen absichern konnte und die wieder Infrastruktur instand setzen konnte. Ich bin sehr froh, dass über Initiative von Peter Piffel auch die Begrifflichkeit friedenserhaltende Maßnahmen gekommen ist, ich habe das selber gesehen, Mitte der 90er-Jahre, als ich in Vertretung der Stadt in Sarajewo war, wie wichtig es ist, friedenserhaltende Maßnahmen zu setzen. Und ich war auch schon zurzeit, als das Bundesheer im UNO-Auftrag in Zypern im Einsatz war, und habe mir das vor Ort angesehen. Man muss das wirklich sagen, das Bundesheer hat friedenserhaltende Maßnahmen im UNO-Auftrag, ich rede im UNO-Auftrag und nicht irgendwie bei irgendeiner Militärorganisation. Im UNO-Einsatz und für menschenrettende Weise sowohl auf Zypern, auf den Golan-Höhen, als auch im Kosovo und in Bosnien geleistet und wird es auch weiterhin leisten und diese

friedenserhaltenden Maßnahmen sind wertzuschätzen. Vielleicht vergessen einige von euch, dass das Bundesheer Friedensnobelpreisträger ist, weil die UNO ausgezeichnet wurde für die UNO-Friedensmissionen und es ist wichtig, in Konfliktzonen Friedensmissionen einzurichten und Menschen zu schützen und Leben zu retten. Und aus diesem Grunde bin ich dafür, dass es eine solche Schau geben möge und bin auch namens meiner Fraktion für Dringlichkeit und Inhalt. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Für die ÖVP-Fraktion darf ich gleich anmerken, zurzeit befinden sich ungefähr 1.500 Soldatinnen und Soldaten aus Österreich wieder im Ausland, um bei solchen friedenssichernden Maßnahmen dabei zu sein. Ich habe vergangene Woche erstmals erfahren, wie viele Soldatinnen und Soldaten, bei dieser Friedensmission allein aus der Europäischen Union im Moment im Ausland sind. Es sind sage und schreibe über 100.000 Soldatinnen und Soldaten die weltweit mittlerweile Dienst tun, also auch etwas, was die Europäische Union zurzeit schon sehr stark in Angriff genommen hat, hier mitzuhelfen für eine bessere Welt. Ich glaube, dass es schön wäre, wenn in der wichtigsten Garnisonsstadt Österreichs, und das sind wir, weil wir hier auch immerhin die 80 % des Österreichischen Bundesheeres von hier aus befehligen, wir sind nicht nur das alte Kommando für internationale Einsätze, sondern wir sind zur Zeit der Streitkräfte oder wir beherbergen das Streitkräfteführungskommando und deswegen unterstützen wir sowohl die Dringlichkeit als auch den Inhalt und ich würde mich sehr freuen, wenn das Österreichische Bundesheer auch den Grazerinnen und Grazern zeigt, was sie im Ernstfall für uns tun, was sie aber auch tagtäglich für andere Menschen auf dieser Welt tun.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Mag. **Korschelt**: Danke vielmals, ich möchte nur ein paar Sachen richtigstellen, einmal zum Kollegen Schneider. Erstens einmal Kollege, ich bitte Sie, den Antrag zu lesen, da steht überhaupt kein Wort vom Hauptplatz drinnen, steht drinnen im Grazer Stadtgebiet, also das ist mir an sich klar, dass der Hauptplatz wahrscheinlich für eine ordentliche Leistungsschau des Bundesheeres viel zu klein ist, das einmal zum Ersten. Dann zum Zweiten etwas, weil immer wieder so ein bisschen herumgeeiert wird, friedenserhaltende Maßnahmen und diese ganzen Sachen dann, ich würde Sie einmal bitten, schauen Sie einmal die österreichische Bundesverfassung an, schauen Sie das österreichische Wehrgesetz an, da steht eindeutig drinnen, es handelt sich hier bei dem Bundesheer um kein irgendwelches aggressives Heer, das österreichische Bundesheer und wie gesagt, da ist die KPÖ auch immer ein großer Verfechter, ist zum Schutz der österreichischen Neutralität da und dieser Schutz kann eben nur gemacht werden, indem eben ein Frieden verteidigt wird dann und auch dann, wie gesagt, das ist ein bisschen naiv, ich weiß nicht, wahrscheinlich waren Sie nie beim Heer, nehme ich sicher an, dass Sie nicht beim Heer waren, ich würde mich sehr täuschen dann, aber Sie waren sicher nicht beim Heer und friedenserhaltende Maßnahmen, das ist so ein klassisches Wort und das tut man sich halt so ein bisschen rumjonglieren, nur dann schauen Sie an bitte einmal jetzt die friedenserhaltenden Maßnahmen im Kongo und im Tschad, diese friedenserhaltenden Maßnahmen sind nun einmal im Bereich, das eben möglich ist, dass man eine Waffe mitnimmt, dass ich ein Gewehr habe, dass jemand eine Pistole mitnimmt, weil ich möchte nicht die Kameraden, die im Tschad unten sind und die zur Zeit am Kongo sind oder auch von anderen Einheiten eben im Kongo, die möchte ich nicht nur unbedingt hinunterschicken mit einer Wasserflasche und ein paar Pflaster. Da würde ich keine Freude haben; also ich glaube, man sollte die Kirche im Dorf lassen und da der Herr Altvorsitzende der Offiziersgesellschaft, der Kollege Piffli-Percevic, den muss es ja auch immer reißen jetzt, wenn du es so hörst immer diesen Eiertanz, ja friedenserhaltende Maßnahmen usw. Nur, lieber Kamerad, kann ich in dem Fall sagen, Piffli-Percevic, du hast auch den Eid auf das Militär beziehungsweise auf die Verfassung abgelegt, so wie wir alle gestanden sind, bist du wahrscheinlich auch da gestanden, auch wenn das dem Kollegen von den Grünen natürlich weh tut, nur ich finde da gar nichts dabei, nur grundsätzlich ist einmal die Aufgabe des Heeres, die österreichische Neutralität, das Gebiet Österreich, das Staatsgebiet zu verteidigen und das ist einmal die größte Friedensaufgabe, weil wir haben das Militär

dafür, es steht in keinem einzigen Dokument, es gibt kein einziges Gesetz, wo drinnen steht, das österreichische Bundesheer ist ein aggressives Militär oder soll aggressiv sein, es steht sogar sehr genau drinnen, man darf ja gar nicht das Bundesgebiet verlassen, es sei denn, man ist im internationalen Auftrag oder man ist im Auftrag von anderen Organisationen, aber dass wir den großen aggressiven Krieg gegen Slowenien, oder ich weiß nicht wo, wir jetzt führen werden, das ist überhaupt nicht der Fall, das geht rein darum, dass es das österreichische Bundesheer gibt, dass die Neutralität und die Souveränität Österreichs zu verteidigen hat und das ist einmal so. Und Kollege oder Kamerad Piffl-Percevic, das ist einmal mit der Waffe in der Hand, das ist nicht mit der Wasserflasche und auch nicht mit dem Pflaster in der Hand, sondern das ist eindeutig mit der Waffe in der Hand, da brauchen wir gar nicht herumeiern. Ich habe nichts dagegen, wenn jetzt UNO-Soldaten, Blauhelme, die kommen eh alle dann, aber die primäre Aufgabe des Bundesheeres ist einmal die Verteidigung der Republik, die Verteidigung der Grenzen und die Verteidigung der Neutralität. Das möchte ich dazu noch gesagt haben, dass das bitte auch du, wie gesagt, dir brauche ich es nicht sagen, aber wie gesagt, du musst halt scheinbar um den Koalitionsfrieden zu retten, musst du halt auch, unter Führungszeichen, ein bisschen „Kreide fressen“, aber sonst muss ich halt sagen, wundert es mich, dass du da immer wieder auftauchst bei Paraden usw., da muss es dich ja immer schütteln dann, lieber Kamerad (*Applaus FPÖ*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Tut es aber nicht.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 19.40 Uhr den Vorsitz.

14) Preiswerte Elektrofahrzeuge für Graz

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Gemeinderat, ich begrüße auch die Stadträtin Edlinger wieder. Wir haben jetzt hier ein Grazer Thema, Herr Bürgermeister, und zwar geht es um, grüß Gott, Frau Vizebürgermeisterin, wieder, sehr schön, dass Sie da sind, wo es jetzt um das Thema der Elektrofahrzeuge geht und zwar preiswerte, Entwicklung preiswerter Elektrofahrzeuge für Graz. Sie wissen, die Szenerie, die sich insgesamt weltweit um die Automobilindustrie abspielt, nicht nur in Amerika, sondern auch in Deutschland und auch in den zahlreichen Zulieferbetrieben in Österreich, dass Aufträge zurückgehen, dass wochenlange Weihnachtsurlaube gefahren werden in den Fabriken, um die angespannte Nachfrage etwas zurückzunehmen. Umso wichtiger ist es, fortschrittliche Entwicklungen einzuleiten, zu unterstützen, auf den richtigen Weg zu bringen, die uns auch weiterhin bei weniger zur Verfügung stehenden Rohstoffen aus dem Erdölbereich die Möglichkeit schaffen, den Individualverkehr zu erhalten. Das ist ganz wichtig, den Individualverkehr auch weiterhin möglich zu machen und auf eine Basis zu stellen, die eine ökologische und umweltverträgliche Energieform zur Voraussetzung hat. Die Elektrofahrzeuge stellen diese Konzeption für die Zukunft dar und es war sehr gut und richtig, dass innerhalb der Grazer Stadtregierung die Entscheidung einstimmig gefallen ist, sich an einem entsprechenden Projekt zum Thema Elektromobilität zu beteiligen, das beim Klima- und Energiefonds der Österreichischen Bundesregierung eingereicht worden ist.

Diese beinhaltet eine Initialzündung zur Entwicklung von Elektrofahrzeugen sowohl für den gewerblichen als auch für den privaten Gebrauch. Es gilt hier, neue Mobilitätskonzepte zu entwickeln, abseits beziehungsweise unter Einbindung natürlich auch des öffentlichen Verkehrs gedanklich. Voraussetzung ist, ein nachhaltiges Energiesystem zu konzipieren, das eine deutliche Verbesserung der CO²-Situation ermöglicht. Gleichzeitig soll auch, liebe Kollegen, auch von der ÖVP, die wirtschaftspolitische Technologiekompetenz der heimischen Betriebe unterstützt und gefördert werden, weil das sind gerade jene Betriebe, auf die wir große Hoffnungen setzen für die Zukunft, dass sie nicht nur technologisch vorne sind,

sondern auch für unsere Bürger in Graz, im Umland, in der Steiermark auch die entsprechenden Arbeitsplätze schaffen mögen.

Die Stadt Graz hat jedoch etwas bisher noch nicht ausreichend getan, nämlich eine inhaltlich eigene Position bezogen in der gegründeten ARGE Elektromobilität, um hier die eigenen Ziele, Inhalte, die wir in Graz eigentlich verfolgt haben, entsprechend einzubinden. Es gilt hier, die wirtschaftlich und ökologisch herausragende Bedeutung dieses Vorhabens aus der Grazer Sicht nämlich entsprechend darzustellen und ins Treffen zu führen. Die Mitwirkung der Stadt Graz in Sachen Elektromobilität stellt für uns Freiheitliche, für die FPÖ, eine sehr zu unterstützende Maßnahme dar. Diese ist auch dann nützlich, wenn nicht nur die Wissenschaft mit diesem Projekt gefördert wird, sondern auch die entsprechenden Machbarkeit ausgelotet wird, um hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Kreativität und Budgetmöglichkeiten, nämlich der Nutzer, der Grazerinnen und Grazer, die Möglichkeit zu schaffen, dass diese auch auf diese Elektrofahrzeuge zurückgreifen und ihren Lebensgewohnheiten gerecht werden. Wir haben daher einen dringlichen Antrag formuliert, der dahin geht, die entsprechenden Vertreter der Stadt Graz in dieser ARGE die Inhalte zu vermitteln und darzulegen, die sie in dieser ARGE zu vertreten haben.

Namens der FPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass die in die ARGE „Elektromobilität“ seitens der Stadt Graz zu entsendenden Vertreter nachfolgende inhaltliche Weisung zu befolgen haben:

Die Anwendbarkeit der anzustrebenden Entwicklungen für den Siedlungsraum der Stadt Graz des Großraumes Graz, wir wissen, das sind rund 400.000 Einwohner, ist sicherzustellen in der Weise, dass die zu entwickelnden Lösungen beziehungsweise die daraus abgeleiteten Elektrofahrzeuge den realen Bedürfnissen der Grazerinnen und Grazer gerecht werden. Hierzu ist eine preiswerte, das heißt: leistbare, Platzierung im unteren beziehungsweise im untersten Preissegment sicherzustellen. Wir haben also nichts davon, wenn große Autos umgerüstet werden auf

Elektrofahrzeuge und daher der Nutzen geringer ausfällt beziehungsweise die Autos dann so teuer sein werden, dass die meisten sich diesen Individualverkehr, diese Mobilität, die individuelle Mobilität gar nicht leisten können. Wir möchten die Produkte auch deswegen preiswert haben, damit auch sozial Schwächere in unserer Gesellschaft und unserem Gemeinwesen diese Elektroautos benützen können, dass sie finanzieren können und ebenfalls für diese ein hoher individueller Mobilitätsgrad weiterhin sichergestellt werden kann.

Bei der Lösungsfindung ist in Bedacht zu nehmen auf die Möglichkeit der Wertschöpfung regional in Graz und in der Steiermark sowohl im Bereich der Forschung und Entwicklung wie bei der späteren Fertigung. Dieses Ziel ist bereits vorab, nämlich gleich am Anfang dieses Projektes, entsprechend ins Treffen zu führen, in den Mittelpunkt zu setzen, damit die Reise in die richtige Richtung geht.

Wir möchten auch, dass neben einer Kaufoption für die Kunden der Elektrofahrzeuge auch andere Varianten mitbedacht werden, zum Beispiel die Mietform aber auch die Form von Car-Sharing-Modellen, wobei wir durchaus den Lösungsansatz verfolgen könnten, dass wir hier Zwischenproduktion, Fertigung und Betrieb dieser Car-Sharing-Modelle einer Trennung zuführen können, dass das unterschiedliche Gesellschaften wären.

Angesichts der in Graz beobachtbaren Situation, dass die Besetzung der Personenkraftwägen, nämlich oftmals nur mit einer oder zwei Personen, zu einem erheblichen Teil gegeben ist, ersuchen wir auch die Vertreter der Stadt Graz und die ARGE, dass Zweisitzer mit genügendem Gepäckraum entwickelt werden, zumindest parallel dazu mit einer größeren Variante, die auch angedacht werden könnte, aber nicht prioritär.

Die Positionen 1 bis 4 genannten Weisung sind den Vertretern der Stadt Graz in der ARGE „Elektromobilität“ nachhaltig dort einzubringen und nach Zuerkennung der beantragten Forschungsprojekte „unverwässert“ zu verfolgen. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

StRin. Mag.^a Fluch übernimmt um 19.55 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stvin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Herr Mag. Mariacher, es gibt zwei Anlässe, warum die Dringlichkeit und dem Inhalt aus der Sicht unserer Fraktion nicht zugestimmt werden kann. Zuerst würde mich interessieren, wie es zu den Aussagen, die von Ihnen getätigt werden im Motivenbericht, kommt, dass ersten die Stadt in diesem Projekt keine eigene Position bezogen hat und zweitens faktisch in beliebiger Art und Weise teilnimmt. Ich habe keinen Anruf von Ihnen vernommen, weder bei uns noch im Umweltamt, wo seit 4. Juni, genau genommen, im Bereich des Umweltamtes, auch im Bereich meines Büros mit vielen Stunden und auch viel Konzeptarbeit intensivst an dem Projekt gearbeitet wird und die Stadt eine wesentliche Rolle daran gehabt hat, dass dieses Projekt überhaupt jetzt einmal aufgesetzt wurde, also ich verstehe nicht, wie diese Aussagen zustande kommen. Wenn Sie mir das dann bitte erklären könnten. Der zweite Punkt ist, dass viele der Anmerkungen, die Sie in Ihrem Antrag formulieren, sowieso verfolgt werden und dass Sie gerne eingeladen werden, wenn wir den Zuschlag bekommen beim Klimafonds, werden wir das Projekt ja auch über den zuständigen Ausschuss begleiten, sich dann die näheren Informationen zu holen, derzeit hat das ja noch nicht ausgereicht, die Informationen sich zu besorgen, die wären da gewesen, kiloweise Papier, das auch von Seiten der Stadt dazu erstellt wurde, also ich sehe nicht die Dringlichkeit und wir sehen auch nicht den Inhalt.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 19.57 Uhr den Vorsitz.

GR. **Herper**: Liebe Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen, werte Kollegen, lieber Gerhard Mariacher! Also, ich muss auch nicht mit allem übereinstimmen, was in dem Motivenbericht drinnen steht, ich sage nur, die Sache an sich ist wichtig und notwendig. 80 % des von dir Vorgetragenen sind eher Selbstverständlichkeit, sind

auch eine Selbstverständlichkeit in dieser Stadt. Im Gemeindeumweltausschuss ist auch notwendige Ausgangslage des von der Umweltreferentin Lisa Rücker eingeschlagenen Weges. Ich bin aber trotzdem der Ansicht, nachdem ja ein Ansuchen gestellt wurde seitens der Stadt an den Klimaenergiefonds und bisher keine Förderungszusage vorrätig ist für die angeführten Maßnahmen, über die man noch trefflich streiten kann, bin ich der Ansicht, dass wir der Dringlichkeit die Zustimmung geben werden, weil einfach nur zu unterstützen, wie wichtig nämlich Ansuchen um eine Förderung aus dem Klima- und Energiefonds sind. Ich wollte nur, nicht ironisch, aber durchaus anmerken, was die Markteinführung spezieller Elektroautos betrifft, du hast da geschrieben, Ein- oder Zweisitzer mit großem Gepäckraum etc., etc. Ich zweifle sehr, ob das von der Stadt Graz beeinflussbar ist, ob das machbar ist. Also, bei aller Wertschätzung, also ich glaube nicht, dass VW bei der Grazer Stadtregierung anfragen wird oder bei uns im Gemeinderat, welche Elektroautos für die Stadt Graz zweckmäßig sind und dementsprechend ihre Produktionspalette erweitern wird. Da wage ich den Einwand, euer Ehren, das wird sich nicht spielen, aber wir geben trotzdem der Dringlichkeit die Zustimmung, um einfach dem Ansuchen, dem Antrag beim Klima- und Energiefonds Nachdruck zu verleihen. Danke.

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Kollege Mariacher! Zunächst einmal möchte ich mich vollinhaltlich anschließen, es ist auch unsere Position bei der Abstimmung, die die Frau Bürgermeisterstellvertreterin vertreten hat, die Diskussion um dieses Projekt läuft jetzt schon sehr lange und sehr intensiv. Das Umweltamt und die Verkehrsplanung, insgesamt die Ämter der Lisa Rücker, sind da intensiv eingebunden. Es ist vollkommen richtig, es gibt hier unzähliges Informationsmaterial, das du dir gerne anschauen kannst. Insofern besteht überhaupt keine Dringlichkeit für diesen Antrag. Im Inhalt möchte ich mich auch noch anschließen an das, was Klubobmann Herper gesagt hat, natürlich wird der Einfluss der Stadt Graz auf eine konkrete Ausgestaltung der Fahrzeuge an sich nicht wirklich möglich und sinnvoll sein. Entscheidend ist, als Modellregion zur Verfügung zu stehen und das Projekt insofern zu unterstützen und in einem gebe ich dir natürlich vollkommen Recht, und das ist ja auch das Ziel bei all diesen Gesprächen gewesen, die Wertschöpfung hier

in der Region, nämlich in Graz und in der Steiermark zu verankern und dass das auch abhängig ist für Förderungen in dieser Richtung. In diesem Sinne werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Lassen Sie mich hier noch eine Anmerkung machen und zwar zum Thema Elektrofahrzeuge an sich, es gab am Montag eine Diskussionsveranstaltung von der Frau Landesrätin Edlinger-Ploder, wo der deutsche Professor Welzer zu dem Thema Klimakriege im Allgemeinen gesprochen hat, also zum Thema des Klimawandels und der Auswirkungen und in einem Diskussionspunkt ist man auch eingegangen auf das Thema Fahrzeuge, Elektrofahrzeuge, und er hat dort die Meinung geäußert, der ich durchaus auch zustimmen kann, nämlich, dass es wahrscheinlich nicht so einfach sein wird, dass man einfach die bestehenden Antriebstechniken ersetzen wird oder Motortechniken ersetzen wird durch einen Elektromotor und dann ist sozusagen alles gut, was das Thema individuelle Mobilität betrifft. Man darf nicht übersehen, dass mit Elektroautos natürlich auch nicht alles gelöst ist, es ist ein interessanter und wichtiger Ansatz, aber die Platzprobleme in der Stadt selber und auch das Feinstaubproblem, nämlich wir müssen auch hier immer wieder an das Thema der Aufwirbelungen denken, ist damit natürlich nicht gelöst. Es gibt Verbesserungen in dieser Richtung, aber es ist nicht gelöst. Also kann auch das Thema Elektrofahrzeuge ein interessanter Bestandteil sein in einem Gesamtkonzept, aber es wird nicht das allein selig Glückbringende sein und die Lösung aller Verkehrsprobleme (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Mariacher**: Liebe Kollegen, ich bin überrascht, wenn ich die zwei Wortmeldungen vergleiche, der Koalitionsparteien. Erlauben Sie mir, da bin ich schon irritiert. Die Frau Vizebürgermeisterin sagt, es ist alles in der Schublade, wir haben eh alles ausgearbeitet und der Koalitionspartner von der großen Koalition sagt, na ja, eigentlich haben wir gar keine inhaltliche Ziele der Stadt Graz, wir tun das, was die Autoindustrie uns vorschreibt. So fasse ich das jetzt einmal zusammen und ich finde es eigentlich ziemlich arg für die Stadtregierung, anscheinend kann auch die Frau Vizebürgermeisterin mit dem modernen Instrument des Internets nicht geschickt umgehen, weil auf der Homepage der Stadt Graz ist groß der Beschluss drinnen über den Stadtsenat, dass man bei diesem Projekt Elektromobilität, wenn schon die Ziele so ausformuliert sind, warum schreiben Sie es dann nicht rauf aufs

Internet, dann bräuchte man nicht im Amt kramen und die richtige Person finden, die das hat, aber anscheinend können Sie weder mit dem Internet noch mit dem eigenen Blog umgehen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich nehme jetzt Abstand von einer Anmerkung, aber ich werde es Ihnen gerne noch persönlich erklären, warum eine bestimmte Form der Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld eines solchen Projektes auch nicht im Sinne der unterschiedlichen Partner ist, insbesondere des industriellen Partners, aber das können wir dann gerne noch nebenbei klären. Hierzu gibt es auch eine klare Vorgangsweise.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Leerverkäufe von Wertpapieren generell verbieten

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Mariacher**: Nachdem andere Fraktionen auch Petitionen erarbeitet haben, ist mir zu einem für mich sehr wichtigen Thema auch etwas Gescheites, meines Erachtens, eingefallen, das durchaus auch einen Graz-Bezug hat und ich denke bei Petitionen an Landtag, Nationalrat ist das vor allem in den Vordergrund zu stellen für Graz, und wer die wirtschaftliche Situation in den letzten Wochen und Monaten verfolgt hat, nicht nur von der Ausprägung, die sie bisher erreicht hat, sondern vor allem von der Dynamik, von der Spirale der Entwicklung, der wird sehen, dass die

Finanzkrise grundsätzlich der Ausgangspunkt war für die bereits eingeleitete Rezession, wo Volkswirtschaftler, der Dr. Wohlfahrt ist jetzt leider nicht da, bereits von einer drohenden Stagnation sprechen, sprich: einer Kaufverweigerung der Kunden, die eine enorme Abwärtsspirale nach unten ergeben könnte. Die sogenannten „Leerverkäufe“ oder wie sie in der Banksprache heißen „short sellings“, werden mit als wesentlicher Grund dargelegt in den internationalen Medien für das Entstehen dieser Finanzkrise und zwar werden mit diesen Leerverkäufen von Wertpapier, ich gehe jetzt einmal von Aktien aus, konkret Aktien ausgeliehen, die man selber gar nicht hat, für diese geliehenen Aktien werden kleiner Gebühren bezahlt und oftmals unter Begleitung von negativen Medienberichten werden dann mit diesen geliehenen Aktien Geschäfte gemacht, Leerverkäufe durchgeführt, um an sich vielfach renommierte Unternehmen zu schädigen, um die Kurse in den Keller zu treiben und hier sozusagen einen Verkaufsdruck auszulösen, weil es sind zumeist private Investoren, Kleinaktionäre, die ihr Geld aus Ersparnissen, Lebensversicherungen usw. in Aktien investiert haben, um hier auch für ihr Alter vorzusorgen.

Durch diese „Leerverkäufe“, die dem zugrunde liegen, werden aber nicht nur die Börsenkurse des Unternehmens gedrückt, sondern es werden auch wirklich alle Aktionäre von diesen fallenden Kursen geschädigt. Aber nicht nur das, nicht nur die Eigentümer, sondern die Unternehmen an sich selbst als Organ, als Betrieb, als Stätte, wo viele Arbeitsplätze gehalten werden, wo man versucht, auch neue zu schaffen. Denn diese Unternehmen werden in ihrer Entwicklung geschädigt, man kann oftmals durch ein Sinken des Börsenwertes nicht den entsprechenden betrieblichen Expansionskurs verfolgen, man kann nicht eigene Aktien verwenden, wie es international üblich ist, um bei Verkäufen sozusagen zum Teil oder wesentlich diesen Kauf zu tätigen und auch damit werden Arbeitsplätze in Frage gestellt, weil diese Firmen dann oftmals Übernahmekandidaten sind von anderen konkurrierenden ausländischen Firmen oder sogenannten „Hedge-Fonds“, in der Medienwelt als Heuschrecken manchmal bezeichnet, die international schauen, als Schnäppchenjäger gute, renommierte Firmen zu finden, deren Kurse, die dann wieder steigen lassen können oder die einfach den Zweck verfolgen, das Gute zu nutzen, zu verkaufen und das, was ihnen nicht in den Kram passt, als Teil einfach wieder zerstört auf den Markt zu werfen.

Gezielte „Leerverkäufe“ können also ein Unternehmen massiv schädigen und sogar in den Ruin treiben.

Wir haben durch die Finanzmarktkrise in Österreich ein Finanzmarktstabilitätspaket der Bundesregierung erlebt, das einiges auf Weg gebracht hat. Dies ist durchaus von mir auch deutlich hervorzuheben. Jedoch wurden Leerverkäufe nur befristet bei einigen Firmen, bei einigen Unternehmungen, die in Wien börsennotiert sind, untersagt, und zwar befristet mit 28. November 2008, dann wären sie wieder generell erlaubt.

Um das volkswirtschaftlich schädliche „Gambeln“ oder „Zocken“ mittels ungedeckter Leerverkäufe nachhaltig zu verhindern, stelle ich daher im Namen des FPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Der Gemeinderat wolle beschließen, an den Nationalrat auf dem Petitionswege mit dem Ersuchen heranzutreten, sämtliche „Leerverkäufe“ von Wertpapieren, auch in Form von Derivaten, generell und ohne Befristung zu verbieten, um den von diesen ausgehenden volkswirtschaftlichen Schaden für unser Land abzuwehren und insbesondere die betroffenen Unternehmen, ihre Anteilseigner sowie die dort beschäftigten Arbeitnehmer zu beschützen. Es geht auch um Grazer Unternehmen, es geht auch um Grazer, um steirische Arbeitsplätze, ich bitte daher um Ihre Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

StRin. **Kahr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Gemeinderat Mariacher, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die KPÖ wird der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen, die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und deren fatalen Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation vieler Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellte in unserem Land machen derartige Anträge dringlich. Wir sind die KPÖ, deshalb werden wir auch dem Inhalt dieses Antrages zustimmen, denn jede Initiative, die in die Richtung geht, dass die Finanzmärkte einer stärkeren Regulation unterworfen werden, wird immer unsere Zustimmung finden. Es würde sich sehr viel dazu jetzt

sagen lassen, ich möchte mich aber nur auf zwei Punkte noch beschränken. Es unterscheidet die KPÖ zur antragstellenden Partei ein ganz wesentlicher Punkt. Die KPÖ hat nämlich immer davor gewarnt vor den Gefahren der Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus, nämlich schon auch zu der Zeit, als der Finanzminister von der FPÖ gestellt worden und damals eigentlich die wesentlichen Weichenstellungen in Richtung Deregulierung und Privatisierung gestellt worden sind. Den anderen Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist, dass man sich anschauen muss, was in den letzten Wochen und Monaten in unserem Land eigentlich gerettet worden ist. Das waren in erster Linie die Profite und die Privilegien der Bankmanager in unserem Land. Genau hier gehört eine Änderung, deshalb sind wir der festen Ansicht und Überzeugung, dass ausschließlich die Überführung der Banken und Versicherungskonzerne in das öffentliche Eigentum und unter öffentliche Kontrolle gestellt gehört, denn es ist höchst an der Zeit, dass auch die Banken und der Versicherungssektor wieder dem Gemeinwohl dienen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper:** Frau Bürgermeisterstellvertreterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt sage ich einmal, Gerhard Mariacher, so wie die ÖVP einmal gesagt hat, nein, ich fange anders an, meine Freundin Maxie Uray-Frick, die ich ja fast jede Woche im Theater treffe, hat mich über Jahre gescholten, dass ich dringliche Anträge an Sonne, Mond und Sterne schicke und so eine Sonne-Mond-und-Sterne-Dringlicher ist das jetzt auch, ich gebe den Stab gerne weiter an dich, Gerhard Mariacher. Das wäre der Dringliche eigentlich für den Weltwirtschaftsgipfel von Davos oder für das G8-Treffen oder für ähnliche Einrichtungen, sage ich einmal grundsätzlich. Also muss ich einmal sagen, beschäftigen wir uns auf Grazer Boden halt mit den Leerverkäufen. Deswegen meine ich, man muss einmal irgendwo Einhalt gebieten, weil sonst können wir uns mit Gott und der Welt beschäftigen hier, was ja auch schön ist, über die Gott und die Welt zu reden hier. Ich sage nur was, weil ja bei dir in deiner Fraktion ja ein neuer und ein alter ausgebuffter Bankfachmann existiert, der Mario Eustacchio und der Harald Korschelt, und warum ich das sage, ist Folgendes: Ich sage es auch inhaltlich, weil ich das für, glaube ich, nicht nachvollziehbar finde, was du heute vorschlägst. Die Leerverkäufe sind ohnehin von der Finanzmarktaufsicht befristet und können immer wieder verlängert werden, jetzt einmal bis 28. November,

steht ja auch so in deinem Antrag. Es muss nur unterschieden werden Leerverkauf, wie ich glaube, die Fachmänner der FPÖ werden mich korrigieren hoffentlich oder auch nicht, Leerverkauf ist schließlich nicht Leerverkauf. Man muss unterscheiden zwischen einem echten Leerverkauf, bin ich eingewiesen worden von meinem Bankdirektor, meinen Bankfachleuten, also der sogenannte Short selling, bei dem der Verkäufer das Papier gar nicht hat und erst am Ende der Frist, wenn seiner Erwartung nach der Kurs gesunken ist, über die Börse zu kaufen beabsichtigt, das ist einmal die eine Seite. Die andere Seite ist die Wertpapieranleihe, bei der sich der Verkäufer das Papier ausleiht, also darüber verfügt. Man muss also auch inhaltlich auch ein bisschen unterscheiden, und Leerverkauf ist nicht Leerverkauf, habe ich inzwischen in einem sogenannten Schnellsiedekurs lernen dürfen. Noch heute Vormittag. Ein generelles Verbot scheint mir deshalb, lieber Harald, ich hoffe, es stimmt, was ich gesagt habe, weil du bist ja Fachmann vor Ort, ein generelles Verbot scheint mir deshalb aus diesen Gründen nicht sehr sinnvoll, weil ich bin dafür, dass man die Börseregeln in ganz Europa ändert, das was die Elke angerissen hat mit der Situation der Bankenaufsichten, nicht nur vor Ort in Österreich oder hier in Graz, sondern in ganz Europa, es geht darum, die Börseregeln in ganz Europa entsprechend zu ändern und das durchaus auch auf europäischer Ebene zu diskutieren und das entsprechend auch im europäischen Parlament einzubringen, dafür bin ich, aber der Grazer Gemeinderat ist hier nicht der richtige Ort und deswegen werden wir der Dringlichkeit diesmal unsere Unterstützung ausnahmsweise einmal gegenüber der FPÖ versagen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Hoher Gemeinderat, lieber Kollege Mariacher! Ich habe es eh schon angekündigt auch, dass es durchaus ein ehrenwerter Antrag ist und dass auch das Thema der Regulierung des Marktes. Habe gerade die „Zeit“ gelesen, was alles sonst noch am Tapet stehen würde, was das Weltwirtschaftsforum, was die Europäische Union, was alles gemacht gehörte, aber es ist für uns ein dringlicher Antrag, und ich habe das der Kollegin, die sehr empört drüber war, heute schon gesagt. Ein dringlicher Antrag sollte Möglichkeiten für die Stadt Graz aufzeigen und was die Stadt Graz machen kann. Wir werden heute in der nicht öffentlichen Sitzung noch ein Stück haben zu Magna, das vielleicht unter anderen wirtschaftlichen

Bedingungen vor einem halben Jahr ganz anders ausgegangen wäre. Das heißt, natürlich muss die Stadt Graz reagieren und muss in gut vorbereiteten Stücken Maßnahmen setzen, um hier auch entgegenzuwirken, wenn es notwendig ist, wenn die Grazer Wirtschaft und Wirtschaftsbetriebe in Graz betroffen sind. Das gilt auch für die Nahversorgung und für anderes, wo wir sehr starke Akzente setzen wollen, gerade auch aus dem Grund, weil es sehr schwierig werden wird in den nächsten Monaten, wenn heute oder gerade jetzt online gekommen ist, dass die Wirtschaftsexperten für das erste Halbjahr mit einer Rezession rechnen und dann vielleicht im Gesamtjahr mit einem Wirtschaftswachstum von 0,1 %, dann gibt das zu denken und betrifft uns. Aber Anträge dazu, dringliche Anträge, wie wir das in Graz lösen sollen, das wird immer auch unsere Zustimmung finden. In dem Fall werden wir dem durchaus ehrenwerten Anliegen aber die Dringlichkeit nicht zustimmen.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Sache ist dringlich, keine Frage, über den Inhalt werde ich noch kurz reden, aber ganz sicher ist es die falsche Bühne. Also ich glaube, dass hier die Bühne nicht die richtige ist, dieses Thema zu diskutieren. Ich glaube auch, dass der Antrag zu kurz greift, ich meine, jetzt auf die Leerverkäufe loszugehen, das ist gut und das ist berechtigt und da kann man schon drüber reden, ob man das verbieten kann, wie man das machen kann, europaweit oder weltweit usw. aber eigentlich greift es viel zu kurz. Also, ich glaube, da müssen wir schon genauer schauen und da gehört einfach ein größeres Paket her. Selbstverständlich gehören die Banken nicht liberalisiert, selbstverständlich bedarf es hier eines starken Staates, eines kontrollierenden Staates, aber eben nicht einer Gemeinde, sondern eines Staates und dort soll das diskutiert werden, die Grünen sind, glaube ich jetzt, ziemlich unverdächtig, dass wir das nicht wollen, wir sind die, die uns immer dafür stark gemacht haben, auch in früheren Zeiten und ich glaube, es ist ganz klar, dass wir hier für eine deutliche Kontrolle stehen des Bankensektors, eben weil er volkswirtschaftlich so wichtig ist, aber lieber Kollege Mariacher, hier und heute stimme ich persönlich der Dringlichkeit nicht zu, auch dem Antrag nicht, weil er mir zu kurz greift. In der Grünen Fraktion stimmt jeder so ab, wie er glaubt, weil wir einfach glauben, hier ist nicht der richtige Ort. Danke (*Applaus Grüne*).

Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen! Ich danke einmal für die lebhafte Diskussion, scheint ja doch nicht ganz so falsches Thema zu sein, anscheinend gibt es auch unter Ihnen, auch unter denen, die sich nicht zu Wort gemeldet haben, einige Zeitungsleser, die eigentlich alle berichten, dass dieses Thema weltweit diskutiert wird und dass es gerade in der EU unterschiedliche Regelungen gegeben hat in ähnlicher Form, wie sie Österreich getroffen hat, aber mit unterschiedlichen Fristen, aber sehr wohl ein generelles Verbot dieser Geschäfte, dieser Art von Geschäften von Leerverkäufen sehr wohl diskutiert wird. Ich bin, wenn ich das eigentlich zusammenfasse, eigentlich ein bisschen irritiert, weil ich versuche ja auch zu lernen und Ihre Meinungen aufzunehmen. Auf der einen Seite Karl-Heinz Herper sagt, ich soll mich eigentlich nicht an das österreichische Parlament wenden, ich soll es eigentlich meiner Volksvertretung als österreichischer Staatsbürger, ich solle gleich zur EU gehen, ich habe auch vorhin in der Diskussion gehört, eigentlich ist es ein Thema für die Weltbank, also vielleicht sollte man zur Weltbank sich hinrichten. Ich habe jetzt dem Kollegen Dr. Wohlfahrt zugehört von den Grünen, der gemeint hat, na ja, an sich eine gescheite durchaus richtige Sache, aber sie greift zu kurz, man sollte das doch ein bisschen umfangreicher definieren und gestalten, man sollte gleich die Dopingsteuer und anderes mitinkludieren. Also ich kenne mich nicht mehr aus, was ich als Grazer Gemeinderat machen will, mir geht es darum, Inhalte, die ich sehe, entsprechend darzulegen, entsprechenden Weg zu finden, um hier in Österreich etwas weiterzubringen, mir geht es darum, dass möglichst kein Grazer Unternehmen, und wir haben hier größere in der Stadt Graz, Gott sei Dank, die erfolgreich international tätig werden, die Opfer solcher Machenschaften werden, mir geht es um die hunderten, um die tausenden Arbeitsplätze, die dort vorhanden sind und die ich erhalten möchte und möglichst mehr möchte, um das geht es und darum gilt es, keine Zeit zu verlieren. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 20.30 Uhr den Vorsitz.

16) Erweiterung der Seniorenermäßigung bei den Grazer Verkehrsbetrieben

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Damen und Herren, die auch zur später Stunde noch auf den Zuschauerrängen der Sitzung des Grazer Gemeinderates zusehen. Wir diskutieren mit unserem dringlichen Antrag ein Problem, das die Stadt Graz nicht verursacht hat, sondern ein Fehler, der offensichtlich über die Jahre mitentstanden ist, der aber aus unserer Sicht massive Ungerechtigkeiten mit sich bringt. Wie Sie wissen, sind Ermäßigungen an die Erwerbstätigkeit einer Person gebunden, das heißt, Ermäßigungen geben wir Jugendlichen, Studenten, Schülerinnen und Schülern, weil sie sich im Erwerb, in dem Fall im Nichterwerb als Student, als Schüler befinden und wir sie auch daher unterstützen. Bei Seniorinnen und Senioren, also bei Pensionisten, verhält sich leider Gottes die Bestimmung, die Tarifbestimmung der Grazer Verkehrsbetriebe, gänzlich anders, leider haben die Grazer Verkehrsbetriebe hier das Modell der ÖBB übernommen der sogenannten Vorteilscard Senior, wonach Pensionistinnen und Pensionisten erst dann eine Seniorenermäßigung erhalten, wenn sie als Frau das 60. Lebensjahr erreicht haben und als Mann das 65. Lebensjahr erreicht haben. Das ist grundsätzlich richtig, denn davon gehen wir, von diesem Alter gehen wir aus, wenn wir vom theoretischen und gesetzlichen Pensionsantrittsalter sprechen. Faktum ist aber, dass wir in Österreich viele andere Formen der Pensionen haben, der Erwerbsunfähigkeitspension aus Krankheitsgründen, der Invaliditätspension, der Berufsunfähigkeit, aber auch Schwerarbeiterpensionen oder auch Pensionen, die sich in der sogenannten Hacklerregelung begründen. Frauen oder Männer, die 45 Beitragsjahre erreicht haben, 45 Jahre lang schwer gearbeitet haben, 63 sind und in Pension sind, mit keiner hohen Pension ihr Leben fristen müssen, aber auf Grund der Tarifbestimmung der Grazer Verkehrsbetriebe nicht die Seniorenermäßigung in Anspruch nehmen können.

Das ist ein Fehler, der sich offensichtlich über die Jahre hinweg eingeschlichen hat, und uns haben einige Beschwerden erreicht und deswegen wir auch heute hier dieses Thema zu einem dringlichen Antrag machen. Und ich begründe auch, es ist dringlich und es ist bei vielen vernünftigen Anträgen, die heute gekommen sind, sicherlich einer, der den Namen dringlich verdient, denn es ist ein Fehler, der repariert werden muss und der schleunigst repariert werden muss. Und es ist ein Antrag, der sich mit der Situation in der Stadt Graz befasst, wir wissen, dass die Tarifiermäßigungen natürlich auch im Verbund zu sehen sind. Im Verbund mit vielen anderen steirischen Verkehrsunternehmen, aber wir wissen auch, dass wir in vielen anderen Bereichen, und Gemeinderat Kurt Hohensinner ist ein unverdächtig Zeuge, dass wir in vielen anderen Bereichen Sonderregelungen in der Stadt Graz gegangen sind, um Mitbürgerinnen und Mitbürgern unter die Arme zu greifen, wie man so schön sagt. Und die Legion und die Kohorte der dringlichen Anträge des Herrn Kurt Hohensinner, wo wir die Grazer Verkehrsbetriebe gebeten haben, Erleichterungen durchzuführen, unabhängig von Verbundregelungen etc., sind mittlerweile auch Legende. Ich bin tatsächlich der Meinung, wir müssen hier auch die Grazer Verkehrsbetriebe dazu bringen, sich an die Gegebenheiten unseres österreichischen Sozialsystems anzupassen. Und ich empfinde es als eine Ungerechtigkeit, hier bei den Grazer Verkehrsbetrieben sehr wohl Studentinnen und Studenten, Schülerinnen und Schüler an ihr Erwerbseinkommen zu knüpfen, aber es bei den Senioren plötzlich ans Alter zu bedingen und das ist falsch. Hier brauchen wir eine einheitliche Regelung, es gibt in Graz die Mobilitätskarte, die umfasst aber nicht diese Personen, es gibt in dieser Stadt andere Einrichtungen, ich glaube, wir sollten es auf eine neue Basis stellen und wir sollten die Verkehrsbetriebe erstens ersuchen, hier diese Tarifiermäßigung zu ändern und zweitens, wenn sie sich selbst dazu nicht in der Lage sieht oder die Stadt Graz nicht in der Lage ist, den Ausgleich an die Grazer Verkehrsbetriebe zu zahlen, wenn es nicht im Verbund lösbar ist, es auch zu tun und es wird nichts ins Kraut fallen, weil wir dann schlussendlich doch nicht so viele Fälle haben, wo Männer mit 62 in Pension sind und drei Jahre lang auf Ermäßigung bisher verzichten mussten. Es ist die Minderheit selbstverständlich und nicht die Mehrheit, weil wir von einem faktischen Pensionsantrittsalter ausgehen. Aber die Minderheit sind nun mal Einzelfälle und ich glaube, es bricht uns kein Stein aus der Krone, wenn wir es tun, es bricht uns kein Stein aus der Krone, wenn der einen oder anderen Fraktion die Formulierung im Großen und Ganzen nicht passt

oder insofern nicht passt, weil sie meint, der Adressat ist ein anderer, ich ersuche wirklich die Fraktionen, vor allem die Mehrheitsfraktionen und die Koalitionsfraktionen, hier das auch entsprechend zu berücksichtigen. Wir können es uns nicht leisten, dass wir die Seniorinnen und Senioren, die Pensionisten unserer Stadt noch weitere Monate im Kreis schicken. Denn eigentlich ist es eine Ungerechtigkeit, dass sie die letzten Jahre auf diesen ermäßigten Tarif nicht zugreifen konnten und in diesem Zusammenhang stellen die Gemeinderäte Grosz und Schröck folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Eigentümervertreter der Stadt Graz in der Graz AG, Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker, werden ersucht, in Verhandlungen mit den Organen der Graz AG eine Erweiterung der Tarifbestimmung der Grazer Verkehrsbetriebe zu erreichen, insofern dass die derzeitige Seniorenermäßigung in Hinkunft nicht vom Alter, sondern vom sozialrechtlichen Status beziehungsweise vom Erwerbseinkommen als Pensionistin als Pensionist, abhängig ist. Die Eigentümervertreter sollen dem Gemeinderat vom Erfolg ihrer Bemühungen berichten. Ich darf Sie wirklich um Zustimmung ersuchen.

Bgm.-Stvin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Weil ich mich direkt angesprochen fühle durch diesen Antrag, möchte ich zur Dringlichkeit Stellung nehmen. Aus folgendem Grund werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil wir nämlich an diesem Thema, dem sehr wichtigen Thema, nämlich der Entkoppelung zwischen dem Status Alter und dem Status sozial arbeiten, wir arbeiten ja an verschiedenen Tarifmodellen und eine Frage ist, ob zum Beispiel die Tatsache, alt zu sein, automatisch heißt, arm zu sein, ist in dieser Form nicht mehr aufrecht zu erhalten, deswegen ist diese Fragestellung eine sehr wichtige, wie wir einfach den sozialen Status stärker berücksichtigen können, ohne Automatik einzuziehen, und sagen, alle Leute ab 60 oder 65 sind automatisch als arm einzustufen. Gleichzeitig möchte ich ein paar Dinge

richtigstellen, weil sie im Antrag so nicht ganz richtig drinnen sind und es gibt da auch immer wieder Verwirrung, weil wir das ja auch bemerken an den vielen Anfragen, die sich bei uns im Büro zu dem Thema abspielen. Es gibt letztlich zwei derzeit geltende Senioren- und Seniorinnenermäßigungen. Das eine ist die im Rahmen des Verkehrsverbundes Steiermark geltende, die auch angesprochen wurde, die an die Vorteils-card geknüpft ist. Die Entscheidung, sie an die Vorteils-card zu knüpfen, wird immer wieder kritisiert, sie hat aber den Grund, eine einheitliche Zugangsmöglichkeit für die ganze Steiermark anzubieten, weil es für den gesamten Verbundbereich gilt und damit aber natürlich auch verbunden ist, dass jemand, der aus Graz kommt, in der ganzen Steiermark sich bewegen kann und nicht für jede weitere Fahrt eine andere Voraussetzung erfüllen muss. Diese gilt für Männer und Frauen ab dem 60. beziehungsweise 65. Lebensjahr. Senioren zahlen gegen den Vorweis eines Berechtigungsnachweises für Ein- bis Fünf-Stunden-Karten den ermäßigten Preis. Als Berechtigungsnachweis gilt eben die Vorteils-card und die kostet 26,90 und ist ein Jahr gültig. Dann gibt es den GVB-Haustarif, das sind die GVB Seniorenkarten, die für Monat, Halbjahr und Jahr gültig sind, die sind im GVB-Liniennetz und seit 15.2.2008 auch auf allen anderen städtischen Linien; da gab es nämlich das Problem, dass das getrennt geführt wurde und nur GVB-Linien, aber es gibt ja auch andere Betreiber, die Linien in Graz fahren, also alle zweistelligen Liniennummern werden damit bedient, damit ist eine zeitliche Beschränkung verbunden, die gilt von Montag bis Freitag ab 8.15 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen gibt es keine zeitliche Beschränkung, ebenso gibt es keine zeitliche Beschränkung während der Ferien. Die Anspruchsberechtigung gilt für Frauen ab dem 60., Männer ab dem 65., Frühpensionisten aus Invaliditätsgründen, das ist also nicht an die Altersgrenze gebunden und eine Bindung an definierte Einkommensgrenzen bei Seniorinnen und Senioren beziehungsweise Frühpensionistinnen und -pensionisten. Diese Einkommensgrenze gilt mit dem Stand 1.7.2008 bei einem Bruttopensionsbezug von 1.350,- Euro, das bedeutet, die Monatskarte kostet dann 23,-, die Halbjahreskarte dann 120,- und die Jahreswertmarke dann 213,-. Dann gibt es noch die ermäßigte Seniorenkarte bei einer Einkommensgrenze bis 1.820,- brutto. Da gibt es dann 32,50 Monat, 165,- Halbjahr, Jahreswertmarke 309,- und es gibt die Mobilitäts-card des Sozialamtes, die Sie angesprochen haben, auch hier ist nicht alleine die Altersbeschränkung eine Zugangsbeschränkung. Männer ab dem 65., Frauen ab dem 60. mit einem höheren Einkommen als derzeit 836,64 netto für Alleinstehende

und 1.254.40 für Ehepaare, das ist analog des Sozialhilferichtsatzes, haben eine Bezugsberechtigung, FrühpensionistInnen aus Invaliditäts- und Berufungsunfähigkeitsgründen mit einem Einkommen wie oben, jedoch ohne Altersgrenze, ständig schwer Gehbehinderte, geistig und mehrfach beeinträchtigte Personen ohne Altersgrenze mit einem Einkommenslimit von 933,- im Monat. Ich werde das nicht im Detail erläutern, wie das für Angehörige ist, die Mobilitätskarte beinhaltet auch auf Antrag die Benützung der Schloßbergbahn, bei der Berechnung bleibt das Pflegegeld außer Ansatz. Dies sind Details, wichtig ist, dass die Personengruppe, die im Antrag genannt ist, die übrigbleibt, die jetzt sozusagen als Pensionisten und Pensionistinnen da nicht drinnen ist, die kleine Pensionsbeziehergruppe ist derer, die freiwillig früher in Pension gegangen sind, da gibt es doch, das ist auch so abgesprochen und nachgefragt mit der Pensionsversicherungsanstalt, und über diese Gruppe bekommen wir keine Daten, das heißt, diese Gruppe ist auch nicht zu verifizieren, wir gehen aber davon aus, dass diese Gruppe, wenn sie früher freiwillig in Pension gehen und so ein niedriges Einkommen haben, eher eine sehr kleine Gruppe sind, weil die sonst länger warten, um in Pension zu gehen, wenn sie so eine niedrige Pension rausbekommen. Also, das ist wirklich die Personengruppe, für die eine pensionsbezogene Ermäßigung derzeit nicht zugänglich ist. Deswegen würde ich sagen, macht mehr Sinn, wirklich hinzuschauen und zu sagen, was ist der soziale Status, gibt es Ermäßigungen auf Grund eines sozialen Status, unabhängig, ob jemand arbeitslos ist oder warum immer kein großes Einkommen, und nicht nur die bezogene Pension Grundlage ist, das ist unser Vorschlag und in dieser Form argumentieren und diskutieren wir mit Verbund und GVB. Da sind wir mitten in den Gesprächen, muss man natürlich dann auch noch anschauen, was man sich das kosten lassen will von der Stadt her, das ist die nächste Frage, weil das wird sich höchst wahrscheinlich nicht kostenneutral darstellen lassen. Somit ist das meine Stellungnahme zur Dringlichkeit (*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 20.35 Uhr den Vorsitz.

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen dem Dringlichkeitsantrag des BZÖ, sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zu. Ich habe nämlich im Sommer, also in der Sommersitzung am 3. Juli, eine Anfrage an den Bürgermeister mit diesem Inhalt auch gestellt und wichtig ist für mich sehr wohl hervorzuheben, dass in beiden Fällen es darum geht, eine Ausweitung des BezieherInnenkreises der SeniorInnenkarte der GVB zu erreichen und da ist die Situation rechtlich so, dass das gesetzliche Pensionsantrittsalter erreicht werden muss zusätzlich zu der Bedingung, dass man nicht mehr als 1.350,- Euro monatlich zur Verfügung haben kann und ausgeschlossen aus dieser Maßnahme sind eben Pensionisten und Pensionistinnen, die aus welchen Gründen auch immer vorher in Pension gehen, und wenn bei ihnen die Situation so ausschaut, dass sie im selben Maße einkommensschwach sind wie andere, die das Pensionsantrittsalter erreicht haben, dann gilt es für mich, da Maßnahmen zu setzen, um eine Ausweitung des BezieherInnenkreises umzusetzen und das ist für mich wichtig, weil für mich diese Ungleichbehandlung nicht nachvollziehbar ist und deshalb stimmen wir dem in der Form auch zu. Dass das BZÖ dieses Thema aufgreift und als dringlichen Antrag macht, verstärkt eigentlich nur das, dass ich also im Sommer versucht habe das mit einer Anfrage zu lösen und ich hoffe, dass es in Zukunft für alle Pensionisten und Pensionistinnen unter einer bestimmten Einkommensgrenze gilt und dass sie billiger die GVB in Anspruch nehmen können. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper**: (*Aufnahmegerät nicht eingeschaltet*) Zustimmung SPÖ.

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Wir können der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zustimmen, aus folgenden Gründen: Weil der Antragstext einfach aus unserer Sicht falsch gestellt ist. Die Adresse für deinen Antrag, lieber Gerald, müsste der Verkehrsverbund sein für dein Ansinnen, oder man könnte auch die Mobilitätskarte andiskutieren, dann wäre auch die Stadt Graz Ansprechpartner, aber du hast das ein bisschen vermischt, das ist die eine

Sache. Die andere Sache, da stimmen wir unserer Vizebürgermeisterin zu, dass wir es sinnvoller finden, diese Vergünstigung nicht an das Alter zu knüpfen, sondern an das Einkommen beziehungsweise an die Höhe der Pension. Eine wichtige Sache in diesem Zusammenhang, und das ist schon sehr oft andiskutiert, ist die Hürde, dass ältere Personen beziehungsweise Menschen mit Behinderung, um eine Vergünstigung diese Vorteilscard in Anspruch nehmen zu können, zur ÖBB gehen müssen und dort diese Vorteilskarte beantragen. Das ist einfach ein zusätzlicher Weg, gerade körperbeeinträchtigte Menschen tun sich da schwer. Ein zusätzlicher Weg, den wir auch abkürzen können und da habe ich eine Initiative bereits gesetzt an den Verkehrsverbund und der hat schon rückgemeldet, das war auch in der Kleinen Zeitung, wir werden nach einem einfacheren Zugang im Tarifausschuss suchen und es zur Sprache bringen. Also ich hätte gesagt, diese Hürde gehört abgebaut, wir sind dafür, dass wir Vergünstigungen machen, aber das nicht an das Alter, sondern an das Einkommen beziehungsweise an die Höhe der Pension knüpfen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Ich finde es eigentlich sehr, sehr schade, weil es, Gemeinderat Hohensinner, war offensichtlich, wie ich schon prophezeit habe, dass tausend Begründungen gefunden werden, warum man diesem Antrag nicht zustimmt. Ich habe ja schon fast in prophetischer Vorahnung bereits auch gesagt, auf was man sich eigentlich ausreden wird.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Weil er falsch gestellt ist.

GR. **Grosz**: Faktum ist, der Dringlichkeitsantrag wird die Mehrheit nicht bekommen, Faktum ist, er wird als Antrag schubladisiert und wir werden ein Jahr lang davon nichts hören. Was ich aber noch viel fürchterlicher empfinde ist, dass sich offensichtlich Leute darüber unterhalten, die alle das Problem sehen und die

Äußerung des Gemeinderat Hohensinner beweist es mir, dass er das Problem sieht, auch die Äußerung der Vizebürgermeisterin Rücker, aber dennoch nicht wollen, dass sich in diesem Bereich etwas ändert. Hohensinner sieht das Problem der behinderten Menschen...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Ich habe eine Initiative eingebracht an die richtige Adresse.

GR. **Grosz:** ...der Menschen mit besonderen Bedürfnissen, die zum Hauptbahnhof pilgern müssen und sich dort die ÖBB-Karte organisieren müssen als zusätzliche Hürde. Gemeinderat Hohensinner sagt, ja, er will, dass die Ermäßigungen nicht ans Alter, sondern an den sozialrechtlichen Status gebunden sind. Nichts anderes steht in diesem Gemeinderatsantrag, nichts anderes steht in diesem Gemeinderatsantrag und ich sage Ihnen jetzt eines, Frau Vizebürgermeisterin, ich weiß nicht, mit wem Sie in der PVA gesprochen haben, aber Faktum ist und es ist Faktum, dass Menschen, und da rede ich gerade von den Hacklern und jenen Beziehern einer Schwerarbeiterpension, die durchaus eine Pensionsleistung erhalten, die über der Ausgleichszulage liegt, weil sie 45 Beitragsjahre gehabt haben, aber nicht die Seniorenermäßigung bekommen, weil sie halt 63 oder 62 Jahre alt sind, weil sie mit 16 oder 17 zu arbeiten begonnen haben und die grenzen Sie aus. Und das ist kein kleiner Teil, Schwerarbeiterpensionen, Pensionen Hacklerregelung, ich sage es noch einmal, Berufsunfähigkeit, Invaliditätspension, die bekommen es nicht, weil auch ihre Ermäßigungen, die derzeit vorgesehen sind, sich auch ans Alter koppeln und bis dato noch nicht entkoppelt worden sind und das haben Sie auch selbst gesagt. Und ich gehe noch einen Schritt weiter als die Kollegin der KPÖ, die das richtigerweise gesagt hat, ich gehe noch einen Schritt weiter, wir machen auch bei Schülerinnen und Schülern keinen Unterschied, ob sie reich oder arm sind, sondern wir geben die Schülerkarte, die Schülerfreifahrt. Aber wir machen offensichtlich, weil Pensionistinnen und Pensionisten, die aus dem aktiven Erwerbsleben vollkommen ausgekoppelt sind, wo wir wissen, dass sie unter der Inflationsrate jährlich

abgegolten werden, wo sie vollkommen aus dem täglichen Leben herausgekoppelt sind, denen geben wir sie nicht. Und das finde ich eigentlich sehr schade und da kann sich der Gemeinderat Rajakovics noch so wie ein Rohrspatz da hinten aufpudeln, das ändert nichts an dieser Tatsache. Und es ändert nichts an der Tatsache, dass wir es uns einfach machen könnten, weil die Frau Vizebürgermeisterin sich offensichtlich tatsächlich mit dem Problem beschäftigt und es auch durchsetzen will, wie es mit der Nachweisbarkeit geht. Dann geben wir halt den Menschen die Möglichkeit, die Pensionsermäßigung nicht über die Seniorcard der ÖBB zu erreichen, sondern schlichtweg mit dem Pensionsbescheid ihrer PVA. Die haben einen Pensionsbescheid, nehmen einen Ausweis mit, wo hervorgeht, dass der Pensionsbescheid mit der Person ident ist, lassen sie dort unterschreiben, dass mit ihrer Antragstellung auf Ermäßigung selbstverständlich die GVB Einsicht nehmen können, ob das auch stimmt und die Geschichte hat sich erledigt. Und da brauchen wir nicht lange über neue Modell diskutieren, da brauchen wir nicht um den heißen Brei herumreden und da brauchen wir auch nicht, so wie beim nächsten dringlichen Antrag, beim Lindweg, acht Monate lang warten und nichts geschieht und dann müssen wir es wieder im Gemeinderat diskutieren. Das ist des Gemeinderats hier unwürdig und es ist den Menschen gegenüber unwürdig, denen wir zumindest mittels Eid versprochen haben, dass wir für eine Verbesserung ihrer Situation sorgen werden und daher verstehe ich es wirklich nicht, warum hier eine qualifizierte Mehrheit, eine unqualifizierte Mehrheit des Gemeinderates, diesem Antrag die Zustimmung verweigert. Ich danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Errichtung eines Drogenkonsumationsraumes in Graz – Maßnahmenpaket

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben das heute auch schon besprochen, wir haben es lang und breit besprochen, warum wir in dieser Stadt gegen einen Drogenkonsumraum sind, wir haben lang und breit auch besprochen, warum wir die Drogenkriminalität bekämpfen müssen, wir haben vor zwei Tagen uns bei einem Drogengipfel gesprochen, weil der Hut brennt, weil hier Maßnahmen ergriffen werden müssen. Wir haben heute einen Antrag der ÖVP gehabt unter dem Motto: „Um den Markt legalisierter Drogen einzudämmen, fordern wir das Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend auf, Substitol von der Liste der zugelassenen Medikamente im Rahmen der Substitutionsbehandlung zu streichen.“ Diesem Antrag haben wir nicht zugestimmt, nicht zuletzt auch deswegen, weil das Bundesministerium es nicht tun kann, sondern die Bundesministerin oder der Bundesminister und das nur nach vorheriger Befragung der Arzneimittelbeiräte und der eingerichteten Dienststellen, die im Gesundheitsministerium ihren Dienst versehen. Das wird nicht der Herr Sektionschef XY oder die Frau Abteilungsleiterin machen, sondern das macht der oder die Bundesministerin. Da war offensichtlich der Antrag der ÖVP zwar gut gemeint, aber nicht ausreichend, wenn man sich mit dem Thema wirklich beschäftigt, daher war auch eine Zustimmung auch der freiheitlichen Partei nicht möglich, weil wenn man sich der Drogenkriminalität in Graz tatsächlich widmen will, dann muss man zumindest in dem Bereich Nägel mit Köpfen machen. Im Übrigen darf ich darauf verweisen, dass auch der Antrag der ÖVP einige Petitionen an die Bundesregierung oder an eine Bundesbehörde vorgesehen hat, weil heute so viel geschimpft wird, dass man das nicht in diesem Gemeinderat machen darf und dass wir das nächste Mal beim G8-Gipfel landen werden und ich weiß nicht wo nicht alles, die Möglichkeiten, die uns auch der Klubobmann Herper aufgezeigt hat, was wir nicht noch alles tun können und welche Behörden wir hier einschalten können. Faktum ist, wir sagen in Graz ganz klar und eindeutig nein zu Drogenkonsumationsräumen. Wir sind auch rechtlich bestätigt, dass es nicht möglich ist, wir wissen, dass Landtagsabgeordneter Hamedl, aber auch Bürgermeister Sigi Nagl der gleichen Meinung sind, aber was mich gewundert hat, dass ich dieses klare Nein zu Drogenkonsumationsräumen in dem Antrag der ÖVP nicht gefunden habe.

Wasser predigen, Wein saufen, vor der Tür etwas anderes versprechen, als man hier beschließt, das mag gängige Praxis sein, aber es hilft den Drogenopfern in dieser Stadt nicht. Daher wundert es mich, dass ich in der Kronen Zeitung von gestern noch gelesen habe, Siegfried Nagl: „Ein klares Nein zu Drogenkonsumationsräumen“ und seine Fraktion heute in diesem Gemeinderat einen Antrag eingebracht hat, wo das Wort Drogenkonsumraum nicht einmal die Erwähnung, keinen Pfifferling gefunden hat. Das ist eigentlich sehr kurios, weil man eigentlich sieht, dass es die ÖVP dann, wenn es darauf ankommt, doch nicht so ernst meint, Drogenkriminalität zu bekämpfen und das finde ich eigentlich sehr schade. Der zweite Bereich unseres Antrages ist natürlich Verbot von Substitol, den wir aber an die richtige Stelle richten, nämlich an den oder die Bundesministerin als Rechtsperson, als befugte Person, Verordnungen zu erlassen und nicht an die Putzfrau im Bundesministerium für Gesundheit, Frauen, wie Sie es offensichtlich formuliert haben, halt ans Ministerium als Behörde mit Empfänger leider nicht bekannt, sondern klar definieren, auch wenn das Regierungsmitglied zufälligerweise Ihrer eigenen Partei angehört, aber das hätte ich Ihnen wenigstens zugetraut, nur um auch zu erklären, warum wir Ihnen mit diesem Antrag jetzt tatsächlich die Chance geben, gegen Substitol vorzugehen. Wenn das hier, was Gemeinderätin Ennemoser, Klubobmann Piffli-Percevic an diesem Pult wirklich ernst gemeint haben und es keine Krokodilstränen waren und auch die rührende Geschichte des Herrn Gemeinderat Rajakovics, der offensichtlich einen Brief aus dem Internet sich über Google herausgeholt hat, um ihn hier zu verlesen, um den Eindruck zu erwecken, dass der Brief an den Bürgermeister von einer Grazer Familie gegangen ist, nur so nebenbei zu dieser Inszenierung, und in dem Bereich sind Inszenierungen fehl am Platz, dann sage ich, Sie haben jetzt die Möglichkeit, aus diesen Krokodilstränen konkrete Umsetzung werden zu lassen. Der Antrag ist in mehrere Punkte gegliedert, wir können ihn getrennt abstimmen; wenn Ihnen meine Forderung nach einer Verdoppelung der Strafraumen für Drogenkriminelle im Suchtmittelgesetz nicht passt, stimmen Sie nicht mit, stimmen Sie aber dem großen Versprechen des heldenhaften Sigis mit, der gesagt hat, er wird den Kampf gegen Substitol aufnehmen. Das steht Ihnen jederzeit frei. Sie können auch sagen, Zwangstherapien sind nicht das Ihre, no problem, getrennte Abstimmung, stimmen Sie mit bei Substitol. Wenn Ihnen das jetzt so wichtig ist, was Sie uns vor vier Stunden hier vorgegaukelt haben, dann gehen Sie bei diesem Antrag mit. Wir haben eine Mehrheit bürgerlich rechts der Mitte, nicht rechtsextrem,

nicht rechtsradikal, sondern bürgerlich rechts der Mitte, die durchaus hier davon Gebrauch machen kann.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Bevor ich jetzt darauf einsteige und wir wieder streiten, hat es ja auch keinen Sinn oder? Wäre jetzt zwar lustig, aber es trifft auch nicht den Ernst der Lage und ich nehme es Ihnen auch durchaus ab, dass Sie auch Ihre Meinung dazu haben, aber die auch genauso ernsthaft, wie Sie hoffentlich meine Meinung abnehmen. Wir haben halt unterschiedliche Zugänge zu dem Problem, wie ich auch unterschiedliche Zugänge habe zum Drogenkoordinator Dr. Zeder, der sicherlich andere Vorschläge bringt, es hat jeder in dem Bereich andere Vorschläge, wir haben sie diskutiert, wir haben eine qualifizierte Mehrheit in dem Gemeinderat, FPÖ, ÖVP und BZÖ haben es in der Hand, das ist die demokratische Mehrheit, hier heute ein für alle Mal klar aufzufordern, Graz sendet das Signal, aus für Substitol und ich darf Sie daher durchaus einladen, unserem Antrag zuzustimmen. Es gibt im Übrigen einen Abänderungsantrag, weil mein Gemeinderat Schröck mit der FPÖ zarte Bande geknüpft hat und die eine Abänderung meines eigenen Antrages verlangen, fällt mir auch kein Stein aus der Krone, wenn dadurch die Zustimmung gesichert ist, na selbstverständlich, dann ist es ein gemeinsamer Antrag beider Fraktionen, der freiheitlichen Partei und des BZÖ, das ist auch gut so. Sie haben die Möglichkeit, einen Abänderungsantrag einzubringen, Herr Klubobmann Piffli-Percevic, Sie haben die Möglichkeit, getrennte Abstimmung durchführen zu lassen, wenn Ihnen das tatsächlich ein Anliegen ist, wenn Sie das tatsächlich ernst meinen, wenn die Worte von Thomas Rajakovics nicht eine Inszenierung, ein billiges Schauspiel waren, sondern tatsächlich ernst gemeint Sorge um die Zukunft der Jugend, der Kinder im Kampf gegen die Drogenkriminalität, dann stimmen Sie mit, sehen Sie das nicht durch die parteipolitische Brille, ich weiß schon, die ÖVP ist nach der dritten oder vierten Abstimmung heute, wo sie in der Minderheit geblieben ist, heute ein wenig verletzlich, ein wenig zart besaitet und dünnhäutig, das wissen wir, das spüren wir

auch, dass sie sich ein wenig grämen, aber die parteipolitische Eitelkeit darf Sie davon ja doch nicht abhalten, hier den Kampf gegen die Drogenkriminalität aufzunehmen. Da lade ich Sie recht herzlich ein, uns zu folgen und daher stelle ich den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert die Bundesregierung und hier im Speziellen die Bundesministerin für Gesundheit, Jugend und Familie, und deswegen die Bundesregierung, weil das Justizministerium auch noch dazu gehört, was Sie in Ihrem Antrag auch vergessen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, im Wege einer Petition auf, ein Verbot der Ersatzdroge Substitol so rasch als möglich prüfen zu lassen und entsprechende gesetzliche Schritte einzuleiten. Im Übrigen, ich vergaß noch das Innenministerium, denn die drei Ministerien haben die Kompetenz in Drogenangelegenheiten, dazu dem Thema der Fehlerhaftigkeit Ihrer Anträge.
2. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert die Bundesregierung im Wege einer Petition auf, alle notwendigen Schritte zu Einführung einer Zwangstherapie zu setzen. Schwere Sucherkrankungen sollen in Zukunft als Grund für eine Sachwalterschaft möglich sein. Die Bundesregierung wird aufgefordert, diesem Ziel entsprechende Änderungen der Gesetze dem Nationalrat zur Beschlussfassung vorzuschlagen. Dieser Passus wird entfallen hoffentlich oder, davon gehe ich auch, weil ein Abänderungsantrag kommen wird.
3. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Bundesministerin für Justiz im Wege einer Petition auf, eine Regierungsvorlage über die Verdoppelung der Strafrahmen im Suchtmittelgesetz vorzubereiten und dem Nationalrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Der Gemeinderat der Stadt Graz beschließt, einem Projekt „Drogenkonsumraum“, nicht zuletzt auch wegen der rechtlichen Bedenken, nicht näher zu treten.

Ich ersuche Sie daher um Zustimmung, ersuche die ÖVP, sich einen Ruck zu geben und auch mitzugehen, dann haben wir eine Mehrheit für einen guten Beschluss und das ist im Interesse unserer Jugend wichtig. Ich danke Ihnen (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GR. Mag. **Mariacher** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema der aktiven Vorgangsweise im Bereich Drogen ist uns als Freiheitliche ein sehr wichtiges. Wir sind daher diesem Antrag des BZÖ sehr wohlwollend gegenüber getreten, weil es viele Inhalte beinhaltet, viele Inhalte darlegt, die wir schon seit Jahr und Tag sozusagen zum Thema erkoren haben. Wir alle wissen, dass das Thema Substitol ein ganz entscheidendes ist, weil die meisten der Todesfälle, die entstehen, im Zusammenhang mit der Einnahme von Substitol passieren und nicht durch andere Ersatzdrogen, nicht durch andere Drogen. Hier ist entscheidend vorzugehen, das dürfen wir in Graz nicht weiter so hinnehmen, hier tatenlos sozusagen diesem Sterben am helllichten Tag oder bei dunkler Nacht auch zuzulassen. Soweit zum Substitol. Der zweite Punkt der drinnen ist, das haben wir auch dem Kollegen Grosz gesagt und da bleiben wir bei unsere Linie, ist das Thema der Zwangstherapie, dem wir nicht zustimmen als FPÖ Graz, weil es gegen die geltenden Gesetze verstößt, weil wir davon ausgehen, dass all jene, die von den Drogen freikommen möchten, das aus eigenem Willen heraus tun sollen und müssen, weil sie keine besachwalteten Menschen sind, weil sie keine Menschen sind, die keinen eigenen Willen haben. Aber wir sagen als grundsätzliche Linie, wir tun alles für die Süchtigen, die von der Sucht wegkommen möchten und wir tun alles dazu, dass der Drogenkonsum und der Drogenhandel ein Ende nimmt oder reduziert, tunlichst reduziert wird. Zum Punkt 2 haben wir daher nachher einen Änderungsvorschlag. Zum Thema 3, Drogenkonsumraum, ist diskutiert worden bei der Enquete, wir haben unser Position dann dargelegt und ich darf auch, nachdem dort nicht nur nationales Recht, österreichisches Recht angesprochen wird, auf die internationalen Rechte verweisen, auf das Völkerrecht, nämlich auf Grund der Konvention der UNO, die bereits im Jahr 1961 in Wien geschlossen worden ist und sich daraufhin der internationale Drogenkontrollrat gebildet hat, der grundsätzlich diesen Drogenkonsumräumen, Fixerstuben oder wie sie auch heißen mögen, sehr,

sehr kritisch gegenübersteht und in dieser EntschlieÙung im Jahr 1961 ist ganz geregelt, dass Produktion, Handel, Ausgabe, Besitz und Gebrauch von Drogen gemäß dieser Antidrogenkonvention nur zu medizinischen und wissenschaftlichen Zwecken erlaubt sei. Diesem kann nach der derzeitigen Konzeption der Drogenkonsumraum niemals gerecht werden und daher ersuche ich auch, das internationale Recht dahingehend einzuhalten und dies nicht weiter zu verfolgen. Der Änderungsantrag betrifft also diesen Punkt 2. Es ist ein Änderungsantrag vom Kollegen Georg Schröck und von mir und zwar der Punkt 2 des Antrages soll durch folgenden Text ersetzt werden: „Der zuständige Landesrat Mag. Helmut Hirth wird am Petitionsweg ersucht, jeweils dem tatsächlichen Bedarf angepasst sowohl die bestehende Drogenambulanz in der Landesnervenklinik Sigmund Freud Graz (LSF) auszubauen als auch die Akutbetten zur stationären Entzugstherapie zu erhöhen und mit einer zur Abdeckung von Spitzenbelastungen erforderlichen zusätzlichen Vorhaltekapazität zu versehen.“ Ich glaube, damit kann erreicht werden, dass alle, die diesen Entzug durchführen lassen möchten, das noch am besten heute oder morgen, spätestens morgen beginnen können. Danke (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüsç übernimmt um 21.00 Uhr den Vorsitz.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsç**: Herr Kollege Mariacher, das heißt, der Abänderungsantrag betrifft den gesamten Punkt 2. Punkt 2 soll ersatzlos gestrichen werden und durch diese Passage ersetzt werden.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Auf Grund meiner Wortmeldung bei dem ersten Stück, das durchaus nicht unähnlich war, ist, glaube ich, klar, dass die sozialdemokratische Fraktion weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt dieses Antrages zustimmen kann. Wir wollen einen anderen Weg gehen, von dem wir auch meinen, dass er verantwortungsvoll ist und vor allem auch sinnvoller und effizienter als die

Vorschläge im Antrag von Gemeinderat Grosz. Eine Ergänzung beziehungsweise eine Berichtigung möchte ich korrekterweise machen, es ist richtig, wie mir die Frau Gemeinderätin Ennemoser auch schon bei meiner Wortmeldung zugeflüstert, möchte man fast sagen, hat, dass Substitol, ein wirkstoffgleiches Präparat, in Lannach hergestellt wird, aber nicht Substitol selbst, das hat auch Ulf Zeder nicht mitgeteilt, der ein bekannter Experte ist und dem ein solcher Fehler nie passiert wäre, das war ein Übertragungsfehler, für den ich mich hiermit auch entschuldigen möchte. Korrekt ist also, dass ein wirkstoffgleiches Präparat, das auch verschrieben wird...

Zwischenruf GR. Grosz: Aber mit der gleichen Wirkung.

StR. Dr. **Riedler**: Ja, aber korrekterweise sage ich es dazu.

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Das Abstimmungsverhalten des BZÖ hat uns gezeigt, dass sie nicht mit dem nötigen Ernst und dem Verantwortungsbewusstsein an die Sache herangehen. Wir nehmen das in Anspruch und darum lehnen wir die Dringlichkeit und den Inhalt ab.

GR. **Grosz**: Offensichtlich allein die Wortmeldung der Frau Gemeinderätin Ennemoser zeigt, wie schwer sie sich tun. Sie sehen offensichtlich die Drogenpolitik als Inszenierungsmöglichkeiten, damit der starke Sigi, der harte rechte Hardliner Sigi sich vom Koalitionspartner abheben kann. Er ist es nicht, es ist ein verantwortungsvoller Bereich, es ist ein Bereich, wo wir handeln müssen und den wir nicht für parteipolitische Aufmärsche verwenden, dass halt der jetzt als liberal geltende Sigi Nagl, der mit der Lisa Rücker in einer Koalition sitzt, dann halt einmal wieder die rechte Flanke hält, um das geht es doch nicht. Um das geht es

offensichtlich Ihnen mit schlecht vorbereiteten Anträgen, die ans Salzamt geschickt werden, aber nicht tatsächlich um die Forderung, dass man hier im Drogenbereich endlich etwas tut. Sie sind mit dem heutigen Tag demaskiert. Ich danke Ihnen (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

StR. Dr. **Rüsch**: Unter einem gut formulierten Antrag verstehe ich jedenfalls auch eine korrekte Nummerierung, das ist in dem vorliegenden Antrag nicht der Fall, denn es fehlt der Punkt Nummer 3, oder es ist falsch nummeriert worden. Ich bitte da in Hinkunft durchaus um eine präzisere und genauere Textfassung.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Fünfte Hausbesetzung in Graz in den letzten Monaten – Einschreiten durch den Bürgermeister

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Meine Damen und Herren! Gespenstische Szenen an einem Samstagvormittag. Ein Anrainer muss beobachten, wie eine Gruppe von zehn bis zwölf mit Kapuzen und Sonnenbrillen verummten Personen über die Mauern auf ein Grundstück klettern und sich dort Zutritt zu einem Haus verschaffen.

Diese Szenen haben sich am Samstag, dem 18. Oktober 2008, in der Merangasse 55, im ruhigen St. Leonhard, mitten in Graz abgespielt. Dies ereignete sich auch

nicht zum ersten Mal, sondern war bereits die fünfte Hausbesetzung in Graz in den letzten Monaten. Nach Aussagen der Hausbesetzer werden sie auch in Zukunft in Graz ihr Unwesen treiben und weitere solche Aktionen durchführen, um ihr Ziel eines „autonomen Kulturzentrums“ zu erreichen.

Dabei widersprechen sich die Hausbesetzer, die der linken Szene zuzuordnen sind, in ihren Forderungen selbst. Einerseits fordern sie von der Stadt ein Gebäude, um dort in Zukunft ihr Unwesen zu treiben, andererseits wollen sie keine Förderungen der Stadt annehmen. Leider lässt sich die Stadt Graz immer wieder auf diese Spielereien ein und bietet diesen Menschen eine mediale Bühne.

Von den Hausbesetzungen bis zu den Räumungen vergehen nämlich meistens mehrere Tage. In dem letzt vorliegenden Fall hatte die Gruppe, die anscheinend größere Sympathien bei der grünen Parteijugend hervorruft, wieder einmal zwei Tage und Nächte Zeit, um ein besetztes Haus für Schmieraktionen und diverse Partys zu benützen.

Diesem kriminellen Treiben muss ein Ende gesetzt werden. Personen, die sich unbefugt über Eigentums- und Besitzverhältnisse anderer Menschen hinwegsetzen, muss klar gemacht werden, dass es sich hierbei nicht um ein Kavaliersdelikt handelt, sondern laut § 109 StGB mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren zu bestrafen ist.

In diesem Zusammenhang stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Recht und Ordnung müssen in Graz wieder hergestellt werden. Die Räumung der in Zukunft besetzten Häuser, die sich im Besitz der Stadt Graz befinden, muss umgehend und ohne Verzögerung erfolgen. Zwischen Besetzung und Räumung dürfen in Zukunft nicht mehr Tage, sondern höchstens einige wenige Stunden liegen. Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Räumungen der betroffenen Gebäude umgehend anzuordnen.

2. Da laut § 109 (2) StGB der Täter nur „mit Ermächtigung des in seinen Rechten Verletzten zu verfolgen“ ist, wird der Bürgermeister aufgefordert, jene Fälle in denen Gebäude der Stadt Graz betroffen sind, zur Anzeige und strafrechtlichen Verfolgung zu bringen.

3. Die Schäden, die an jenen Objekten durch Randalen, Schmieraktionen, Partys oder sonstige Vorfälle entstanden sind, sind durch die Stadt Graz von den Hausbesetzern einzufordern.

GRin. **Jahn** zur Dringlichkeit: Leider, Herr Kollege, hast du jetzt diese Passage ausgelassen, wo du mich persönlich hier erwähnt hast in deinem Motivenbericht. Da ich nicht sicher bin, ob die Dringlichkeit hier durchgehen wird, möchte ich zum Inhalt des Motivenberichts und zum Antragstext auch ein paar Worte verlieren. Es gab vorher sehr große Aufregung, der Kollege Mariacher hat im Zuge einer Wortmeldung von meinem Kollegen Heinz Baumann von Zeichen von Diskriminierung und Intoleranz gesprochen, ich denke mir, das trifft sehr gut auf sehr viele Formulierungen, die hier getätigt werden im Motivenbericht, auch zu. Ich denke mir, wenn da die Rede ist von einer Gruppierung, nach dem Motto, lieber besoffen randalieren als besonnen diskutieren...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Liebe Frau Gemeinderätin Jahn, ich bin eben aufmerksam gemacht worden mit Recht, dass der Hinweis, dass die Dringlichkeit möglicherweise nicht durchgeht und du aus diesem Grund zum Inhalt sprechen willst, nicht dem Statut und der Geschäftsordnung entspricht, das geht hier ausschließlich um die Dringlichkeit. Bitte das zu beachten.

GRin. **Jahn**: Ok, dann erkläre ich, warum das nicht dringlich ist. Abgesehen davon, dass sehr, sehr problematische Formulierungen verwendet werden und

Pauschalbewertungen und Aburteilungen und Diffamierungen getätigt werden, die aus unserer Sicht nicht legitim und akzeptabel sind, gibt es auch andere Dinge, die hier sehr, sehr problematisch sind. Es gibt Hausbesetzungen in Graz, ja, das stimmt, die HausbesetzerInnen bringen hier unterschiedliche Anliegen ein. Es geht um leer stehende Wohnungen, die Nutzung von leer stehendem Wohnraum und es geht um das Thema Freiraum und wie dieser in der Stadt geschaffen werden kann und um das Thema von autonomen Kulturzentren, das ja auch im Koalitionsabkommen zwischen Schwarz und Grün verankert ist. Zum Inhalt des Antragstextes, ich denke, unsere grüne Position zu dem Thema ist eh hinlänglich bekannt, dazu brauchen wir nicht mehr sehr viel sagen. Zum Inhalt des Antragstextes...

StR. Dr. **Rüsch**: Es geht nur um die Dringlichkeit.

GRin. **Jahn**: Ich finde, jetzt möchte ich mich auch zu Wort melden, es hat vorher extrem lange inhaltliche Diskussionen zu anderen dringlichen Anträgen gegeben und es ist nicht Ordnung, wenn ich hier mehrere Male unterbrochen werde (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) im Unterschied zu ganz vielen anderen, die auch zum Inhalt im Zuge der Dringlichkeitsdebatte etwas gesagt hat, das möchte ich hier schon einmal sagen.

StR. Dr. **Rüsch**: Liebe Gemeinderätin, wenn du schon ankündigst, du redest jetzt nicht zur Dringlichkeit, sondern zum Inhalt, dann ist es ein klarer Interventionsgrund von meiner Seite, auf das möchte ich wirklich aufmerksam machen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Jahn**: Aus unserer Sicht ist die Dringlichkeit hier nicht gegeben, da geht es um Dinge, die vielleicht in der Zukunft passieren oder auch nicht, wir wissen das nicht,

vielleicht weiß das BZÖ da mehr als wir, keine Ahnung. Noch dazu ist hier die falsche Person angesprochen. Es wäre nämlich der Herr Stadtrat Rüscher, weil er ist Liegenschaftsreferent und auch zuständig für die Beteiligungen und nicht der Herr Bürgermeister. Nur so viel hierzu. Insofern werden wir ja sehen, vielleicht haben wir eh eine längere Diskussion, dann kann man sich noch ausführlicher zu Wort melden (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde versuchen, ausdrücklich nur zur Dringlichkeit oder besser gesagt zur Nichtdringlichkeit, damit das gleich klar ist, zu sprechen. Hier wird fast zu mitternächtlicher Stunde, denn wenn wir so weitermachen, landen wir dort kerzengerade, eine Raubergeschichte aufgetischt. Es ist erstens deswegen nicht dringlich, weil was die Stadt Graz betrifft, keinerlei konkreter Anlass war, besteht oder hoffentlich auch nicht bevorsteht. Eine Raubergeschichte, das nennt man eigentlich ein bisschen Angst machen, wenn wir kleine Kinder wären, wäre das sehr gefährlich, weil das tut man nicht, vor dem Schlafengehen solche Geschichten erzählen (*Applaus ÖVP*). Wir sind aber durchaus oder wollen es sein, ich nehme es mir nach wie vor vor, dass wir ernstzunehmende Vertreter der Interessen ausschließlich der Bürgerinnen und der Bürger dieser Stadt sind, wir sind alle, vom Bürgermeister angefangen in der ganzen Pyramide bis zu den Gemeinderäten bis zu den Bürgern, den Gesetzen verpflichtet, wir sind noch dazu darauf vereidigt, einige haben heute diesen Eid abgegeben und sollte so ein Fall eintreten, weiß der Herr Bürgermeister, wissen alle Stadträte, auch der Liegenschaftsreferent, der den Vorsitz führt, was er in so einem Fall zu tun hat. Keine Angstmache, keine Panikmache, keinerlei Dringlichkeit. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schröck**: Meine Damen und Herren, wie leider nicht anders zu erwarten war, wird Kritik an offensichtlichen Missständen in dieser Stadt wieder einmal routiniert abgebügelt von den Grünen und auch von den Mitgliedern der ÖVP, die wieder einmal mit einem Ausdruck dann sagen, wieder einmal einer bösen Gesinnung von

unserer Seite oder wie der Kollege Baumann vielleicht wieder einmal sagen, mit einer rechtsradikalen Gesinnung und Frau Jahn, Kollegin Jahn, es tut mir leid, dass Sie heute in Ihrer Paraderolle als selbst ernannte moralische Politinstanz hier nicht mehr zu Höchstformen auflaufen konnten, weil worum geht es in dem Antrag? Es geht nur darum, dass Eigentum und Besitz geschützt wird und dass es sich nicht um eine Gaudi und einen Jux und eine Tollerei handelt, wenn hier fremde Häuser besetzt werden, beschmutzt werden oder gar zerstört werden. Darum geht es und um nichts anderes. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) Dringende verkehrsberuhigende Maßnahmen am Lindweg

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Eingangs sei erwähnt, dass die BZÖ-Gemeinderatsfraktion einen entsprechend gleich lautenden Antrag bereits am 8.5.2008 eingebracht hat. Dieser Antrag aber damals von einer Mehrheit im Gemeinderat, mit einer Mehrheit der ÖVP, der SPÖ und auch der Grünen mit dem Verweis auf ein sofortiges Einschreiten der Verkehrsreferentin und Vizebürgermeisterin, die leider nicht da ist, abgelehnt wurde.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Schröck**: Ich komme dazu noch, Herr Klubobmann, eine Sekunde. Ich darf Ihnen auch ganz kurz noch einmal zur Kenntnis bringen, um was es in diesem Antrag gegangen ist, nämlich darum, der Lindweg wird seit Jahren von Autofahrern als Schleichweg genutzt, da man sich dadurch lange Wartezeiten an den stark frequentierten Straßenkreuzungen erspart. Seit der Fertigstellung der Umfahrung Nordspange hat sich die Situation insofern verschlechtert, da ein verstärktes Verkehrsaufkommen aufgetreten ist und zudem der Lindweg nunmehr auch von Bussen, Lkws etc. benutzt wird. Zudem ist festzustellen, dass sich die motorisierten Verkehrsteilnehmer kaum an die Geschwindigkeitsbegrenzung 30 km/h halten. Dieser Umstand ist eine latente Gefahrenquelle für die dort wohnenden Bürgerinnen und Bürger – unter ihnen auch viele Familien mit Kindern. Seit Jahren versuchen die Anrainerinnen und Anrainer des Lindweges, in Graz auf ihre problematische Situation aufmerksam zu machen und verkehrsberuhigende Maßnahmen seitens der Stadt Graz zu erwirken (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Eine Beruhigung dieser Situation kann aus Sicht der Anrainer nur durch eine Einbahnregelung von der Körblergasse in Richtung Bergmanngasse erzielt werden. Wir haben am 8.5. auch einen entsprechenden dringlichen Antrag gestellt, die Antwort der zuständigen Referentin erfolgte damals in derselben Sitzung und sie sagte damals, dass sie die Problematik am Lindweg durchaus kennt und auch ein großes Interesse daran hätte, diese vom Verkehr belastete Situation zu einer Verkehrsberuhigung zu führen. Sie hätte auch schon Rücksprache gehalten und das Ganze würde sehr schnell gehen. Und sie sagte, die Dringlichkeit lehnen wir deshalb ab, weil eben erst Maßnahmen schon ergriffen wurden und die Prüfung auch schon veranlasst wird. Und auch die SPÖ im Namen vom Gemeinderatskollegen Herper hat sich damals von diesen schönen Worten blenden lassen, er konnte uns zwar folgen über weite Strecken, wie er sagte, aber er möchte Lisa Rücker eine Chance geben und es sei angeblich eine Herzensangelegenheit von Lisa Rücker und erwartet einen entsprechenden Vorschlag von ihr demnächst. Faktum ist aber, dass seit der Diskussion am 8.5. keinerlei verkehrsberuhigende Maßnahmen am Lindweg durchgeführt wurden. Dies allein stellt eine unglaubliche und einzigartige Missachtung des Gemeinderates dar, denn den Bewohnerinnen und Bewohnern ist eine weitere Hinhaltetaktik seitens der zuständigen Referentin nicht länger zuzumuten. Schon allein aus diesem Grund hat der Gemeinderat der Stadt Graz nun endlich zu handeln und die zuständige Referentin zu ersuchen, tätig zu werden.

In diesem Zusammenhang stelle ich auch folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Verkehrsreferentin Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker wird vom Gemeinderat dringend und eingehend aufgefordert, endlich verkehrsberuhigende Maßnahmen am Lindweg, insbesondere die Möglichkeit einer Einbahnregelung zwischen der Körblergasse in Richtung Bergmannngasse, prüfen zu lassen und entsprechend zu verordnen.

Die zuständigen Verkehrsreferentin hat dem Gemeinderat umgehend Bericht zu erstatten.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.